Oldenburgische
Landesbank AG

# Oldenburgische Landesbank AG
# Finanzbericht 2011

# Oldenburgische Landesbank AG – Übersicht

| Mio. Euro | 2011 | 2010 | Veränderungen % |
|---|---|---|---|
| Bilanzsumme | 13.500,4 | 14.379,0 | – 6,1 |
| Forderungen an Kreditinstitute | 921,4 | 1.522,6 | – 39,5 |
| Forderungen an Kunden | 9.673,8 | 9.366,4 | 3,3 |
| davon kurz- und mittelfristig | 1.477,6 | 1.524,3 | – 3,1 |
| davon langfristig | 8.196,2 | 7.842,1 | 4,5 |
| Kreditvolumen | 10.012,8 | 9.729,0 | 2,9 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 3.511,4 | 3.916,0 | – 10,3 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | 7.405,7 | 7.097,0 | 4,3 |
| Begebene Schuldverschreibungen | 1.738,1 | 2.504,6 | – 30,6 |
| davon Nachrangige Verbindlichkeiten | 283,2 | 262,4 | 7,9 |
| Kernkapital | 558,2 | — | — |
| davon Gezeichnetes Kapital | 60,5 | — | — |
| davon Kapitalrücklage | 208,3 | — | — |
| davon Gewinnrücklage | 276,5 | — | — |
| davon Fonds für allgemeine Bankrisiken | 12,9 | — | — |
| Zinsüberschuss | 245,8 | 238,5 | 3,1 |
| Provisionsüberschuss | 79,8 | 83,3 | – 4,2 |
| Personalaufwand | 169,6 | 168,7 | 0,5 |
| Andere Verwaltungsaufwendungen | 125,5 | 127,9 | – 1,9 |
| Nettoergebnis aus dem Handelsbestand | – 3,0 | 0,8 | k. A. |
| Risikovorsorge | 82,7 | 11,4 | k. A. |
| Betriebsergebnis nach Risikovorsorge | 10,9 | 78,8 | k. A. |
| Jahresüberschuss | 1,6 | 49,7 | k. A. |
| Gewinnvortrag | — | — | — |
| Dividende je Stückaktie (in Euro) | — | 1,00 | k. A. |
| DVFA-Ergebnis je Aktie (in Euro) | 0,07 | 2,14 | k. A. |

Oldenburgische
Landesbank AG

# Finanzbericht 2011

009
Lagebericht

053
Abschluss

# Inhalt


Bericht des Aufsichtsrats 003
Organe 007

## Lagebericht 009
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen 010
Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage 011
Corporate-Governance-Bericht 016
Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB 021
Vergütungsbericht 023
Risikobericht 031
Ereignisse nach dem Bilanzstichtag 043
Angaben nach § 289 Abs. 4 HGB sowie erläuternder Bericht 044
Prognosebericht 047

Versicherung der gesetzlichen Vertreter 051

## Abschluss 053
HGB-Bilanz 054
Gewinn- und Verlustrechnung 056

## Anhang 059
Mandate der Organmitglieder 078
Gewinnverwendungsvorschlag 080

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers 081

Niederlassungen 082
Das OLB-Geschäftsgebiet 083

# Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung der Bank im Berichtsjahr laufend überwacht, beriet den Vorstand bei der Leitung des Instituts und war bei Entscheidungen von grundlegender Bedeutung unmittelbar eingebunden. Die Organisation der Tätigkeit und die Zuständigkeiten des Aufsichtsrats sind in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats und der Geschäftsordnung des Vorstands festgelegt.

## Überblick

Der Aufsichtsrat wurde regelmäßig vom Vorstand über den Gang der Geschäfte sowie über die Lage und die Entwicklung der Oldenburgische Landesbank AG (OLB) und ihrer Tochtergesellschaften unterrichtet. Wir ließen uns auch über die strategische Ausrichtung, wesentliche geschäftliche Ereignisse und die Risikosituation informieren. Außerdem befassten wir uns mit der Planung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2012. Uns wurden auch Abweichungen des tatsächlichen Geschäftsverlaufs von früher berichteten Zielen dargelegt; die hierfür genannten Gründe wurden von uns nachvollzogen. Auf Grundlage der schriftlichen Berichte und der mündlichen Auskünfte des Vorstands hat der Aufsichtsrat die Geschäftsführung überwacht und beraten. Angelegenheiten von besonderer Bedeutung wurden eingehend geprüft und mit dem Vorstand besprochen. Über die Vorstandsberichte hinaus haben wir uns auch Berichte der Internen Revision, von Compliance und der Wirtschaftsprüfer geben lassen.

Im Geschäftsjahr 2011 trat der Aufsichtsrat zu fünf Sitzungen zusammen. Die Sitzungen fanden im März, Mai, Juni, September und Dezember statt. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats stand auch außerhalb der Sitzungen in Verbindung mit dem Vorstand und besprach mit ihm regelmäßig die Strategie, die Geschäftsentwicklung, das Risikomanagement sowie weitere bedeutsame Themen.

Die Vorstandsberichte zur Geschäftslage und Referate zu besonderen Themen waren von schriftlichen Präsentationen und Unterlagen begleitet, die allen Aufsichtsratsmitgliedern zur Sitzungsvorbereitung rechtzeitig zur Verfügung gestellt wurden. Gleiches galt für alle Abschlussunterlagen und Prüfungsberichte des Abschlussprüfers. Soweit Geschäftsführungsmaßnahmen der Zustimmung des Aufsichtsrats oder eines seiner Ausschüsse bedurften, wurde hierüber Beschluss gefasst.

## Die Themen im Aufsichtsratsplenum

Gegenstand regelmäßiger Beratungen waren die wirtschaftliche Lage der Oldenburgische Landesbank AG und des Konzerns. Der Aufsichtsrat ließ sich in allen Sitzungen die Ergebnisentwicklung darstellen und besprach mit dem Vorstand ausführlich den Gang der Geschäfte in den beiden Segmenten Regionalbank und Allianz Bank. Neben den regelmäßigen Berichten über die Risikosituation und die Tätigkeit der Internen Revision ließen wir uns in einem gesonderten Bericht die Geschäfts- und Risikostrategie der Gesellschaft erläutern und erörterten diese zusammen mit dem Vorstand.

Mehrfach beschäftigten wir uns mit Vergütungsthemen. So bestimmten wir unter anderem den Grad der Zielerreichung der einzelnen Vorstandsmitglieder für das Geschäftsjahr 2010 und legten die Ziele für 2012 fest. Daneben haben wir die Vergütungssysteme für den Vorstand und den Aufsichtsrat einer Überprüfung unterzogen und ließen uns vom Vorstand über die Ausgestaltung der Vergütungssysteme für die Mitarbeiter der OLB näher informieren.

Eingehend widmete sich der Aufsichtsrat den Mandatsbeendigungen und Aufhebungen der Dienstverträge der Herren Buhl und Dr. Schinzing. Den dadurch erforderlich werdenden Nachbesetzungen im Vorstand schenkten wir besondere Aufmerksamkeit. Wir bestellten Herrn Dr. Achim Kassow zum neuen Vorstandssprecher und Frau Karin Katerbau zum Mitglied des Vorstands.

In mehreren Sitzungen haben wir uns mit notleidenden Kreditengagements der OLB im Bereich der Schiffsfinanzierungen befasst. Wir haben uns in diesem Zusammenhang einen Überblick über das gesamte Kreditportfolio im Schiffsbereich verschafft und die Risikostrukturen dieses Portfolios beleuchtet. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse haben wir intensiv mit dem Vorstand erörtert.

Auch haben wir die Geschäftsordnungen für den Vorstand und den Aufsichtsrat an aktuelle Entwicklungen angepasst.

## Die Arbeit in den Ausschüssen des Aufsichtsrats

Zur effizienten Wahrnehmung seiner Aufgaben hat der Aufsichtsrat fünf Ausschüsse eingerichtet: den Präsidialausschuss, den Prüfungsausschuss, den Risikoausschuss, den Nominierungsausschuss und den Vermittlungsausschuss.

Die Ausschüsse bereiten Beschlüsse des Aufsichtsrats sowie die Arbeit des Plenums vor. Darüber hinaus sind Beschlusszuständigkeiten des Aufsichtsrats in geeigneten Fällen auf Ausschüsse übertragen worden, soweit dies rechtlich zulässig ist. Über die Arbeit der Ausschüsse ist der Aufsichtsrat von den jeweiligen Ausschussvorsitzenden regelmäßig und umfassend unterrichtet worden. Die personelle Zusammensetzung der einzelnen Ausschüsse ist im „Corporate Governance Bericht“ auf den Seiten 018 bis 020 dieses Geschäftsberichts angegeben.

siehe Seite 018–020

Im Berichtsjahr 2011 hielt der Präsidialausschuss insgesamt vier Sitzungen ab. Behandelt wurden vor allem Angelegenheiten, die den Vorstand betreffen, darunter unter anderem die Struktur und Höhe der Vorstandsvergütung. Der Präsidialausschuss bereitete die Überprüfung des Vergütungssystems für den Vorstand vor und erarbeitete einen Vorschlag an das Plenum für die Festsetzung der Ziele für die variable Vergütung für das aktuelle Geschäftsjahr. Darüber hinaus diskutierte er über den Erfüllungsgrad der Ziele, die den Vorstandsmitgliedern für das Geschäftsjahr 2010 gesetzt worden waren, und legte dem Plenum eine entsprechende Empfehlung vor. Ferner beriet der Ausschuss über die Mandatsbeendigungen der Herren Buhl und Dr. Schinzing und machte dem Plenum Vorschläge für die erforderlichen Nachbesetzungen im Vorstand. Schließlich erteilte der Ausschuss seine Zustimmung zu Organkrediten gemäß § 15 KWG und zur Ernennung von Herrn Koenig zum Generalbevollmächtigten der OLB.

Der *Prüfungsausschuss* tagte im Geschäftsjahr 2011 zweimal. Er erörterte in Gegenwart des Abschlussprüfers, der zunächst die wesentlichen Ergebnisse der Abschlussprüfung vorgestellt hatte, die Jahresabschlüsse der Oldenburgische Landesbank AG und des Konzerns sowie die Lage- und Prüfungsberichte und prüfte diese. Des Weiteren behandelte er den Abhängigkeitsbericht sowie den hierzu erstatteten Prüfungsbericht. Der Prüfungsausschuss hat weder zu den Abschlussunterlagen noch zum Abhängigkeitsbericht Anlass für Beanstandungen gesehen. Er überzeugte sich von der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers, legte die Prüfungsschwerpunkte fest und erteilte den Prüfungsauftrag. Ferner gab er dem Aufsichtsratsplenum eine Empfehlung für den Vorschlag des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung zur Wahl des Abschlussprüfers. Besonderes Augenmerk legt der Prüfungsausschuss erneut auf die internen Kontrollsysteme. Er ließ sich durch gesonderte Berichte über das integrierte Kontrollsystem im Allgemeinen und im Besonderen über jenes für die Finanzbuchhaltung informieren. Darüber hinaus setzte er sich mit dem Rechnungslegungsprozess auseinander und verschaffte sich einen Überblick über die wesentlichen Regelungsinhalte des International Financial Reporting Standard 9. Das System der Internen Revision und der Compliance unterzog der Ausschuss ebenfalls einer Überprüfung und ließ sich darüber hinaus die Tätigkeitsschwerpunkte in diesen beiden Bereichen darstellen. Des Weiteren wurde der Halbjahresfinanzbericht vom Vorstand mit dem Prüfungsausschuss vor der Veröffentlichung erörtert. Schließlich unterbreitete der Prüfungsausschuss dem Aufsichtsratsplenum einen Vorschlag für die Abgabe der Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex und machte Verbesserungsvorschläge im Rahmen der Effizienzprüfung der Aufsichtsratstätigkeit.

Der *Risikoausschuss* hielt im abgelaufenen Geschäftsjahr vier Sitzungen ab. Er erörterte mit dem Vorstand die Geschäfts- und Risikostrategie und befasste sich eingehend mit der aktuellen Risikolage der Bank. Im Rahmen von vierteljährlichen Risikoberichten wurden unter anderem Kredit-, Marktpreis, Liquiditäts- und operationelle Risiken erörtert. Ausführlich befasste sich der Risikoausschuss mit notleidenden Krediten für Schiffsfinanzierungen und besprach mit dem Vorstand Maßnahmen zur Risikoreduzierung.

Er ließ sich auch das Großkreditgeschäft sowie die Gesamtsumme der von der OLB vergebenen Kredite für Windenergie-, Schiffs- und Biogasfinanzierungen detailliert darstellen und legte besonderes Augenmerk auf die Risikostrukturen dieser Portfolios. Ferner unterzog der Risikoausschuss das Risikomanagementsystem der Bank einer gründlichen Überprüfung. Weitere Gegenstände seiner Beratungen waren die Immobilieninvestitionen, die Marktrisikolimite aus Zins-, Aktien-, Devisen- und Edelmetallgeschäften sowie der Investitionsplan für das Geschäftsjahr 2012.

Es gab keinen Anlass, den *Nominierungsausschuss* sowie den nach § 31 Abs. 3 MitbestG gebildeten *Vermittlungsausschuss* zusammentreten zu lassen.

## Corporate Governance und Entsprechenserklärung

Aufsichtsrat und Vorstand haben sich ausführlich mit der Umsetzung der Regelungen des Deutschen Corporate Governance Kodex befasst. Ende des Jahres 2011 haben beide Organe eine Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex gemäß § 161 AktG abgegeben. Die Gesellschaft hat den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex seit Abgabe der letzten Entsprechenserklärung entsprochen und wird diesen auch künftig entsprechen, mit der einen Ausnahme, dass die von der Hauptversammlung am 9. Juni 2011 beschlossene Vergütungsregelung für den Aufsichtsrat keine erfolgsorientierten Vergütungskomponenten vorsieht. Die Entsprechenserklärung vom Dezember 2011 wurde auf der Internetseite der OLB veröffentlicht und ist auch in der „Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB“ auf den Seiten 020 bis 022 des Geschäftsberichts wiedergegeben. Die vorgenannte Erklärung zur Unternehmensführung enthält zudem zusammen mit dem Corporate-Governance-Bericht weitergehende Erläuterungen zur Corporate Governance der Oldenburgische Landesbank AG.

siehe Seite 021–022

Auch im abgelaufenen Berichtsjahr überprüfte der Aufsichtsrat die Effizienz seiner Tätigkeit. Basierend auf der Vorbereitung durch den Prüfungsausschuss diskutierten wir bestehende Verbesserungsmaßnahmen und hielten entsprechende Maßnahmen für die Zukunft fest.

## Jahres- und Konzernabschlussprüfung

Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, hat den Jahres- und Konzernabschluss der Oldenburgische Landesbank AG zum 31. Dezember 2011 sowie die Lageberichte der AG und des Konzerns geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des HGB, der Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt.

Die Abschlussunterlagen und die Prüfungsberichte der KPMG für das Geschäftsjahr 2011 wurden allen Aufsichtsratsmitgliedern rechtzeitig zugeleitet. Über diese Unterlagen wurde in Sitzungen des Prüfungsausschusses am 6. März 2012 und des Aufsichtsratsplenums am 13. März 2012 ausführlich beraten. An diesen Erörterungen nahmen die Abschlussprüfer jeweils teil. Sie berichteten uns über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfungen und standen für Fragen und ergänzende Auskünfte zur Verfügung. Die Abschlussprüfer stellten überdies fest, dass die internen Kontrollsysteme der OLB angemessen sind und der Vorstand geeignete Maßnahmen getroffen hat, die Entwicklungen, welche den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, frühzeitig zu erkennen.

Aufgrund eigener Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses, des Lageberichts und des Konzernlageberichts sowie des Gewinnverwendungsvorschlags hat der Aufsichtsrat keine Einwendungen erhoben und dem Ergebnis der KPMG-Abschlussprüfung zugestimmt. Den vom Vorstand aufgestellten Jahres- und Konzernabschluss hat der Aufsichtsrat gebilligt; der Jahresabschluss ist damit festgestellt. Dem Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands schließen wir uns an.

## Abhängigkeitsbericht

Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat darüber hinaus den Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen (den sogenannten Abhängigkeitsbericht) sowie den hierzu von der KPMG erstellten Prüfungsbericht vorgelegt. Aufgrund der ohne Beanstandungen abgeschlossenen Prüfung hat der Abschlussprüfer das folgende Testat erteilt:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass
1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war,
3. bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen."

Der Abhängigkeitsbericht und der hierzu erstattete Prüfungsbericht wurden allen Mitgliedern des Aufsichtsrats übermittelt. Diese Unterlagen wurden im Prüfungsausschuss und im Plenum in Gegenwart des Abschlussprüfers erörtert. Der Abschlussprüfer hat über die wesentlichen Erkenntnisse seiner Prüfung berichtet. Auf Basis seiner eigenen Prüfung hat der Aufsichtsrat den Abhängigkeitsbericht gebilligt. Den hierzu erstatteten Bericht des Abschlussprüfers haben wir zustimmend zur Kenntnis genommen.

Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung erhebt der Aufsichtsrat gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Abhängigkeitsberichts keine Einwendungen.

## Veränderungen im Aufsichtsrat und Vorstand

Herr Thomas Fischer hat mit Wirkung zum 31. Dezember 2011 sein Aufsichtsratsmandat niedergelegt. Der Aufsichtsrat hat Herrn Fischer für seine Tätigkeit gedankt. Zu seinem Nachfolger ist Herr Dr. Thomas Naumann durch das Amtsgericht Oldenburg bestellt worden. Herr Dr. Naumann soll in der kommenden ordentlichen Hauptversammlung durch die Aktionäre der OLB bestätigt werden.

Herr Benedikt Buhl hat sein Mandat als Mitglied des Vorstands mit Wirkung zum 19. Mai 2011 und Herr Dr. Peter Schinzing mit Wirkung zum 31. Dezember 2011 jeweils mit Zustimmung des Aufsichtsrats niedergelegt. Der Aufsichtsrat hat den Herren Buhl und Dr. Schinzing für ihre Tätigkeit in der Gesellschaft seinen Dank ausgesprochen. Ferner wird Herr Dr. Friedmann mit Ablauf seines Mandats am 30. Juni 2012 aus dem Vorstand ausscheiden. Mit Wirkung zum 1. August 2011 bestellte der Aufsichtsrat Herrn Dr. Achim Kassow als Nachfolger von Herrn Buhl zum neuen Vorstandssprecher. Des Weiteren berief der Aufsichtsrat Frau Karin Katerbau sowie Herrn Dr. Thomas Bretzger in den Vorstand der Gesellschaft. Frau Katerbau wird ihr Mandat am 16. April 2012 antreten; Herr Dr. Bretzger wird seine Tätigkeit am 1. Juli 2012 aufnehmen.

Der Aufsichtsrat dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Oldenburgische Landesbank AG und der OLB-Gruppengesellschaften für ihr Engagement und die geleistete, erfolgreiche Arbeit.

Oldenburg, den 13. April 2012

Für den Aufsichtsrat

Andree Moschner

Vorsitzender

# Organe

## Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrats

**Dr. Bernd W. Voss**

## Aufsichtsrat

**Andree Moschner**
*Vorsitzender*
Mitglied des Vorstands der Allianz Deutschland AG, München; Vorsitzender des Vorstands der Allianz Beratungs- und Vertriebs-AG, München

**Manfred Karsten***
*Stellvertretender Vorsitzender*
Bankkaufmann, Oldenburgische Landesbank AG, Oldenburg; Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats

**Dr. Werner Brinker**
Vorsitzender des Vorstands der EWE Aktiengesellschaft, Oldenburg

**Claas E. Daun**
Vorsitzender des Vorstands der Daun & Cie. AG, Rastede

**Carsten Evering***
Filialleiter, Region Oldenburg-Süd, Oldenburgische Landesbank AG, Friesoythe und Gehlenberg

**Thomas Fischer** (bis 31. Dezember 2011)
Mitglied des Vorstands der Allianz Beratungs- und Vertriebs-AG, München

**Prof. Dr. Andreas Georgi**
Consultant, Starnberg

**Stefan Lübbe***
Direktor, Mitglied der Geschäftsleitung Region Oldenburg-Süd, Oldenburgische Landesbank AG, Cloppenburg

**Dr. Thomas Naumann** (ab 20. Februar 2012)
Mitglied des Vorstands der Allianz Asset Management AG, München

**Horst Reglin***
Gewerkschaftssekretär, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Oldenburg

**Uwe Schröder***
Bankkaufmann, Oldenburgische Landesbank AG, Oldenburg

**Rainer Schwarz**
Mitglied des Vorstands der Allianz Deutschland AG, München

**Jörg Thöle***
Kundenbetreuer, Region Osnabrück / Osnabrücker Land, Oldenburgische Landesbank AG, Osnabrück; Vertreter des Deutschen Bankangestellten Verbands

## Vorstand

**Dr. Achim Kassow** (ab 1. August 2011)
Sprecher des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG

**Dr. Stefan Friedmann**
Mitglied des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG

**Jörg Höhling**
Mitglied des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG

**Benedikt Buhl** (bis 19. Mai 2011)
Sprecher des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG

**Dr. Peter Schinzing** (bis 31. Dezember 2011)
Stellvertretender Sprecher des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG

* Von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gewählt.

Stand 13. März 2012

# Lagebericht

# Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im Jahr 2011 setzte sich in Deutschland der wirtschaftliche Aufschwung des Vorjahres fort. Wenngleich sich das konjunkturelle Umfeld nach dem überaus dynamischen Auftakt im weiteren Verlauf des Jahres zunehmend eintrübte, beträgt der Zuwachs des realen Bruttoinlandsproduktes rund 3,0 %. Für das Jahr 2012 wird ein deutlich reduziertes, aber weiterhin positives Wachstum erwartet.

Die Weltkonjunktur wurde nach einem optimistischen Start in das Jahr 2011 bereits früh von verschiedenen Schocks getroffen. So verursachten die politischen Umbrüche im arabischen Raum einen kräftigen Ölpreisanstieg, das Erdbeben und der Tsunami in Japan sowie die Flut in Thailand unterbrachen für die Weltwirtschaft wichtige Lieferketten im asiatischen Raum und schließlich verunsicherte die Eskalation der europäischen Staatsschuldenkrise die Märkte. Aufgrund der starken internationalen Vernetzung der deutschen Wirtschaft bremsten diese Entwicklungen ungefähr zur Jahresmitte das konjunkturelle Tempo in Deutschland spürbar ab.

Bis dahin sorgte insbesondere eine starke, von den Investitionen getragene Binnennachfrage für Wachstumsbeiträge. Ohnehin boten sich aus mikroökonomischer Sicht über den gesamten Berichtszeitraum hinweg überaus gute Rahmenbedingungen für die Binnenwirtschaft: Die Finanzierungszinsen verharrten auf historisch niedrigem Niveau und begünstigten die Investitionsnachfrage. Die Arbeitslosigkeit lag auf dem tiefsten Stand seit der Wiedervereinigung und kam, in Verbindung mit signifikanten Lohnsteigerungen in mehreren Branchen, dem privaten Konsum zugute. Allerdings schlug sich die konjunkturelle Belebung der Vormonate auch in einem spürbaren Anstieg der Verbraucherpreise nieder, der insbesondere gestiegenen Rohstoff- und Nahrungsmittelpreisen geschuldet war.

Zur Jahresmitte belastete insbesondere die Unsicherheit über die weitere Entwicklung in der Eurozone das wirtschaftliche Umfeld. Hieraus resultierten deutliche Kursverluste an den weltweiten Aktienbörsen. Rating-Herabstufungen für Staaten und Banken im Euroraum trugen zur weiteren Verunsicherung der Märkte bei und veranlassten die Europäische Zentralbank zu Markteingriffen, um Renditeaufschläge und Refinanzierungskosten betroffener Euroländer abzuschwächen. Umfragebasierte Stimmungsindikatoren signalisierten eine merkliche Abkühlung der wirtschaftlichen Aussichten auch in Deutschland, welche sich aber zumindest bis zum Jahresende noch nicht in harten Konjunkturindikatoren wie Produktion und Beschäftigung niederschlugen. Zum Jahresende war lediglich ein Rückgang der Zuwachsraten inländischer Produktion zu verzeichnen. Dieser Trend kann vornehmlich auf die Abschwächung außenwirtschaftlicher Impulse zurückgeführt werden. Über das gesamte Jahr betrachtet trug jedoch der Außenbeitrag leicht positiv zum Anstieg der Wirtschaftsleistung bei.

Da die im Jahr 2010 und in der ersten Jahreshälfte 2011 zu beobachtenden Zuwachsraten beträchtlich über dem Potenzialwachstum lagen und hierdurch die im Krisenjahr 2009 entstandene Output-Lücke mittlerweile geschlossen wurde, zeigt sich in der jüngsten Abschwächung des Wachstums aber auch eine Rückkehr auf den langjährigen Pfad des Potenzialwachstums.

## Bericht über die geschäftliche Entwicklung der Bank im Jahr 2011

Das abgelaufene Geschäftsjahr 2011 stellte die Bankenbranche vor eine Reihe von Herausforderungen. Die durch die ungelöste europäische Verschuldungsproblematik verursachte Verunsicherung an den Finanzmärkten führte im zweiten Halbjahr zu heftigen Kursbewegungen an den Aktienmärkten und einem historisch niedrigen Zinsniveau in Deutschland. Zunehmend strengere Auflagen der Aufsichtsbehörden wirken auf Geschäftsmodelle der Banken. Insbesondere bei den Privatkunden herrscht Verunsicherung und Zurückhaltung bei der Vermögensanlage. Vor diesem Hintergrund konnten die laufenden Erträge nur leicht gesteigert werden. Die laufenden Aufwendungen wurden dagegen durch nachhaltige Kostendisziplin gesenkt. So konnte trotz einer deutlich erhöhten Risikovorsorge aufgrund einer branchenspezifischen Sondersituation in Verbindung mit einer erheblichen Einzelwertberichtigung im Bereich Schifffahrt ein positives Ergebnis vor Steuern erreicht werden.

# Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

## Ergebnisentwicklung

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Gewinn- und Verlustrechnung der Oldenburgische Landesbank AG für das Berichtsjahr mit Vorjahresvergleich:

| Mio. Euro | 2011 | 2010 | Veränderungen | Veränderungen % |
|---|---|---|---|---|
| Zinsüberschuss | 245,8 | 238,5 | 7,3 | 3,1 |
| Provisionsüberschuss | 79,8 | 83,3 | – 3,5 | – 4,2 |
| **Zins- und Provisionsüberschuss** | **325,6** | **321,8** | **3,8** | **1,2** |
| Nettoergebnis aus dem Handelsbestand | – 3,0 | 0,8 | – 3,8 | k. A. |
| Personalaufwand | 169,6 | 168,7 | 0,9 | 0,5 |
| Andere Verwaltungsaufwendungen[1] | 125,5 | 127,9 | – 2,4 | – 1,9 |
| **Verwaltungsaufwand** | **295,1** | **296,6** | **– 1,5** | **– 0,5** |
| Saldo sonstiger betrieblicher Erträge und Aufwendungen | 66,1 | 64,2 | 1,9 | 3,0 |
| **Betriebsergebnis vor Risikovorsorge** | **93,6** | **90,2** | **3,4** | **3,8** |
| Risikovorsorge | 82,7 | 11,4 | 71,3 | k. A. |
| **Betriebsergebnis** | **10,9** | **78,8** | **– 67,9** | **– 86,2** |
| Außerordentliches Ergebnis | – 8,5 | – 7,4 | – 1,1 | 14,9 |
| Übrige Posten | — | — | — | — |
| **Gewinn vor Steuern** | **2,4** | **71,4** | **– 69,0** | **– 96,6** |
| Steuern | 0,8 | 21,7 | – 20,9 | – 96,3 |
| **Jahresüberschuss** | **1,6** | **49,7** | **– 48,1** | **– 96,8** |

1 Einschließlich Abschreibungen auf Sachanlagen

### Zinsüberschuss

Die Eurokrise führte zu einer verstärkten Nachfrage nach Schuldverschreibungen von als sicher eingeschätzten Schuldnern wie der Bundesrepublik Deutschland. Als Folge hat sich das Zinsniveau insbesondere im zweiten Halbjahr im Bereich der langfristigen Zinsen deutlich gesenkt. Diese Entwicklung wurde durch die letzte Zinssenkung der EZB im Dezember weiter verstärkt. Gleichzeitig ist für Banken eine langfristige Refinanzierung am Kapitalmarkt zunehmend schwieriger geworden und erfordert die Zahlung stark gestiegener Risikoaufschläge.

Aufgrund dieser Entwicklung spielt das Einlagengeschäft mit unseren Kunden eine wichtige Rolle für die OLB. Im Berichtszeitraum konnte das Einlagevolumen um 4,4 % auf 7.406 Mio. Euro gesteigert werden. Hierzu trug insbesondere die Allianz Bank bei, die ihre Kundeneinlagen um 443,9 Mio. Euro auf 1.769,6 Mio. Euro steigerte. Der resultierende Anstieg der Zinsaufwendungen konnte durch gestiegene Zinseinnahmen aus dem Kreditgeschäft überkompensiert werden. Das im Vorjahr erzielte Rekordwachstum im Kreditvolumen wirkte sich dabei 2011 erstmals für ein volles Geschäftsjahr aus.

Die OLB hat sich mit Blick auf die anhaltende Staatsschuldenkrise im Euroraum in der Aktiv-/Passiv-Steuerung gegenüber dem Vorjahr vorsichtiger positioniert. Zusammen mit dem stark gesunkenen Zinsniveau für Wertpapiere erstklassiger Bonität dämpfte dies die Dynamik beim Anstieg des Zinsüberschusses.

### Provisionsüberschuss

Wesentlicher Treiber des Provisionsüberschusses ist das Wertpapiergeschäft, für das die Rahmenbedingungen im Jahr 2011 ungünstig waren. Die Marktentwicklung war sehr volatil und insbesondere die Aktienmärkte waren durch aufkeimende Konjunktursorgen belastet. Auf das Anlageverhalten unserer Kunden hat sich dies durch ein stark erhöhtes Risikobewusstsein, einen kurzfristigen Anlagehorizont und die Bevorzugung defensiver Anlageformen sowie klassischer Einlagen ausgewirkt. Um durch gezielte Beratung unsere starke Vertrauensposition bei unseren Kunden zu vertiefen, haben wir im Segment Regionalbank unseren im Nordwesten flächendeckenden Auftritt im Private Banking weiter ausgebaut. Diese langfristig angelegte Maßnahme konnte in diesem Marktumfeld noch nicht zu einer Ergebnisverbesserung führen. Die übrigen Provisionssparten entwickelten sich grundsätzlich

stabil. Insgesamt konnte aber das Vorjahresniveau im Provisionsüberschuss nicht gehalten werden.

### Nettoergebnis aus dem Handelsbestand

Die OLB ist im klassischen Eigenhandel nur in einem geringen Umfang und im Rahmen enger Risikolimite aktiv. Durch konsequentes Risikomanagement konnten wir im Umfeld des Einbruchs an den Aktienmärkten im dritten Quartal Einbußen im Eigenhandel bewusst begrenzen. Durch das erfolgreiche Devisengeschäft mit unseren Kunden konnten diese Verluste signifikant reduziert werden.

### Verwaltungsaufwand

Trotz Mehrbelastungen aufgrund der erstmals erhobenen Bankenabgabe, der Tarifsteigerung für Bankangestellte und einmaliger Sonderfaktoren konnten die Verwaltungsaufwendungen sogar noch leicht gesenkt werden. Während die durchschnittliche Mitarbeiteranzahl stabil gehalten wurde, ergaben sich Einsparungen insbesondere durch eine niedrigere erfolgsabhängige Vergütung und die Aktivierung von Personalkosten im Rahmen der Implementierung von IT-Projekten. Dadurch konnten einmalige Mehrbelastungen im Wesentlichen kompensiert werden. Im Bereich der Sachaufwendungen wurden Kostensteigerungen aufgrund der allgemeinen Preissteigerung insbesondere im Bereich der Energiekosten durch Kürzungen an anderen Stellen wieder aufgefangen. Darüber hinaus konnten die Kosten durch die Nutzung eines umsatzsteuerlichen Wahlrechts gesenkt werden.

### Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen

Die Allianz Deutschland AG gleicht den durch den Betrieb und die Erweiterung des Allianz Bankgeschäftes entstandenen saldierten Gesamtaufwand aus. Diese Erstattung führt im Wesentlichen zu dem hier ausgewiesenen Ergebnis.

### Risikovorsorge

In den Vorjahren profitierte die OLB von einem im Branchenvergleich äußerst günstigen Verlauf der Risikovorsorge. Auch für das abgelaufene Geschäftsjahr ist festzustellen, dass sich in der Breite des Portfolios der Risikobedarf weiterhin auf niedrigem Niveau bewegte. Der deutliche Anstieg der Risikovorsorge resultiert aus einer branchenspezifischen Krisensituation im Bereich Schifffahrt in Verbindung mit einer erheblichen Einzelwertberichtigung im Seeschiffsbereich.

Die OLB Regionalbank ist als breit aufgestellter Partner der Unternehmen im Nordwesten in einem überschaubaren Rahmen auch an der Finanzierung von Schiffen beteiligt. Der drastische Einbruch der Charterraten in den letzten zwei Jahren stellt die erfolgreiche Bereederung der Schiffe vor enorme Herausforderungen. Die Auswirkungen des Verfalls der Charterraten auf die Wirtschaftlichkeit der finanzierten Schiffe und mögliche Handlungsoptionen werden intensiv geprüft. Der unsicheren Branchensituation wurde auch durch die Bildung einer branchenspezifischen pauschalen Risikovorsorge Rechnung getragen.

### Außerordentliches Ergebnis

Zur Verbesserung der Strukturen und der Prozesseffizienz wurden sowohl für die OLB Regionalbank als auch für die Allianz Bank konkrete Vorhaben beschlossen. Der wegen des daraus resultierenden Personalabbaus entstehende Aufwand für zukünftige Zahlungen im Rahmen von Altersteilzeit- und Vorruhestandsregelungen sowie Abfindungszahlungen führt in Form von Rückstellungen zu dem ausgewiesenen Ergebnis in Höhe von –8,5 Mio. Euro.

### Vom Betriebsergebnis zum Bilanzgewinn

Das Betriebsergebnis nach Risikovorsorge sank aufgrund der gestiegenen Belastung durch Abschreibungen im Kreditgeschäft von 78,8 Mio. Euro auf 10,9 Mio. Euro.

Unter Berücksichtigung des außerordentlichen Ergebnisses von –8,5 Mio. Euro resultiert für das abgelaufene Geschäftsjahr ein Gewinn vor Steuern von 2,4 Mio. Euro. Der Steueraufwand lag bei 0,8 Mio. Euro. Damit verblieb ein Jahresüberschuss von 1,6 Mio. Euro (Vorjahr: 49,7 Mio. Euro), dieser entspricht auch dem Bilanzgewinn.

Zur Verwendung dieses Gewinnes soll den Aktionären in der Hauptversammlung am 31. Mai 2012 vorgeschlagen werden, den Bilanzgewinn in voller Höhe den Gewinnrücklagen zuzuführen.

## Bilanzentwicklung

| Mio. Euro | 2011 | 2010 | Veränderungen | Veränderungen % |
|---|---|---|---|---|
| Barreserve | 137 | 155 | – 18 | – 11,6 |
| Forderungen an Kreditinstitute | 921 | 1.523 | – 602 | – 39,5 |
| Forderungen an Kunden | 9.674 | 9.366 | 308 | 3,3 |
| Wertpapiere | 2.563 | 2.005 | 558 | 27,8 |
| Sachanlagevermögen | 76 | 78 | – 2 | – 2,6 |
| Treuhandvermögen | 15 | 19 | – 4 | – 21,1 |
| Sonstige Aktiva | 114 | 1.233 | – 1.119 | k. A. |
| **Summe der Aktiva** | **13.500** | **14.379** | **– 879** | **– 6,1** |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 3.511 | 3.916 | – 405 | – 10,3 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | 7.406 | 7.097 | 309 | 4,4 |
| Verbriefte Verbindlichkeiten | 1.455 | 2.242 | – 787 | – 35,1 |
| Nachrangige Verbindlichkeiten | 283 | 262 | 21 | 8,0 |
| Genussrechtskapital | — | — | — | — |
| Treuhandverbindlichkeiten | 15 | 19 | – 4 | – 21,1 |
| Eigenkapital | | | | |
| Gezeichnetes Kapital und Rücklagen | 558 | 532 | 26 | 4,9 |
| Bilanzgewinn | 2 | 50 | – 48 | k. A. |
| Sonstige Passiva | 270 | 261 | 9 | 3,4 |
| **Summe der Passiva** | **13.500** | **14.379** | **– 879** | **– 6,1** |

### Kundenkreditvolumen

Nach dem stürmischen Wachstum der beiden Vorjahre wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr gezielt ein moderater Volumenzuwachs angestrebt. Der geschäftspolitische Schwerpunkt wurde stattdessen mehr auf die Durchsetzung unserer Margenerfordernisse im Wettbewerb und eine selektivere Risikopolitik gelegt. Das Wachstum des Kreditvolumens ging im Jahr 2011 folglich auf 2,9 % zurück (Vorjahr: +11,1 %), das Volumen stieg auf 10.013 Mio. Euro.

Die folgende Tabelle verdeutlicht die Zusammensetzung des Kundenkreditvolumens:

| Mio. Euro | 2011 | 2010 | Veränderungen |
|---|---|---|---|
| Forderungen an Kunden | 9.674 | 9.366 | 308 |
| kurz- und mittelfristig | 1.478 | 1.524 | – 46 |
| langfristig | 8.196 | 7.842 | 354 |
| Kredite an Banken | 8 | 9 | – 1 |
| Avalforderungen | 331 | 354 | – 23 |
| **Kundenkreditvolumen insgesamt** | **10.013** | **9.729** | **284** |

### Liquidität

Die OLB befindet sich in einer komfortablen Liquiditätssituation. Die Kennzahl nach der Liquiditätsverordnung lag mit 2,30 (Vorjahr: 1,62) zum Bilanzstichtag deutlich über dem aufsichtsrechtlichen Mindestwert von 1,00. Das Interbankengeschäft wurde mit Blick auf die Risikolage deutlich reduziert. Aufgrund der hohen Nachfrage unserer Kunden nach Einlageprodukten konnte die Liquiditätsausstattung dennoch deutlich verbessert werden. Insbesondere die Liquiditätsüberhänge im Bereich unter 6 Monaten wurden kräftig erhöht, die mittel- und langfristigen Überhänge wurden auf dem hohen Niveau gehalten. Eine Refinanzierung am Kapitalmarkt war im Jahr 2011 nicht notwendig.

### Wertpapierbestände, Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Die OLB ist in erstklassigen Wertpapieren (staatliche Schuldverschreibungen und Pfandbriefe) investiert. Ein Teil der durch das erfolgreiche Einlagengeschäft der Allianz Bank gewonnenen Mittel wurde 2011 in solchen Schuldtiteln angelegt. Dies führte zu einem Anstieg der Finanzanlagen um 558 Mio. Euro auf 2.563 Mio. Euro. Es bestehen keine Anlagen in staatlichen Wertpapieren der durch die Eurokrise betroffenen Staaten oder in sog. „Subprime“-Papieren. Um langfristige Renditechancen zu nutzen, hat die OLB in einem Spezialfonds 76,6 Mio. Euro in Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere investiert. Auf Beteiligungen und Anteile an einem nicht konsolidierten Tochterunternehmen entfallen 0,9 Mio. Euro.

Der Anlagestrategie der OLB folgend, die ein Halten dieser Wertpapiere bis zur Fälligkeit vorsieht, ist im Jahr 2011 ein Teil der Liquiditätsreserve in den wie Anlagevermögen bewerteten Bestand umgewidmet worden. Der übrige Wertpapierbestand ist wie in den Vorjahren nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet worden.

Die Geschäftsentwicklung bei den in unserem Alleinbesitz stehenden Kreditinstituten W. Fortmann & Söhne KG, Oldenburg, und dem Bankhaus Münsterländische Bank Thie & Co. KG, Münster, ist weiterhin erfreulich. Beide Institute konnten das Geschäftsjahr 2011 mit einem zufriedenstellenden Ergebnis abschließen.

### Fremde Gelder

| Mio. Euro | 2011 | 2010 | Veränderungen |
|---|---|---|---|
| Kundengelder | 7.406 | 7.097 | 309 |
| täglich fällig | 3.589 | 3.557 | 32 |
| befristet | 1.772 | 1.915 | –143 |
| Spareinlagen | 2.044 | 1.625 | 419 |
| Bankeneinlagen | 3.511 | 3.916 | –405 |
| täglich fällig | 149 | 75 | 74 |
| befristet | 3.363 | 3.841 | –478 |
| Verbriefte Verbindlichkeiten | 1.455 | 2.242 | –787 |
| Nachrangige Verbindlichkeiten | 1.455 | 2.242 | –787 |
| **Fremde Gelder insgesamt** | **13.827** | **15.497** | **–1.670** |

Der Allianz Bank gelang es 2011 erfolgreich, neue Kundengelder zu akquirieren. Die durch das Hochzinskonto-Angebot der Regionalbank Ende 2010 gewonnenen Einlagen konnten zum großen Teil im Hause gehalten werden. Beides führte zu einem Anstieg der Kundengelder um 309 Mio. Euro auf 7.406 Mio. Euro (Vorjahr: 7.097 Mio. Euro).

### Eigenmittel

Um die Eigenkapitalbasis der OLB weiter zu stärken, hat die Hauptversammlung der OLB am 9. Juni 2011 einer Zuführung zu den Gewinnrücklagen in Höhe von 26,4 Mio. Euro zugestimmt. Die Kernkapitalquote konnte somit trotz des weiteren Kreditwachstums auf 8,6 % verbessert werden (Vorjahr: 7,9 %).

## Zweigniederlassungen

Die Allianz Bank wird als Zweigniederlassung der Oldenburgische Landesbank AG in München betrieben. Die Bank unterhielt zum Jahresende 2011 insgesamt 178 Niederlassungen der Oldenburgische Landesbank AG und 819 Agenturfilialen der Allianz Bank.

## Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Gemäß § 271 Abs. 2 HGB ist die Bank ein mit der Allianz SE verbundenes Unternehmen und wird in den Konzernabschluss der Allianz SE einbezogen.

Die Allianz Deutschland AG (AZ D) hält die Mehrheit des Kapitals der Oldenburgische Landesbank AG (OLB). Im Bericht über unsere Beziehungen zur Allianz Deutschland AG und zu den mit der Allianz Deutschland AG verbundenen Unternehmen beziehungsweise zur Allianz SE und zu den mit der Allianz SE verbundenen Unternehmen hat der Vorstand gemäß § 312 AktG erklärt:

Nach den Umständen, die uns jeweils zu dem Zeitpunkt bekannt waren, an dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen oder Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, haben wir bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten. Dadurch, dass Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, ist die Bank nicht benachteiligt worden.

# Corporate-Governance-Bericht

Eine gute Corporate Governance ist unabdingbar für einen nachhaltigen Unternehmenserfolg. Bedeutende Aspekte guter Corporate Governance sind die vertrauensvolle und effiziente Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Aufsichtsrat als Bestandteil eines dualen Führungssystems, die Achtung der Interessen der Aktionäre, Fremdkapitalgeber, Arbeitnehmer und sonstiger mit dem Unternehmen verbundener Gruppen sowie Offenheit und Transparenz in der Unternehmenskommunikation.

Der Deutsche Corporate Governance Kodex gilt in der Fassung vom 26. Mai 2010. Er stellt die wesentlichen gesetzlichen Vorschriften zur Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Gesellschaften dar und enthält international und national anerkannte Standards einer guten und verantwortungsvollen Unternehmensführung und -überwachung in Form von Empfehlungen und Anregungen. Er verdeutlicht die Verpflichtung von Vorstand und Aufsichtsrat, im Einklang mit den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft für den Bestand des Unternehmens und seine nachhaltige Wertschöpfung zu sorgen.

Eine gesetzliche Pflicht zur Befolgung der im Kodex enthaltenen Empfehlungen und Anregungen besteht nicht. Nach § 161 Aktiengesetz sind die börsennotierten Gesellschaften jedoch verpflichtet, jährlich im Sinne eines „comply or explain“ eine Entsprechenserklärung zu den Kodex-Empfehlungen abzugeben. Abweichungen von den Kodex-Empfehlungen sind dabei zu erläutern. Die von Vorstand und Aufsichtsrat im Dezember 2011 abgegebene Entsprechenserklärung finden Sie in der Erklärung zur Unternehmensführung in diesem Lagebericht.

## Beschreibung der Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat

Gemäß dem deutschen Aktienrecht verfügt die Oldenburgische Landesbank AG mit dem Vorstand und dem Aufsichtsrat über eine duale Führungs- und Kontrollstruktur. Vorstand und Aufsichtsrat arbeiten zum Wohle des Unternehmens eng und vertrauensvoll zusammen.

Neben den gesetzlichen Bestimmungen für die Führung und Kontrolle einer Aktiengesellschaft enthalten die von der Hauptversammlung beschlossene Satzung der Oldenburgische Landesbank AG sowie die Geschäftsordnungen für den Vorstand und den Aufsichtsrat Regelungen für die Unternehmensführung und -kontrolle.

## Vorstand

Der Vorstand der Oldenburgische Landesbank AG leitet das Unternehmen mit dem Ziel nachhaltiger Wertschöpfung in eigener Verantwortung und im Unternehmensinteresse. Er bestimmt die Unternehmensziele, die strategische Ausrichtung und die Geschäftspolitik der Gesellschaft. Des Weiteren koordiniert und überwacht der Vorstand die Geschäftstätigkeit der Tochtergesellschaften der Oldenburgische Landesbank AG. Er hat für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien (Compliance) sowie für ein angemessenes Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen zu sorgen.

Der Vorstand wird vom Aufsichtsrat bestellt. Er besteht aus mindestens zwei Mitgliedern; die tatsächliche Zahl der Vorstandsmitglieder wird durch den Aufsichtsrat festgelegt. Derzeit besteht der Vorstand aus drei Mitgliedern. Sie sind gemeinschaftlich für die Leitung der Oldenburgische Landesbank AG verantwortlich. Die Mitglieder des Vorstands unterrichten und verständigen sich gegenseitig über alle Belange des Unternehmens.

Der Aufsichtsrat hat ein Mitglied des Vorstands zu dessen Sprecher bestellt. Dieser vertritt den Vorstand gegenüber dem Aufsichtsrat und der Öffentlichkeit. Ihm obliegt des Weiteren die Koordinierung innerhalb des Vorstands.

Der Vorstand kommt regelmäßig zu Sitzungen zusammen. Diese werden vom Vorstandssprecher einberufen. Der Gesamtvorstand trifft seine Entscheidungen mit einfacher Mehrheit der an der Beschlussfassung beteiligten Vorstandsmitglieder. Bei Stimmengleichheit hat der Vorstandssprecher das Recht zum Stichentscheid.

Die Arbeit des Vorstands wird durch die Geschäftsordnung des Vorstands, die der Aufsichtsrat erlassen hat, weiter ausgestaltet. In der Geschäftsordnung des Vorstands sind insbesondere auch die der Begrenzung des Marktrisikos dienenden Berichtspflichten des Vorstands geregelt. Ferner enthält die Geschäftsordnung des Vorstands ein Kompetenzgefüge für das Kreditgeschäft und für Treasury / Eigenhandel.

Ein vom Vorstand aufgestellter Geschäftsverteilungsplan regelt die Ressortzuständigkeiten der Vorstandsmitglieder; hierdurch wird jedoch die gemeinsame Verantwortung aller Mitglieder des Vorstands für die Geschäftsführung nicht berührt. Der Geschäftsverteilungsplan und dessen Änderungen sind dem Aufsichtsrat unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Auf die Einrichtung von Vorstandsausschüssen wurde aufgrund der Größe des Vorstands verzichtet.

Der Vorstand berichtet dem Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle für die Gesellschaft relevanten Fragen der Geschäftsentwicklung, der Planung, der Risikolage, des Risikomanagements, der internen Revision und der Compliance. Im Rahmen seiner Berichterstattung geht der Vorstand auf Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den Planungen und Zielen unter Angabe von Gründen ein.

Geschäfte von besonderer Bedeutung sind an die Zustimmung des Aufsichtsrats bzw. seiner Ausschüsse gebunden. Die Zustimmungserfordernisse ergeben sich aus dem Gesetz, der Satzung sowie den Geschäftsordnungen für Vorstand und Aufsichtsrat. Zustimmungspflichtig sind unter anderem die Ausgabe neuer Aktien aus genehmigtem Kapital, der Abschluss von Unternehmensverträgen nach §§ 291 ff. Aktiengesetz, die Gewährung von Organ- bzw. Mitarbeiterkrediten gemäß § 15 Kreditwesengesetz, der Erwerb und die Veräußerung von Beteiligungen und Immobilien bei Überschreiten bestimmter Wertgrenzen sowie die Errichtung oder Auflösung von Zweigniederlassungen im Sinne von § 13 Handelsgesetzbuch.

Jedes Mitglied des Vorstands hat Interessenskonflikte unverzüglich gegenüber dem Vorstand und dem Aufsichtsrat offenzulegen. Wesentliche Geschäfte zwischen der Bank einerseits und einem Vorstandsmitglied bzw. ihm nahestehenden Personen oder von ihm kontrollierten Unternehmungen andererseits bedürfen der Zustimmung des Präsidialausschusses.

Die personelle Zusammensetzung des Vorstands im Geschäftsjahr 2011 ist im Vergütungsbericht dargestellt.



## Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der Oldenburgische Landesbank AG besteht aus zwölf Mitgliedern und ist gemäß dem deutschen Mitbestimmungsgesetz zu gleichen Teilen aus Vertretern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer zusammengesetzt. Die Vertreter der Anteilseigner werden durch die Hauptversammlung gewählt, die weiteren Mitglieder durch die Arbeitnehmer. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte für die Dauer der Amtszeit einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind dem Unternehmensinteresse verpflichtet; sie verfolgen bei ihren Entscheidungen keine persönlichen Interessen. Ehemalige Vorstandsmitglieder der Oldenburgische Landesbank AG sind nicht im Aufsichtsrat vertreten.

Der Aufsichtsrat, der über seinen Vorsitzenden in regelmäßigem Kontakt mit dem Vorstand steht, berät und überwacht den Vorstand bei der Leitung der Bank. Weiterhin ist er zuständig für die Bestellung und Abberufung der Vorstandsmitglieder und die Festsetzung der Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder sowie für die Prüfung des Jahresabschlusses der Oldenburgische Landesbank AG und des OLB-Konzerns, der Lageberichte, des Abhängigkeitsberichts und des Vorschlags zur Verwendung des Bilanzgewinns. Der Aufsichtsrat erlässt die Geschäftsordnung für den Vorstand und erteilt die Zustimmung zu Geschäften von wesentlicher Bedeutung, sofern die Zuständigkeit hierfür nicht einem Aufsichtsratsausschuss übertragen wurde.

Der Aufsichtsrat tritt regelmäßig entsprechend den gesetzlichen Vorgaben zu vier ordentlichen Sitzungen pro Geschäftsjahr zusammen, die durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats einberufen werden. Nach Bedarf werden darüber hinaus außerordentliche Sitzungen abgehalten. Beschlüsse des Aufsichtsrats werden mit einfacher Mehrheit der Stimmen gefasst, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt. Im Falle der Stimmengleichheit hat in einer erneuten Abstimmung über den Beschlussgegenstand, sofern diese ebenfalls Stimmengleichheit ergibt, der Vorsitzende des Aufsichtsrats zwei Stimmen.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat und leitet dessen Sitzungen.

Der Aufsichtsrat prüft regelmäßig die Effizienz seiner Tätigkeit. Die Effizienzprüfung wird vom Prüfungsausschuss vorbereitet. Anschließend erörtert das Plenum Verbesserungsmöglichkeiten und beschließt gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen.

Jedes Aufsichtsratsmitglied hat Interessenskonflikte, insbesondere solche, die aufgrund einer Beratung oder Organfunktion bei Kunden, Lieferanten, Kreditgebern oder sonstigen Geschäftspartnern entstehen können, gegenüber dem Aufsichtsrat offenzulegen.

siehe Seite 023

## Ziele des Aufsichtsrats hinsichtlich seiner Zusammensetzung und Stand der Umsetzung

Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 2. Dezember 2010 in Umsetzung von Ziff. 5.4.1 des Deutschen Corporate Governance Kodex nachfolgende Ziele für seine Zusammensetzung beschlossen:

Der Aufsichtsrat strebt eine Zusammensetzung an, die eine qualifizierte Aufsicht und Beratung der Geschäftsführung der Oldenburgische Landesbank AG sicherstellt. Es sollen Kandidaten vorgeschlagen werden, die durch ihre Integrität, Leistungsbereitschaft und Persönlichkeit in der Lage sind, die Aufgaben eines Aufsichtsratsmitglieds in der Oldenburgische Landesbank AG wahrzunehmen. Bei den nachstehenden Anforderungen ist zu berücksichtigen, dass der Aufsichtsrat auf die Vorschläge zur Wahl der Arbeitnehmervertreter keine Einflussmöglichkeit hat.

### 1. Anforderungen im Hinblick auf einzelne Kandidaten

- Sachkunde, insbesondere
  - unternehmerische Erfahrung;
  - allgemeines Verständnis des Bankgeschäfts;
  - Fähigkeit zum Verständnis und zur Bewertung von Jahresabschlussunterlagen und Berichten an den Aufsichtsrat;
  - nach Möglichkeit spezielle Fachkenntnisse, die für die Geschäftstätigkeit der Bank von Bedeutung sind.
- Zuverlässigkeit.
- Berücksichtigung der Regel-Altersgrenze von 70 Jahren.
- Einhaltung der vom Gesetz vorgeschriebenen sowie der vom Deutschen Corporate Governance Kodex empfohlenen Begrenzung der Mandatszahl.
- Bereitschaft und Fähigkeit zu ausreichendem zeitlichen Engagement.
- Keine geschäftliche oder persönliche Beziehung zur OLB oder deren Vorstand, die einen wesentlichen und nicht nur vorübergehenden Interessenkonflikt begründet.
- Keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei wesentlichen Wettbewerbern der OLB.

### 2. Anforderungen im Hinblick auf das gesamte Gremium

- Ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder i. S. v. Ziffer 5.4.2 des Corporate Governance Kodex.
- Mindestens ein unabhängiges Mitglied mit Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung oder Abschlussprüfung i. S. v. § 100 Abs. 5 AktG.
- Mindestens ein Mitglied mit ausgeprägter Erfahrung im Bankgeschäft.
- Nicht mehr als zwei ehemalige Mitglieder des Vorstands der OLB.
- Angemessene Beteiligung von Frauen, d. h. Nominierung von mindestens jeweils einer weiblichen Kandidatin auf Anteilseigner- und Arbeitnehmerseite zur nächsten turnusmäßigen Aufsichtsratswahl im Jahre 2013; dies steht unter dem Vorbehalt, dass der Aufsichtsrat keine Auswahlmöglichkeit für Arbeitnehmervertreter hat.
- Ausgewogene Zusammensetzung dergestalt, dass die gewünschten Fachkenntnisse im Aufsichtsrat möglichst breit vertreten sind.

Die personelle Zusammensetzung des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2011 ist im Vergütungsbericht des Geschäftsberichts dargestellt. Die derzeitige Zusammensetzung des Aufsichtsrats entspricht mit Ausnahme einer angemessenen Beteiligung von Frauen schon jetzt obigem Anforderungsprofil. Zukünftige Wahlvorschläge des Aufsichtsrats zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern werden diese Ziele berücksichtigen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Neuwahl des Aufsichtsrats im Frühjahr 2013. Der Aufsichtsrat empfiehlt seinen von den Arbeitnehmern gewählten Mitgliedern, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten um eine Berücksichtigung des Anforderungsprofils und der Ziele im Hinblick auf die von den zuständigen Gremien der Arbeitnehmer gemachten Wahlvorschläge zu bemühen.

## Beschreibung der Zusammensetzung und Arbeitsweise der Ausschüsse des Aufsichtsrats

Zur Steigerung der Effizienz des Gremiums hat der Aufsichtsrat verschiedene Ausschüsse gebildet, nämlich einen Präsidialausschuss, einen Risikoausschuss, einen Prüfungsausschuss, einen Nominierungsausschuss und den Vermittlungsausschuss nach § 31 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz. Die Ausschüsse bereiten die Beschlüsse des Aufsichtsrats und die Arbeit des Aufsichtsratsplenums vor; in geeigneten Fällen wurden ihnen auch Beschlusszuständigkeiten übertragen. Die Zusammensetzung, Verantwortlichkeiten und Aufgaben der Ausschüsse sind in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats und der Geschäftsordnung des Vorstands geregelt.

Die Ausschüsse treten je nach Bedarf zu Sitzungen zusammen; sie fassen ihre Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit steht dem Vorsitzenden des Ausschusses das Recht zum Stichentscheid zu; dies gilt nicht für den Vermittlungsausschuss.

siehe Seite 029

Die jeweiligen Ausschussvorsitzenden berichten dem Aufsichtsrat regelmäßig über die Arbeit der Ausschüsse und die dort gefassten Beschlüsse.

Der *Präsidialausschuss* besteht aus sechs Mitgliedern. Ihm gehören neben dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats und seinem Stellvertreter vier weitere vom Aufsichtsrat zu wählende Mitglieder an, von denen jeweils zwei Mitglieder auf Vorschlag der Arbeitnehmer- und der Anteilseignervertreter gewählt werden. Der Präsidialausschuss ist für die Personalangelegenheiten der Vorstandsmitglieder und für sonstige in die Zuständigkeit des Aufsichtsrats fallende Personalangelegenheiten zuständig, soweit diese nicht durch das Gesetz dem Aufsichtsratsplenum zugewiesen sind. Er bereitet die Bestellung von Vorstandsmitgliedern sowie die Entscheidungen des Plenums über das Vergütungssystem und die Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder vor und unterbreitet dem Plenum Beschlussvorschläge. Zu den Aufgaben des Präsidialausschusses zählen darüber hinaus die Zustimmung zur Ernennung von Generalbevollmächtigten, die Zustimmung zu Pensionsregelungen, die Zustimmung zu Organkrediten nach § 15 KWG sowie die Zustimmung zu genehmigungsbedürftigen Mandaten und Nebentätigkeiten von Vorstandsmitgliedern und Mitarbeitern.

Dem *Risikoausschuss* gehören neben dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats bis zu vier weitere Aufsichtsratsmitglieder an, von denen jeweils bis zu zwei Mitglieder auf Vorschlag der Anteilseigner- und der Arbeitnehmervertreter gewählt werden. Aktuell besteht der Risikoausschuss aus fünf Mitgliedern. Der Risikoausschuss befasst sich mit der Risikosituation und überwacht die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems der Bank. Ihm ist vom Vorstand zu berichten, wenn die festgelegten Marktrisikolimite überschritten werden. Er erteilt ferner die Zustimmung zu Krediten, die der Vorstand nicht in eigener Kompetenz entscheiden darf. Zudem bedarf die Gründung von Tochtergesellschaften mit Ausnahme reiner Vermögensverwaltungsgesellschaften seiner Zustimmung. Der Risikoausschuss genehmigt den Investitionsplan der Bank und erteilt die Zustimmung zu Erwerb und Veräußerung von Beteiligungen und Immobilien, sofern bestimmte Wertgrenzen überschritten werden.

Der *Prüfungsausschuss* besteht aus dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats sowie bis zu vier weiteren vom Aufsichtsrat zu wählenden Mitgliedern, von denen jeweils bis zu zwei Mitglieder auf Vorschlag der Anteilseigner- und der Arbeitnehmervertreter gewählt werden. Aktuell gehören ihm fünf Mitglieder an. Mindestens ein unabhängiges Mitglied des Prüfungsausschusses muss über Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung oder Abschlussprüfung verfügen. Der Aufsichtsrat hat festgestellt, dass Herr Prof. Dr. Andreas Georgi diese Voraussetzungen erfüllt.

Der Prüfungsausschuss hat die Aufgabe, den Jahres- und Konzernabschluss, die Lage- und Prüfungsberichte, den Gewinnverwendungsvorschlag sowie den Abhängigkeitsbericht vorab zu prüfen; er bereitet die Entscheidungen des Aufsichtsratsplenums über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Billigung des Konzernabschlusses sowie des Abhängigkeitsberichts vor. Er überwacht den Rechnungslegungsprozess und die Wirksamkeit des internen Revisions- sowie Compliancesystems und befasst sich darüber hinaus auch mit den Tätigkeitsschwerpunkten der beiden letztgenannten Bereiche. Die Entscheidung des Aufsichtsrats über den Vorschlag an die Hauptversammlung zur Bestellung des Abschlussprüfers stützt sich auf eine Empfehlung des Prüfungsausschusses. Der Ausschuss überwacht die Abschlussprüfung, insbesondere die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und die vom Abschlussprüfer zusätzlich erbrachten Leistungen. Er erteilt den Prüfungsauftrag und befasst sich in diesem Zusammenhang mit den Prüfungsschwerpunkten und dem Honorar des Abschlussprüfers. Des Weiteren erörtert er den Halbjahresfinanzbericht mit dem Vorstand vor seiner Veröffentlichung. Schließlich ist der Prüfungsausschuss auch zuständig für die Vorbereitung der jährlichen Entsprechenserklärung des Aufsichtsrats gemäß § 161 Aktiengesetz und der Effizienzprüfung der Aufsichtsratstätigkeit.

Dem *Nominierungsausschuss* gehören neben dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats zwei weitere Vertreter der Anteilseigner an. Aufgabe dieses Ausschusses ist es, geeignete Kandidaten für die Wahl von Anteilseignervertretern im Aufsichtsrat zu suchen und diese dem Aufsichtsrat für dessen Wahlvorschläge an die Hauptversammlung vorzuschlagen.

Der gemäß § 27 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz zu bildende Vermittlungsausschuss hat entsprechend den gesetzlichen Vorgaben vier Mitglieder. Ihm gehören neben dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats sowie seinem Stellvertreter je ein von den Aufsichtsratsmitgliedern der Anteilseigner und von den Aufsichtsratsmitgliedern der Arbeitnehmer gewähltes Mitglied an. Der Vermittlungsausschuss unterbreitet dem Aufsichtsratsplenum Vorschläge für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern, wenn die für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern vorgeschriebene Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen der Aufsichtsratsmitglieder im ersten Wahlgang nicht erreicht wird.

Die Aufsichtsratsausschüsse setzen sich personell wie folgt zusammen:

**Präsidialausschuss**
- Andree Moschner, Vorsitzender
- Thomas Fischer (bis 31.12.2011)
- Prof. Dr. Andreas Georgi
- Manfred Karsten
- Stefan Lübbe
- Uwe Schröder
- Rainer Schwarz (ab 16.02.2012)

**Risikoausschuss**
- Prof. Dr. Andreas Georgi, Vorsitzender
- Carsten Evering
- Stefan Lübbe
- Andree Moschner
- Rainer Schwarz

**Prüfungsausschuss**
- Prof. Dr. Andreas Georgi, Vorsitzender
- Carsten Evering
- Andree Moschner
- Uwe Schröder
- Rainer Schwarz

**Nominierungsausschuss**
- Andree Moschner, Vorsitzender
- Dr. Werner Brinker
- Prof. Dr. Andreas Georgi

**Vermittlungsausschuss (§ 27 Abs. 3 MitbestG)**
- Andree Moschner, Vorsitzender
- Prof. Dr. Andreas Georgi
- Manfred Karsten
- Jörg Thöle

Einzelheiten zu den im Geschäftsjahr 2011 abgehaltenen Sitzungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse sowie den behandelten Themen enthält der Bericht des Aufsichtsrats.

## Hauptversammlung

In der Hauptversammlung nehmen die Aktionäre ihre Rechte wahr und üben ihr Stimmrecht aus. Bei der Beschlussfassung gewährt jede Aktie eine Stimme. Um die Stimmrechtsausübung zu erleichtern, bietet die Oldenburgische Landesbank AG ihren Aktionären an, sich in der Hauptversammlung durch von der Gesellschaft benannte Stimmrechtsvertreter vertreten zu lassen, die das Stimmrecht ausschließlich auf der Grundlage der vom Aktionär erteilten Weisungen ausüben. Die Teilnahme an der Hauptversammlung oder die Ausübung des Stimmrechts setzt die rechtzeitige Anmeldung des Aktionärs zur Hauptversammlung und den Nachweis seiner Berechtigung voraus.

In der jährlich stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung legen Vorstand und Aufsichtsrat Rechenschaft über das abgelaufene Geschäftsjahr ab. Die Hauptversammlung hat die ihr nach dem Gesetz eingeräumten Rechte. Sie beschließt unter anderem über die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat, die Verwendung des Bilanzgewinns, Satzungsänderungen und kapitalverändernde Maßnahmen. Ferner wählt sie die Vertreter der Anteilseigner im Aufsichtsrat. Einzelheiten über die Tagesordnung und die Stimmrechtsausübung werden den Aktionären mit der Einladung mitgeteilt. Die für die Hauptversammlung notwendigen Berichte und Unterlagen werden zusammen mit der Tagesordnung leicht zugänglich auf der OLB Internetseite (www.olb.de) veröffentlicht.

## Transparenz und Information

Anteilseigner und Dritte werden zeitnah über die wirtschaftliche Entwicklung durch die Veröffentlichung von Abschlüssen, Zwischenabschlüssen und Zwischenmitteilungen informiert. Bei der Erstellung werden die nationalen und internationalen Rechnungslegungsvorschriften berücksichtigt. Die Gesellschaft orientiert sich dabei am True-and-fair-View-Prinzip, sodass die Rechnungslegung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt. Darüber hinaus werden Tatsachen, die dazu geeignet sind, den Aktienkurs erheblich zu beeinflussen, als Ad-hoc-Meldung publiziert und es wird über weitere relevante Informationen berichtet. Alle Daten werden über geeignete Kommunikationsmedien veröffentlicht und stehen auf der Internetseite der Gesellschaft bereit (www.olb.de).

Die Oldenburgische Landesbank AG informiert in einem Finanzkalender, der auf der Internetseite der Oldenburgische Landesbank AG im Bereich Investor Relations sowie im Geschäftsbericht veröffentlicht ist, über die Termine der wesentlichen Ereignisse und Veröffentlichungen (wie Hauptversammlung, Veröffentlichung des Geschäftsberichts).

### Meldepflichtige Wertpapiergeschäfte („Directors' Dealings")

Nach den Regelungen des § 15a Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) zur Veröffentlichung und Mitteilung von Geschäften müssen Personen, die bei einem Emittenten von Aktien Führungsaufgaben wahrnehmen, eigene Geschäfte mit Aktien des Emittenten oder mit sich darauf beziehenden Finanzinstrumenten, insbesondere Derivaten, dem Emittenten und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) mitteilen, sofern der Wert der getätigten Erwerbs- oder Veräußerungsgeschäfte 5.000 Euro innerhalb eines Kalenderjahres erreicht oder übersteigt. Diese Verpflichtung gilt für Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder. Darüber hinaus wurde die Anzeigepflicht auf Personen erweitert, die regelmäßig Zugang zu Insiderinformationen haben und zu wesentlichen unternehmerischen Entscheidungen ermächtigt sind. Daneben gilt diese Pflicht auch für Personen, die Personen mit Führungsaufgaben nahe stehen.

Im Geschäftsjahr 2011 wurden der Oldenburgische Landesbank AG keine meldepflichtigen Wertpapiergeschäfte gemäß § 15a WpHG gemeldet.

### Anteilsbesitz von Vorstand und Aufsichtsrat

Der Gesamtbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder an Aktien der Oldenburgische Landesbank AG betrug zum 31. Dezember 2011 weniger als 1 % der ausgegebenen Aktien der Gesellschaft.



## Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB

### Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex

§ 161 Aktiengesetz verpflichtet den Vorstand und Aufsichtsrat börsennotierter Gesellschaften, jährlich im Sinne eines „comply or explain" eine Entsprechenserklärung zu den im Deutschen Corporate Governance Kodex enthaltenen Empfehlungen abzugeben. Abweichungen von den Empfehlungen sind offenzulegen und zu begründen.

Vorstand und Aufsichtsrat der Oldenburgische Landesbank AG haben im Dezember 2011 die turnusmäßige Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex abgegeben. Danach hat die Gesellschaft den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex seit Abgabe der letzten Entsprechenserklärung entsprochen und wird diesen auch künftig entsprechen, mit der einen Ausnahme, dass die von der Hauptversammlung am 9. Juni 2011 beschlossene Vergütungsregelung für den Aufsichtsrat keine erfolgsorientierten Vergütungskomponenten vorsieht. Die Entsprechenserklärung vom Dezember 2011 hat folgenden Wortlaut:

„Erklärung des Vorstands und des Aufsichtsrats der Oldenburgische Landesbank AG zu den Empfehlungen der ‚Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex' gemäß § 161 Aktiengesetz

1. Die Oldenburgische Landesbank AG wird sämtlichen Empfehlungen der ‚Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex' in der Fassung vom 26. Mai 2010 mit folgender Ausnahme entsprechen:

   Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten eine reine Festvergütung. Dies ist eine Abweichung von Ziff. 5.4.6 Abs. 2 Satz 1 Deutscher Corporate Governance Kodex, welche vorsieht, dass die Mitglieder des Aufsichtsrats neben einer festen auch eine erfolgsorientierte Vergütung erhalten sollen.

   Eine reine Festvergütung stärkt nach unserer Auffassung die Unabhängigkeit des Aufsichtsrats. Der Umfang der Arbeitsbelastung und des Haftungsrisikos der Aufsichtsratsmitglieder

entwickelt sich im Allgemeinen nicht parallel zum geschäftlichen Erfolg des Unternehmens beziehungsweise zur Ertragslage der Gesellschaft. Vielmehr wird häufig gerade in schwierigen Zeiten, in denen eine variable Vergütung in der Regel zurückgeht, eine besonders intensive Wahrnehmung der Überwachungs- und Beratungsfunktion durch die Aufsichtsratsmitglieder erforderlich sein.

2. Seit der letzten Entsprechenserklärung vom März 2011 hat die Oldenburgische Landesbank AG den Empfehlungen der ‚Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex' in der Fassung vom 26. Mai 2010 mit der beschriebenen Ausnahme von Ziffer 5.4.6 Abs. 2 Satz 1 des Kodex entsprochen.

Oldenburg, im Dezember 2011
Oldenburgische Landesbank AG

Für den Vorstand:
gez. Dr. Achim Kassow
gez. Jörg Höhling

Für den Aufsichtsrat:
gez. Andree Moschner"

Diese Entsprechenserklärung sowie die Entsprechenserklärungen der vergangenen Jahre sind auf unserer Internetseite (www.olb.de) im Bereich Investor Relations in der Rubrik Corporate Governance dauerhaft öffentlich zugänglich gemacht.

Die Oldenburgische Landesbank AG beachtete im Geschäftsjahr 2011 zudem weitgehend die unverbindlichen Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex.

## Angaben zu Unternehmensführungspraktiken

Die Oldenburgische Landesbank AG lebt vom Vertrauen ihrer Kunden, Aktionäre, Mitarbeiter und der Öffentlichkeit in die Leistung und Integrität der OLB-Gruppe. Dieses Vertrauen hängt wesentlich davon ab, wie sich Mitarbeiter, Führungskräfte und Geschäftsführung verhalten und wie sie ihre Fähigkeiten zum Nutzen der Kunden und Aktionäre einsetzen.

Die Oldenburgische Landesbank AG ist eine Gesellschaft der Allianz Gruppe. Die Allianz integriert mit eigenen Initiativen für das UN Global Compact Programm und der Anerkennung der OECD-Richtlinie für multinationale Unternehmen Nachhaltigkeit und gesellschaftliche Verantwortung in das Geschäft. UN Global Compact ist eine Initiative des seinerzeitigen UN-Generalsekretärs Kofi Annan und internationaler Großunternehmen zur Anerkennung der Menschenrechte.

Die vom Vorstand der Oldenburgische Landesbank AG für alle Mitarbeiter, Führungskräfte und Mitglieder des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG übernommenen Verhaltensgrundsätze der Allianz Gruppe (Verhaltenskodex für Business Ethik und Compliance) setzen die im UN-Global-Compact-Programm enthaltenen Prinzipien um. Sie bilden Mindeststandards für alle Mitarbeiter. Mit diesen verbindlichen Grundsätzen und Verhaltensregeln sollen Situationen vermieden werden, die das Vertrauen in die Integrität der einzelnen Gesellschaften und ihrer Mitarbeiter erschüttern könnten. Neben den Themenbereichen Korruption, Geldwäsche und Diskriminierung gehen die Verhaltensgrundsätze vor allem auch auf mögliche Interessenkonflikte und deren Vermeidung ein.

Der Verhaltenskodex für Business Ethik und Compliance der Allianz Gruppe, der von der OLB-Gruppe übernommen wurde, ist auf der Internetseite der Allianz SE unter www.allianz.com/de/investor_relations/corporate_governance/index.html veröffentlicht.

## Beschreibung der Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat sowie der Zusammensetzung und Arbeitsweise ihrer Ausschüsse

Die Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat ist im Corporate-Governance-Bericht beschrieben.

Die personelle Zusammensetzung des Vorstands und des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2011 ist im Vergütungsbericht dargestellt.

Die Zusammensetzung und Arbeitsweise der Ausschüsse des Aufsichtsrats ist im Corporate-Governance-Bericht abgebildet. Da der Vorstand derzeit nur aus drei Mitgliedern besteht, wurde auf die Einrichtung von Vorstandsausschüssen verzichtet.

siehe Seiten 016 ff. und 023 ff.

siehe Seiten 016 ff.

# Vergütungsbericht

Dieser Vergütungsbericht fasst die Struktur, die Prinzipien und die Höhe der Vergütung des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG zusammen. Zudem legt er Zusammensetzung und Höhe der Vergütung des Aufsichtsrats dar. In diesem Vergütungsbericht wird außerdem die Ausgestaltung der Vergütungssysteme der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Oldenburgische Landesbank AG beschrieben und der Gesamtbetrag aller Vergütungen veröffentlicht.

## Vergütung des Vorstands

Die Konzeption der Vorstandsvergütung zielt auf Angemessenheit, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit. Ihre Struktur wird im Aufsichtsrat beraten und regelmäßig überprüft. Dies ist zuletzt im Dezember 2011 erfolgt. Der Aufsichtsrat hat daraufhin beschlossen, das seit Januar 2010 bestehende Vergütungssystem für den Vorstand weiterzuführen.

Die folgenden Vergütungsgrundsätze sind maßgeblich für die Vorstandsvergütung:

- Die Gesamtvergütung ist in ihrer Höhe angemessen, um hoch qualifizierte Führungskräfte zu gewinnen und langfristig an das Unternehmen zu binden.
- Die Vergütungsstruktur gewährleistet eine ausgewogene Balance zwischen kurz-, mittel- und langfristigen Vergütungsbestandteilen.
- Das Anreizsystem ist wirksam ausgestaltet, auch bei einem sich gegebenenfalls ändernden Geschäftsumfeld.
- Die erfolgs- und leistungsbezogenen variablen Vergütungselemente stehen im Einklang mit den strategischen und finanziellen Interessen der Oldenburgische Landesbank AG.
- Die Gesamtvergütung richtet sich nach den jeweiligen Aufgaben- und Verantwortungsbereichen sowie den erbrachten Leistungen der einzelnen Vorstandsmitglieder.

Das derzeit geltende Vergütungssystem für den Vorstand besteht aus den folgenden Komponenten:

### Erfolgsunabhängige Vergütung

Die erfolgsunabhängige Vergütung enthält fixe Bezüge und sonstige Vergütungsbestandteile:

*a) Fixe Bezüge.* Die Grundvergütung ist ein fester Betrag, bestehend aus zwölf monatlichen Zahlungen. Ihre Höhe wird zum einen von der übertragenen Funktion und Verantwortung bestimmt, zum anderen von den externen Marktbedingungen beeinflusst.

*b) Sonstige Vergütungsbestandteile.* Geldwerte Vorteile aus Sach- und Nebenleistungen werden je nach Funktion und Position in unterschiedlichem Umfang gewährt und müssen individuell versteuert werden. Es handelt sich dabei im Wesentlichen um marktübliche Versicherungsleistungen und die Bereitstellung von Dienstwagen. Darüber hinaus erhielten Mitglieder des Vorstands im Jahr 2011 Bezüge aus der Wahrnehmung von Mandaten in Aufsichtsorganen bei konzerneigenen Gesellschaften.

### Erfolgsabhängige Vergütung

Die erfolgsabhängige Vergütung besteht aus verschiedenen Komponenten und gewährleistet eine angemessene Balance zwischen kurz- und mittelfristigen finanziellen Zielen, längerfristigem Erfolg und nachhaltiger Unternehmenswertsteigerung. Alle Bestandteile der erfolgsabhängigen Vergütung sind in einem im Allianz Konzern geltenden Modell, dem Allianz Sustained Performance Plan (ASPP), beschrieben. Zur Festlegung der erfolgsabhängigen Vergütung trifft der Aufsichtsrat jährlich eine Zielvereinbarung mit den einzelnen Mitgliedern des Vorstands, in der die quantitativen und qualitativen Ziele festgelegt werden. Sowohl die Jahresziele als auch – im Falle des Vorstandssprechers – die dreijährigen Mittelfristziele werden in einem einheitlichen Zielvereinbarungsbogen fixiert. Der Aufsichtsrat kann in der Bewertung der Zielerfüllung die erfolgsabhängige Vergütung in der Bandbreite von 0 % bis maximal 165 % der jeweiligen Zielvergütung festsetzen.

Die erfolgsabhängige Vergütung setzt sich aus den folgenden Bestandteilen zusammen:

*a) Jahresbonus.* Die Mitglieder des Vorstands erhalten in Abhängigkeit vom Erfüllungsgrad einer persönlichen Zielvereinbarung einen Jahresbonus. Die Ziele werden zu Beginn des Performance-Zeitraums definiert. In welchem Ausmaß diese Ziele erreicht wurden, wird nach Ablauf der jährlichen Leistungsperiode ermittelt und ist für die Höhe des zu zahlenden Jahresbonus ausschlaggebend.

b) *Mittelfristbonus.* Dem Vorstandssprecher wird zusätzlich zum Jahresbonus auf Basis einer gesonderten Zielvereinbarung ein Drei-Jahre-Bonus gewährt. Hierzu wird in einem Zeitraum von drei Jahren für jedes Jahr ein Betrag in Höhe des festgesetzten Jahresbonus dotiert, erstmals für das Geschäftsjahr 2010. Die Summe dieser Beträge bildet die vorläufige Grundlage für den Mittelfristbonus. Nach Ablauf des jeweiligen Drei-Jahre-Zeitraums prüft der Aufsichtsrat, inwieweit die Zielerreichung nachhaltig war, und legt auf Basis dieser Prüfung die Höhe des Mittelfristbonus fest.

c) *Aktienbezogene Vergütung.* Die Vorstandsmitglieder nehmen ferner am gruppenweiten Allianz Programm der aktienbezogenen Vergütung (Allianz Equity Incentive = AEI) teil. Aktienbezogene Vergütung wird in Form von virtuellen Aktien, sogenannten Restricted Stock Units (RSU), gewährt. Die Zuteilung erfolgt nach Ablauf des Geschäftsjahres im Zusammenhang mit der Festlegung des Jahresbonus. Die Anzahl der RSU ergibt sich dabei aus der Höhe des Jahresbonus für das abgelaufene Geschäftsjahr, geteilt durch den berechneten Marktwert eines RSU zum Zeitpunkt der Zuteilung. Für die RSU besteht eine Haltefrist von vier Jahren ab Zuteilung. Nach Ablauf dieser Frist werden sie automatisch gemäß den Planbedingungen durch die Gesellschaft ausgeübt. Pro RSU erhalten die Vorstandsmitglieder den Gegenwert einer Aktie der Allianz SE zu dem nach den Planbedingungen maßgeblichen Ausübungskurs. Der entsprechende Betrag wird in bar, in Aktien der Allianz SE oder in sonstigen Ersatzwerten ausgezahlt. Der mögliche Wertzuwachs der RSU kann maximal 200 % des Aktienkurses bei Zuteilung betragen.

Im Rahmen des bis zum Jahr 2010 geltenden Allianz Programms für die aktienbezogene Vergütung (Group Equity Incentive = GEI) wurden neben RSU auch sogenannte Stock Appreciation Rights (SAR) ausgegeben. Hierbei handelt es sich um virtuelle Optionen, die dazu berechtigen, den Unterschiedsbetrag zwischen dem Börsenkurs der Aktie der Allianz SE am Tage der Ausübung und dem Zuteilungskurs in bar ausgezahlt zu bekommen.

Der maximale Unterschied ist auf 150 % des Zuteilungskurses beschränkt. Die bis 2008 gewährten SAR können nach einer Sperrfrist von zwei Jahren ausgeübt werden. Für SAR, die ab 2009 gewährt wurden, gilt eine Sperrfrist von vier Jahren. Voraussetzung für die Ausübung der SAR ist zum einen, dass der Kurs der Aktie der Allianz SE mindestens 20 % über dem Zuteilungskurs liegt. Zum anderen muss der Kurs der Aktie während der Planlaufzeit den Dow Jones EURO STOXX Price Index (600) mindestens einmal während einer Frist von fünf aufeinander folgenden Börsentagen übertroffen haben. Die SAR verfallen nach sieben Jahren, sofern sie bis dahin nicht gemäß den Planbedingungen ausgeübt wurden. Soweit die bis 2010 gewährten SAR noch nicht ausgeübt wurden, bleiben sie gültig, bis die entsprechenden Pläne ausgelaufen sind. Im Rahmen des neuen Allianz Equity Incentive Programms werden keine SAR mehr ausgegeben.

Zur Bewertung dieser Rechte beziehungsweise der Wertentwicklung verweisen wir auf die Angaben im Anhang des Konzernabschlusses des OLB-Konzerns.

### Betriebliche Altersvorsorge

Die Mitglieder des Vorstands erhalten im Rahmen ihres Dienstvertrags eine betriebliche Altersversorgung entweder in Form einer Festbetragszusage oder in Form einer beitragsorientierten Regelung. Der Pensionsvertrag für Herrn Dr. Friedmann besteht aus der Zusage eines Festbetrags in Prozent der fixen Bezüge in Abhängigkeit von der Anzahl der vollendeten Dienstjahre, er ist also nicht an die Entwicklung der variablen Vergütungskomponenten gekoppelt. Die Herren Dr. Kassow, Dr. Schinzing, Höhling und Buhl werden jeweils Versorgungsleistungen aus beitragsorientierten Pensionsverträgen erhalten.

### Individualisierte Vorstandsvergütung 2011

Einzelheiten der Vergütung des Vorstands im Geschäftsjahr 2011 in individualisierter Form ergeben sich aus der nachfolgenden Tabelle.

### Vergütung der Mitglieder des Vorstands

| Tsd. Euro | | Erfolgsunabhängige Vergütungsbestandteile | | Erfolgsabhängige Vergütungsbestandteile | | | Gesamt |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Fixe Bezüge | Sonstige Vergütungsbestandteile | Jahresbonus (kurzfristig) | Drei-Jahre-Bonus (mittelfristig)[1] | Aktienbezogene Vergütung (langfristig) | |
| Dr. Achim Kassow (ab 1. August 2011) | **2011** | **183,3** | **3,0** | **91,7** | **91,7** | **441,7**[2] | **811,4** |
| | 2010 | — | — | — | — | — | — |
| Dr. Stefan Friedmann | **2011** | **220,0** | **21,7** | **135,7** | **—** | **135,7** | **513,1** |
| | 2010 | 220,0 | 23,0 | 214,6 | — | 214,6 | 672,2 |
| Jörg Höhling | **2011** | **220,0** | **11,7** | **137,1** | **—** | **137,1** | **505,9** |
| | 2010[3] | 202,0 | 6,0 | 211,4 | — | 211,4 | 630,8 |
| Dr. Peter Schinzing (bis 31. Dezember 2011) | **2011** | **235,0** | **21,7** | **260,4**[4] | **—** | **—** | **517,1** |
| | 2010 | 235,0 | 23,0 | 223,3 | — | 223,3 | 704,6 |
| Benedikt Buhl (bis 19. Mai 2011) | **2011** | **175,0** | **13,6** | **332,5**[5] | **—** | **—** | **521,1** |
| | 2010 | 300,0 | 25,0 | 198,5 | 198,5 | 198,5 | 920,5 |
| **Gesamtvergütung** | **2011** | **1.033,3** | **71,7** | **957,4** | **91,7** | **714,5** | **2.868,6** |
| | 2010 | 957,0 | 77,0 | 847,8 | 198,5 | 847,8 | 2.928,1 |

1 Zum Zweck der Rückstellungsbildung entspricht der Drei-Jahre-Bonus der Auszahlungshöhe des jährlichen Bonus. Da die Leistungsbeurteilung und Auszahlung erst nach Ablauf der Leistungsperiode erfolgen, entspricht der Wert einer angenommenen Indikation.

2 Dieser Betrag setzt sich aus der vertragsgemäßen Zuteilung von Restricted Stock Units (RSU) für 2011 sowie einer Sonderzuteilung von RSU als Ausgleich verfallener Ansprüche bei Dr. Kassows Vorarbeitgeber zusammen.

3 Anteilig ab 1. Februar 2010.

4 Mit diesem Betrag wurde zugleich die anteilige aktienbezogene Vergütung für 2011 abgegolten.

5 Mit diesem Betrag wurden zugleich die anteilige Dotierung des Drei-Jahre-Bonus für 2011 und die anteilige Zuteilung aktienbezogener Vergütung für 2011 abgegolten.

Zum 31. Dezember 2011 betrug die Anzahl der von den Mitgliedern des Vorstands gehaltenen aktienbezogenen Rechte insgesamt 65.282 Stück SAR sowie 28.586 Stück RSU. Zur Bewertung dieser Rechte beziehungsweise der Wertentwicklung verweisen wir auf die Anhangangabe zur aktienbezogenen Vergütung.

Die Gesamtvergütung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2011 betrug 2,9 Mio. Euro (Vorjahr: 2,9 Mio. Euro).

Die Kreditgewährung an Mitglieder des Vorstands stellt sich per 31. Dezember 2011 folgendermaßen dar: Die Einräumung von Dispositionslinien beträgt insgesamt 524,3 Tsd. Euro, die per 31. Dezember 2011 mit 113 Tsd. Euro in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze liegen jeweils bei 6,00 %. Ein bestehender Avalkredit in Höhe von 2,4 Tsd. Euro wurde mit einer Avalprovision von 2,70 % abgerechnet. Des Weiteren bestand ein Darlehen in Höhe von 100 Tsd. Euro. Der Zinssatz lag bei 2,89 %. Die Verzinsung und die Ausgestaltung sind marktüblich. Kreditkartenlimite in Höhe von 90,1 Tsd. Euro wurden am Bilanzstichtag mit 6 Tsd. Euro ausgenutzt.

Aus Mandaten bei konzerneigenen Gesellschaften erhielten die Mitglieder des Vorstands im Jahr 2011 darüber hinaus insgesamt 30 Tsd. Euro (inklusive Umsatzsteuer).

Für die *Betriebliche Altersversorgung und vergleichbare Leistungen* wurden im Geschäftsjahr 2011 für Herrn Dr. Kassow 73 Tsd. Euro, für Herrn Dr. Schinzing 12 Tsd. Euro, für Herrn Dr. Friedmann 1.096 Tsd. Euro, für Herrn Höhling 77 Tsd. Euro und für Herrn Buhl 350 Tsd. Euro aufgewendet. Am 31. Dezember 2011 betrugen die Pensionsrückstellungen für die Vorstandsmitglieder, die zu diesem Zeitpunkt aktiv waren, 3,0 Mio. Euro (Vorjahr: 2,5 Mio. Euro).

An frühere Mitglieder des Vorstands oder deren Hinterbliebene wurden insgesamt 3,2 Mio. Euro gezahlt. Davon entfiel auf die Abfindung für Herrn Buhl als Ausgleich für die Beendigung seines ursprünglich bis zum 31. Dezember 2013 laufenden und per 31. Juli 2011 beendeten Dienstvertrages ein Bruttobetrag von 1.394 Tsd. Euro. Herr Buhl ist zum 19. Mai 2011 einvernehmlich aus dem Vorstand ausgeschieden. Ferner entfiel davon auf die Abfindung für Herrn Dr. Schinzing als Ausgleich für die Beendigung seines ursprünglich bis zum 31. März 2013 laufenden Dienstvertrages ein Bruttobetrag von 700 Tsd. Euro; Herr Dr. Schinzing hat das Vorstandsmandat mit Wirkung zum Ablauf des 31. Dezember 2011 niedergelegt, sein Dienstvertrag wurde zum gleichen Zeitpunkt beendet. Die Abfindung für Herrn Dr. Schinzing wurde im Januar 2012 ausgezahlt. In der genannten Summe von 3,2 Mio. Euro sind schließlich Ruhegehälter an frühere Mitglieder des Vorstands und Hinterbliebenenbezüge in Höhe von 1,1 Mio. Euro enthalten. Die Pensionsrückstellungen für diesen Personenkreis beliefen sich auf 12,4 Mio. Euro (Vorjahr: 10,4 Mio. Euro).

## Vergütungssysteme für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Oldenburgische Landesbank AG

### Vergütungssystem

Das Vergütungssystem der Oldenburgische Landesbank AG sieht prinzipiell die Zahlung von zwölf Bruttomonatsgehältern vor. Die Auszahlung erfolgt jeweils zur Mitte des Monats.

Sofern für das Vertragsverhältnis die Bestimmungen des Tarifvertrags für das private Bankgewerbe zur Anwendung kommen, besteht generell ein Anspruch auf eine tariflich garantierte Sonderzahlung in Höhe eines Bruttomonatsgehalts (sogenanntes 13. Bruttomonatsgehalt), das in der Regel im November eines Jahres zur Auszahlung kommt. Für diese Sonderzahlung gelten allgemeine Bedingungen, die zeitnah vor der Auszahlung veröffentlicht werden.

Weitere Gehaltsbestandteile sind in der Regel:

- Vermögenswirksame Leistungen in Höhe von 40,00 Euro pro Monat (bei Vollzeittätigkeit)
- Bausteine der Betrieblichen Altersvorsorge
- Provisionszahlungen (durch Vermittlung von Bausparverträgen, Versicherungen, Immobilien)

Im Folgenden werden die Vergütungssysteme für die Auszubildenden sowie die tariflich und die außertariflich angestellten Mitarbeiter erläutert.

### Auszubildende

Auszubildende erhalten eine monatliche Ausbildungsvergütung gemäß Tarifvertrag für das private Bankgewerbe. Zusätzlich können die Auszubildenden Provisionen durch Vermittlung von Versicherungen, Immobilien und Bausparverträgen erwirtschaften.

Etwaige Sonderzahlungen, die über das sogenannte 13. Bruttomonatsgehalt hinausgehen, erfolgen generell nur auf freiwilliger Basis. Hierunter fällt z. B. die mögliche Zahlung einer Abschlussvergütung. Die Entscheidung über die Zahlung einer Abschlussvergütung trifft der Vorstand unter Berücksichtigung der Geschäftslage der Bank. Die hierfür geltenden Bedingungen werden rechtzeitig vor dem Auszahlungstermin im April bekannt gegeben.

### Tarif-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter

Im Tarifbereich richtet sich die Höhe der monatlichen Bruttogehaltsbezüge nach der entsprechenden tariflichen Eingruppierung und dem jeweiligen Berufsjahr gemäß der jeweils aktuellen Gehaltstabelle des Tarifvertrags für das private Bankgewerbe.

Zusätzlich können die tariflich bezahlten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Provisionen durch Vermittlung von Versicherungen, Immobilien und Bausparverträgen erwirtschaften. Variable Vergütungsbestandteile im Tarifbereich aufgrund von Zielvereinbarungen sind nicht vorgesehen.

Für etwaige Sonderzahlungen, die über das so genannte 13. Bruttomonatsgehalt hinausgehen, gilt das zu den Auszubildenden Aufgeführte entsprechend.

### Außertarifliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Prokuristen

Im außertariflichen Bereich zahlt die Bank ein außertarifliches monatliches Bruttogrundgehalt. Darüber hinaus wird im Rahmen von Zielvereinbarungen eine variable Vergütung gezahlt, wobei der Zielerreichungsgrad eine Spanne zwischen 70 % und 120 % abdecken kann, was einer Bandbreite von 1,5 bis 3,5 Bruttomonatsgehältern entspricht. Zusätzlich können die außertariflich bezahlten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Provisionen durch Vermittlung von Versicherungen, Immobilien und Bausparverträgen erwirtschaften.

### Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der zweiten Führungsebene

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der zweiten Führungsebene (Mitglieder der regionalen Geschäftsleitungen und Leiter der Zentralabteilungen und Stabstellen) erhalten eine fixe Vergütung in Form eines monatlichen Bruttogehalts. Darüber hinaus gilt ein Tantiememodell, das auf Zielvereinbarungen basiert, die einen Zielerreichungsgrad zwischen 60 % und 140 % erreichen können. Die Zieltantieme liegt dabei gestaffelt zwischen 35 und 50 Tsd. Euro pro Jahr. Provisionen durch die Vermittlung von Versicherungen, Immobilien und Bausparverträgen können von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der zweiten Führungsebene nicht erwirtschaftet werden.

### Gesamtvergütung

Die Gesamtvergütung im Oldenburgische Landesbank Konzern, unterteilt nach den Geschäftsbereichen, sind in der folgenden Tabelle aufgeführt:

| | Gesamtvergütung 2011 | | | |
|---|---|---|---|---|
| Euro | fix | variabel | Provisionen | Summe |
| OLB Regionalbank | 87.423.448 | 18.612.808 | 3.487.010 | 109.523.266 |
| Allianz Bank | 24.289.636 | 4.773.989 | 10.902 | 29.074.527 |
| **Summe Oldenburgische Landesbank AG** | **111.713.084** | **23.386.797** | **3.497.912** | **138.597.793** |
| Münsterländische Bank Thie & Co. KG | 1.306.657 | 336.876 | — | 1.643.533 |
| Bankhaus W. Fortmann & Söhne KG | 1.221.039 | 230.178 | 52.516 | 1.503.733 |
| OLB-Immobiliendienst-GmbH | 236.220 | 92.791 | — | 329.011 |
| OLB-Grundstücksgesellschaft mbH | 18.196 | 7.625 | — | 25.821 |
| OLB Service GmbH | 1.070.951 | 93.189 | — | 1.164.140 |
| **Summe Tochtergesellschaften** | **3.853.063** | **760.659** | **52.516** | **4.666.238** |
| **Gesamtsumme Oldenburgische Landesbank Konzern** | **115.566.147** | **24.147.456** | **3.550.428** | **143.264.031** |

An der variablen Vergütung nehmen grundsätzlich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter teil, mit Ausnahme geringfügig Beschäftigter und kurzfristiger Aushilfskräfte.

## Vergütung des Aufsichtsrats

### Vergütungssystem

Die Vergütung des Aufsichtsrats wurde durch die Hauptversammlung festgelegt. Sie ist in § 13 der Satzung geregelt. Die Aufsichtsratsvergütung orientiert sich an der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsmitglieder.

Die Hauptversammlung hat am 9. Juni 2011 beschlossen, das Vergütungssystem des Aufsichtsrats ab dem Geschäftsjahr 2011 auf eine reine Festvergütung umzustellen. Durch den Verzicht auf variable Vergütungskomponenten soll die Unabhängigkeit des Aufsichtsrats weiter gestärkt werden. Der Umfang der Arbeitsbelastung und des Haftungsrisikos der Aufsichtsratsmitglieder entwickelt sich im Allgemeinen nicht parallel zum geschäftlichen Erfolg des Unternehmens beziehungsweise zur Ertragslage der Gesellschaft. Vielmehr wird häufig gerade in schwierigen Zeiten, in denen eine variable Vergütung in der Regel zurückgeht, eine besonders intensive Wahrnehmung der Überwachungs- und Beratungsfunktion durch die Aufsichtsratsmitglieder erforderlich sein. Erfolgsorientierte Vergütungsbestandteile werden somit nicht mehr gezahlt. Da der Deutsche Corporate Governance Kodex auch einen erfolgsorientierten Vergütungsbestandteil für die Aufsichtsratsvergütung empfiehlt, hat die Gesellschaft insoweit eine Abweichung vom Kodex erklärt.

### Vergütung für Aufsichtsratstätigkeit

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten eine jährliche Festvergütung in Höhe von 50.000 Euro. Der Vorsitzende erhält 100.000 Euro, sein Stellvertreter 75.000 Euro.

### Vergütung für Ausschusstätigkeit

Die Mitglieder des Risiko- und Prüfungsausschusses erhalten eine zusätzliche jährliche Vergütung von jeweils 15 Tsd. Euro. Die Mitgliedschaft im Präsidialausschuss wird mit 12,5 Tsd. Euro vergütet. Die Vorsitzenden der Ausschüsse bekommen jeweils das Doppelte. Für die Mitgliedschaft im Nominierungs- und Vermittlungsausschuss ist keine zusätzliche Vergütung vorgesehen.

### Sitzungsgeld

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für jede Aufsichtsrats- beziehungsweise Ausschusssitzung, an der sie persönlich teilnehmen, 500 Euro Sitzungsgeld. Es wird kein zusätzliches Sitzungsgeld gezahlt, wenn mehrere Sitzungen an einem Tag oder an aufeinanderfolgenden Tagen stattfinden.

## Individualisierte Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats im Überblick

Die Aufsichtsratsmitglieder Moschner, Fischer und Schwarz haben gleichzeitig Vorstandsmandate in Gesellschaften des Allianz Konzerns inne und verzichteten deshalb auf eine Vergütung ihrer Aufsichtsratstätigkeit.

| Euro | | Festvergütung | Erfolgsbezogene Vergütung[1] | Ausschussvergütung | Sitzungsgeld | Gesamtvergütung |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Andree Moschner[2], Vorsitzender | **2011** | **—** | **—** | **—** | **—** | **—** |
| | 2010 | — | — | — | — | — |
| Manfred Karsten, stellv. Vorsitzender | **2011** | **75.000** | **—** | **12.500** | **3.000** | **90.500** |
| | 2010 | 37.500 | 36.000 | 20.417 | 1.500 | 95.417 |
| Dr. Werner Brinker | **2011** | **50.000** | **—** | **—** | **2.500** | **52.500** |
| | 2010 | 25.000 | 24.000 | 5.104 | 2.000 | 56.104 |
| Claas E. Daun | **2011** | **50.000** | **—** | **—** | **2.500** | **52.500** |
| | 2010 | 25.000 | 24.000 | 3.063 | 2.000 | 54.063 |
| Carsten Evering | **2011** | **50.000** | **—** | **30.000** | **3.000** | **83.000** |
| | 2010 | 25.000 | 24.000 | 28.271 | 2.500 | 79.771 |
| Thomas Fischer[2] | **2011** | **—** | **—** | **—** | **—** | **—** |
| | 2010 | — | — | — | — | — |
| Prof. Dr. Andreas Georgi | **2011** | **50.000** | **—** | **72.500** | **3.000** | **125.500** |
| | 2010 | 25.000 | 24.000 | 72.521 | 2.500 | 124.021 |
| Stefan Lübbe | **2011** | **50.000** | **—** | **27.500** | **3.000** | **80.500** |
| | 2010 | 25.000 | 24.000 | 24.500 | 2.000 | 75.500 |
| Horst Reglin | **2011** | **50.000** | **—** | **—** | **2.500** | **52.500** |
| | 2010 | 25.000 | 24.000 | 3.063 | 2.000 | 54.063 |
| Uwe Schröder | **2011** | **50.000** | **—** | **27.500** | **3.500** | **81.000** |
| | 2010 | 25.000 | 24.000 | 28.271 | 2.500 | 79.771 |
| Rainer Schwarz[2] | **2011** | **—** | **—** | **—** | **—** | **—** |
| | 2010 | — | — | — | — | — |
| Jörg Thöle | **2011** | **50.000** | **—** | **—** | **2.500** | **52.500** |
| | 2010 | 25.000 | 24.000 | 5.104 | 2.000 | 56.104 |
| **Summe** | **2011** | **475.000** | **—** | **170.000** | **25.500** | **670.500** |
| | 2010[3] | 247.917 | 238.000 | 190.313 | 19.000 | 695.230 |

1 Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 9. Juni 2011 wurde die Vergütung des Aufsichtsrats ab dem Geschäftsjahr 2011 auf eine reine Festvergütung umgestellt. Erfolgsbezogene Vergütung betrifft daher nur noch das Geschäftsjahr 2010.

2 Verzichtserklärung gemäß § 13 Absatz 7 der Satzung.

3 Die Gesamtsummen 2010 geben die Vergütung aller im Geschäftsjahr 2010 aktiven Mitglieder des Aufsichtsrats wieder. Sie enthalten daher auch die anteilige Vergütung des am 27. Mai 2010 aus dem Aufsichtsrat ausgeschiedenen Dr. Aloys Wobben.

Die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2011 einschließlich Sitzungsgeldern betrug 670.500 Euro (Vorjahr: 695.230 Euro).

Die auf die Gesamtvergütung und die Sitzungsgelder entfallende gesetzliche Umsatzsteuer in Höhe von 127.395 Euro wurde erstattet.

Des Weiteren hat Claas E. Daun 2 Tsd. Euro als Vergütung für seine Mitgliedschaft im Beirat der Oldenburgische Landesbank AG erhalten.

## Kredite an Aufsichtsratsmitglieder

Die Kreditgewährung an Mitglieder des Aufsichtsrats stellt sich per 31. Dezember 2011 folgendermaßen dar: Die Einräumung von Dispositionslinien beträgt insgesamt 247,0 Tsd. Euro, die per 31. Dezember 2011 mit 15,4 Tsd. Euro in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze liegen zwischen 6,00 % und 9,88 %. Daneben bestanden Avalkredite in Höhe von 46,6 Tsd. Euro, für die Avalprovision zwischen 0,50 % und 3,25 % gezahlt wurden.

Weiterhin bestanden Darlehen in Höhe von 230,5 Tsd. Euro. Die Zinssätze liegen zwischen 3,81 % und 5,06 %. Die Verzinsung und die Ausgestaltung sind marktüblich. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden Darlehensbeträge in Höhe von 320 Tsd. Euro zurückgezahlt. Diese Darlehen wurden mit 5,30 % verzinst. Kreditkartenlimite in Höhe von 121,2 Tsd. Euro wurden am Bilanzstichtag mit 4,3 Tsd. Euro ausgenutzt.

# Risikobericht

## Grundsätze der gesamtbankweiten Risikosteuerung

### Risikostrategie

Die geschäftspolitische Grundlage für alle risikobehafteten Geschäftsaktivitäten der Oldenburgische Landesbank AG ist die Risikostrategie. Sie wird vom Vorstand der OLB erlassen und mindestens einmal jährlich überprüft, um veränderte Rahmenbedingungen zeitnah zu berücksichtigen. Der Vorstand orientiert sich bei der Ausgestaltung der Strategie an dem Rahmenwerk des Allianz Konzerns. Dabei werden ausgewählte, für die OLB relevante Elemente in die eigene Risikostrategie übernommen.

Ziel des Risikomanagementprozesses der OLB ist die Beherrschung aller eingegangenen Risiken zur Generierung zusätzlicher Erträge für den kontinuierlichen Ausbau des Risikodeckungspotenzials. Die Optimierung der Ertrags-Risiko-Relation unter Vorgabe eines Gesamtbankrisikos steht hierbei im Mittelpunkt der Steuerung. Der Rahmen für die grundsätzliche Risikobereitschaft in den einzelnen Risikofeldern ergibt sich dabei aus der Geschäftsstrategie und den Gesamtbankertragszielen.

Die Risikostrategie leitet sich aus den geplanten und bestehenden Geschäftsaktivitäten ab. Dabei wird sichergestellt,

- dass Risikoaspekte bei der Entscheidung über die Geschäftsstrategie der OLB berücksichtigt sind,
- dass die zukünftige Risikotragfähigkeit der OLB gewährleistet ist und die sich aus der geplanten Geschäftsstrategie ergebenden Risiken abgedeckt sind,
- dass der Risikomanagementprozess der OLB eine unabhängige Identifizierung der wesentlichen Risiken sowie deren Bewertung mittels geeigneter Risikomessverfahren gewährleistet und
- eine angemessene Risikoberichterstattung und -überwachung vorhanden sind.

Im Rahmen der Risikostrategie werden das Adressrisiko, das Marktpreisrisiko, das Liquiditätsrisiko und das operationelle Risiko als wesentliche Risiken definiert, die aufgrund ihrer Höhe und Ausprägung materiell für den Fortbestand des Unternehmens sind und deshalb aktiv gesteuert werden.

Die Entscheidung über das strategische Vorgehen wird unter Abwägung der mit den Risiken verbundenen Chancen bzw. im Falle von operationellen Risiken unter Abwägung der Kosten, die mit einer Reduzierung oder Vermeidung dieser Risiken einhergehen, getroffen. Das Eingehen von Risiken ist generell nur bei ausreichend vorhandenem Risikodeckungspotenzial zulässig.

### Definition der Risikoarten

*Adressrisiken*

Das Adressrisiko ist definiert als potenzieller Verlust, der durch die Verschlechterung der Kreditwürdigkeit oder den Ausfall eines Geschäftspartners (Kontrahent, Emittent, anderer Vertragspartner) entstehen kann, also durch die mögliche Unfähigkeit oder fehlende Bereitschaft, vertragliche Verpflichtungen zu erfüllen.

Das Länderrisiko – als Teilbereich des Adressrisikos – bildet das Transfer- und Konvertibilitätsrisiko von Forderungen gegenüber Kreditnehmern mit Sitz im Ausland ab. Es ist ein Maß für den Einfluss, den politische sowie volkswirtschaftliche Verhältnisse des betrachteten Landes auf das Zahlungsverhalten des Schuldners haben. Das Länderrisiko ist nicht in der Bonität und damit der Zahlungsfähigkeit des Schuldners begründet. Beispiele für Länderrisiken sind Zahlungsverbote, eine Entwertung der Landeswährung oder Embargos.

Darüber hinaus ist auch das Credit-Spread-Risiko als Ausprägung des Adressrisikos anzusehen. Es bezeichnet die Gefahr, dass sich die Credit Spreads am Kapitalmarkt durch eine veränderte Wahrnehmung von Adressrisiken erhöhen und dadurch mit Adressrisiken behaftete Wertpapiere trotz konstanter Bonität der Emittenten eine Abwertung erfahren.

*Marktpreisrisiken*

Das Marktpreisrisiko bezeichnet die Gefahr, dass die Bank Verluste aufgrund von Änderungen der Marktpreise oder der die Marktpreise beeinflussenden Parameter erleidet. Beispiele hierfür sind unerwartete Änderungen bei Aktienkursen, Zinssätzen oder Preisen für Rohstoffe, Edelmetalle und Immobilien. Es beinhaltet zudem das Risiko von Wertänderungen, die entstehen, wenn der Kauf oder der Verkauf von großen Positionen innerhalb einer vorgegebenen Zeitspanne nur zu nicht marktgerechten Preisen möglich ist.

*Liquiditätsrisiken*

Das Liquiditätsrisiko ist das Risiko, dass die Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen nicht oder nur durch Inkaufnahme erhöhter Eindeckungsaufwendungen (Refinanzierungsrisiko) gewährleistet werden kann.

*Operationelle Risiken*

Das operationelle Risiko ist das Risiko eines direkten oder indirekten Verlusts durch Unzulänglichkeiten oder Versäumnisse bei Projekten, Prozessen oder Kontrollen aufgrund von technischen, personellen, organisatorischen oder externen Faktoren. Hierzu zählt auch das Kriminalitätsrisiko, das Verluste aufgrund krimineller Handlungen von Mitarbeitern

und / oder externen Dritten umfasst. Beispiele für operationelle Risiken sind Fehler in der Sachbearbeitung, Ausfall der EDV, Naturkatastrophen und Betrug.

*Rechtsrisiken*
Das Rechtsrisiko ist das Risiko eines Verlusts durch den Erlass neuer bzw. die Änderung bestehender Gesetze oder Vorschriften sowie durch eine nachteilige Interpretation oder Anwendung von Gesetzen oder Vorschriften durch Gerichte. Das beinhaltet auch das Risiko, dass vertragliche Vereinbarungen rechtlich nicht durchsetzbar sind oder dass ein Gericht entscheidet, dass stattdessen für die Bank andere nachteilige Regelungen gelten.

*Reputationsrisiken*
Das Reputationsrisiko ist das Risiko eines direkten oder indirekten Verlustes durch eine Verschlechterung des Ansehens der Bank aus Sicht der Anteilsinhaber, Kunden, Mitarbeiter, Geschäftspartner oder der breiten Öffentlichkeit.

*Strategische Risiken / Geschäftsrisiken*
Das strategische Risiko ist das Risiko, dass langfristige Geschäftsziele wegen eines ungeeigneten strategischen Entscheidungsprozesses oder wegen unzureichender Überwachung der Umsetzung von Strategien nicht erreicht werden. Das Geschäftsrisiko beinhaltet zudem Risiken, die aufgrund veränderter externer Rahmenbedingungen entstehen, beispielsweise durch Veränderungen im Marktumfeld oder im Kundenverhalten sowie durch technischen Fortschritt.

*Konzentrationsrisiken*
Konzentrationsrisiken bilden keine eigene Risikoart, sondern können als zusätzliche Ausprägung der oben beschriebenen Risikoarten auftreten. Sie liegen dann vor, wenn innerhalb einer Risikoart oder über verschiedene Risikoarten hinweg eine einzelne Risikoposition oder mehrere miteinander korrelierte Risikopositionen eine so hohe Bedeutung für ein Institut haben, dass das Eintreten des entsprechenden Risikos die Existenz des Kreditinstituts gefährdet. Als Beispiel kann der Ausfall eines einzelnen Großengagements oder zahlreicher Engagements einer Branche genannt werden.

## Risikotragfähigkeit

Die OLB verwendet für die Feststellung ihrer Risikotragfähigkeit zwei Sichtweisen: eine wertorientierte und eine periodenorientierte Sicht.

*Wertorientierte Risikotragfähigkeit*
Zur Beurteilung der wertorientierten Risikotragfähigkeit stellt die OLB ihr Risikodeckungspotenzial den bankweiten Risiken gegenüber. Dabei wird das Risikodeckungspotenzial über die Barwerte der Vermögenspositionen abzüglich der Barwerte der Schuldpositionen berechnet. Um Risikotragfähigkeit zu konstatieren, muss das Risikodeckungspotenzial die bankweiten Risiken stets übersteigen. Zur Sicherung der Unternehmensexistenz und des geschäftspolitischen Handlungsspielraums ist in der Risikostrategie der OLB zusätzlich eine über diese Minimalanforderung hinausgehende Mindestquote definiert.

Das bankweite Risiko wird durch Addition der Risikobeiträge der einzelnen Risikoarten ermittelt. Bei dieser konservativen Sichtweise bleiben Diversifikationseffekte zwischen den Risikoarten außen vor. Für die Berechnung des Risikos sind für die verschiedenen Risikoarten in der OLB ein Konfidenzniveau in Höhe von 99,93 % und eine Haltedauer von einem Jahr definiert, das heißt, dass in nur 0,07 % der Fälle ein Verlust eintritt, der höher als das berechnete Risiko ist.

Die wertorientierte Risikotragfähigkeitsbetrachtung wurde im Geschäftsjahr 2011 weiterentwickelt und in zwei Betrachtungsweisen getrennt. Die erste folgt den Standards des Allianz Konzerns und orientiert sich konsequent an einem Liquidationsszenario. Gegenüber der Sichtweise des Vorjahres bedeutet dies, dass die Kernaktiva, die für den Geschäftsbetrieb erforderlich wären, nun als Risikodeckungspotenzial zur Verfügung stehen. Zudem entfällt auf der Risikoseite der Kapitalbetrag für das strategische Risiko, da dieses im Wesentlichen aus der Unsicherheit des Neugeschäftes resultiert, welches im Liquidationsansatz keine Berücksichtigung findet. Die zweite Sichtweise ergänzt die erste um Going-Concern-Aspekte, die sich an aufsichtsrechtlichen Vorgaben orientieren. Kernaktiva bleiben als Risikodeckungspotenzial unberücksichtigt, da sie für den Geschäftsbetrieb erforderlich sind. Gleichzeitig wird sicherstellt, dass die aufsichtsrechtlichen Mindestkapitalanforderungen auch nach Schlagendwerden des kalkulierten Risikos erfüllt sind.

*Periodenorientierte Risikotragfähigkeit*
Im Rahmen der periodenorientierten Risikotragfähigkeitsanalyse werden die geplanten Entwicklungen bilanzieller Risiko- und Kapitalgrößen betrachtet und die Einflussgrößen der Veränderungen eruiert. Dabei wird die Entwicklung unter normalen, aber auch unter extremen Marktbedingungen untersucht. Die OLB hat hierzu extreme, aber nicht unwahrscheinliche Szenarien zur wirtschaftlichen Entwicklung definiert, um den Einfluss auf mehrere Risikofaktoren gleichzeitig und auf die Bewertung der Portfolios zu untersuchen. Ziel ist es, Handlungsimpulse für die Steuerung zu generieren, um die Risikotragfähigkeit der OLB sicherzustellen und die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen der Solvabilitätsverordnung zu gewährleisten.

## Organisation des Risikomanagements und -controllings

Das zentrale Gremium, in dem alle strategisch risikorelevanten Themen diskutiert und abgestimmt werden, ist das Risikokomitee. Im Risikokomitee sind der Risikovorstand, der für den Bereich Treasury / Eigenhandel zuständige Vorstand sowie die Leiter der Abteilungen Kreditmanagement, Risikocontrolling, Treasury / Eigenhandel, Finanzen / Controlling, Revision und Vorstandsbüro vertreten. Die abschließende Entscheidung über strategisch risikorelevante Aspekte trifft der Gesamtvorstand. Er ist dabei an die vom Aufsichtsrat erlassene Geschäftsordnung gebunden, die die erforderlichen Rahmenbedingungen definiert. Darüber hinausgehende Entscheidungen außerhalb der Kompetenz des Vorstands werden mit dem Aufsichtsrat abgestimmt.

### Risikomanagement

Für das Risikomanagement sind die Leiter der folgenden Zentralabteilungen verantwortlich:

| Risikoart | Zentralabteilung |
|---|---|
| Adressrisiken | Kreditmanagement Gesamtbank |
| Marktpreis- und Liquiditätsrisiken | Treasury / Eigenhandel |
| Operationelle Risiken | Organisation |
| Rechtsrisiken | Rechtsabteilung |
| Strategische Risiken / Geschäftsrisiken | Finanzen / Controlling |
| Reputationsrisiken | Unternehmenskommunikation |

Sie haben unter Berücksichtigung der vom Vorstand in der Geschäfts- und Risikostrategie definierten strategischen Ausrichtung und Ziele sowie der erlassenen Kompetenzen die Aufgabe, die Risiken auf Basis ihrer Analysen und Bewertungen angemessen zu steuern. Dazu gehören die adäquate Gestaltung von organisatorischen Strukturen, Prozessen und Zielvereinbarungen im Allgemeinen genauso wie die individuelle Kreditentscheidung im Speziellen.

### Risikoüberwachung

Die Risikoüberwachung ist dem Risikovorstand zugeordnet und beinhaltet die Abteilungen Risikocontrolling und Compliance / Geldwäsche. Sie sind als vom Risikomanagement organisatorisch unabhängige Instanzen implementiert. Aufgabe des Risikocontrollings ist es, die Risiken vollständig und konsistent zu analysieren, zu messen und zu kontrollieren. Es stellt dem Risikomanagement die zur aktiven und risikoadäquaten Steuerung erforderlichen Risikoanalysen und Risikoinformationen (beispielsweise Limitauslastungen) zur Verfügung. Die Stabsstelle Compliance / Geldwäsche ist für die Überwachung der Einhaltung verschiedener Gesetze und Richtlinien verantwortlich, wie zum Beispiel der Regelungen zur Verhinderung von Insiderhandel, Geldwäsche oder betrügerischen Handlungen.

Zusätzlich nimmt die interne Revision eine prozessunabhängige Einschätzung der Angemessenheit des Risikomanagement- und -controllingsystems vor, um Funktionsfähigkeit und Effektivität des gesamten Risikoprozesses und damit zusammenhängender Prozesse zu prüfen.

### Risikoreporting

Im Rahmen des Risikoreportings berichtet das Risikocontrolling in regelmäßigen Abständen an die Entscheidungsträger (Aufsichtsrat, Vorstand, Risikokomitee, betroffene Abteilungsleiter). Dabei ist die Häufigkeit der Berichterstattung von der Bedeutung des Risikos sowie von aufsichtsrechtlichen Anforderungen abhängig. Unter Risikogesichtspunkten wesentliche Informationen werden unverzüglich an die Geschäftsleitung, die jeweiligen Verantwortlichen und gegebenenfalls an die interne Revision weitergeleitet.

Die das Kreditgeschäft betreffenden externen Risikomeldungen an die Deutsche Bundesbank sind Aufgabe der Abteilungen Kreditmanagement Gesamtbank sowie Finanzen / Controlling.

## Management und Controlling spezifischer Risiken

### Adressrisiken

*Risikomanagement Kundenkreditgeschäft*

Die Steuerung sämtlicher Adressrisiken im Kundenkreditgeschäft obliegt dem Kreditmanagement Gesamtbank. Sie basiert auf einem integrierten Konzept klar definierter Richtlinien, Kompetenzstrukturen und Anreizsysteme, das in Einklang steht mit der strategischen Ausrichtung und den Zielen des Hauses.

Konsistent zu diesem Konzept ist der Kreditentscheidungsprozess gestaltet. Eine organisatorische und disziplinarische Trennung von Markt und Marktfolge ist auf allen Ebenen gewährleistet. Das Kreditmanagement ist dabei in regionale und zentrale Einheiten aufgeteilt.

Abhängig vom zu entscheidenden Kreditrisiko sind unterschiedliche organisatorische Regelungen getroffen. Ziel ist es, mit der Struktur und Aufgabenverteilung eine risikoadäquate und effiziente Entscheidungsfindung und Bearbeitung von Kreditengagements in Abhängigkeit von Losgrößen, Risikogehalt und Komplexität zu erreichen. So ist in der OLB für die Kundengruppen der Firmen- und Privatkunden ein adressbezogenes Gesamtengagementvolumen von bis zu 250 Tsd. Euro als homogenes, risikoarmes Geschäft definiert. Diese Engagements unterliegen vereinfachten Votierungs-, Entscheidungs- und Überwachungsprozessen. Die Engagements des inhomogenen Portfolios (Gesamtengagementvolumen über 250 Tsd. Euro und alle Spezialfinanzierungen) werden aufgrund ihres spezifischen Risikogehalts – innerhalb festgelegter Regeln – individuell votiert, entschieden und überwacht.

Die Beurteilung von Risiken und die Genehmigung der Kredite erfolgt im homogenen Geschäft bei Finanzierungen bis 50 Tsd. Euro und bei privaten Baufinanzierungen bis 250 Tsd. Euro durch den Markt, soweit angemessene Bonität gegeben ist. Bei allen übrigen Engagements erfolgt die Beurteilung der Risiken in Zusammenarbeit von Markt und Marktfolge. Im Neugeschäft wird für jeden Kreditnehmer auf Basis von statistischen Bonitätsbeurteilungsverfahren das Risiko seiner Zahlungsunfähigkeit in Form einer Bonitätsklasse ermittelt. Parallel dazu wird die Bewertung der vom Kunden gestellten Sicherheiten vorgenommen. Diese findet in Abhängigkeit von Umfang und Komplexität unter Einbeziehung der Marktfolge oder durch interne und externe zertifizierte Gutachter statt. Zusammen ergeben Kreditvolumen, Bonitätsklasse und Besicherung ein absolutes Maß für das Kreditrisiko des Kunden.

Während der Laufzeit der Kredite unterliegen die Engagements einer laufenden Kreditüberwachung. Bei Engagements mit einem Volumen über 250 Tsd. Euro (ohne private Baufinanzierungen) werden jährlich eine individuelle Aktualisierung der Bonitätsklasse und eine Überprüfung der Sicherheitenbewertung vorgenommen. Zudem unterliegen alle Engagements verschiedenen maschinellen Überwachungsverfahren, die bei Auftreten von Risikosignalen eine individuelle Neubewertung auslösen.

Vor dem Hintergrund der besonderen Bedeutung von Realsicherheiten für die OLB ist zentral ein Immobilienmonitoring installiert, das regionale Preisentwicklungen am Immobilienmarkt verfolgt und bei wesentlichen Veränderungen ebenfalls eine individuelle Neubewertung der betroffenen Engagements veranlasst.

Die Genehmigung der Kreditvergabe und -überwachung ist an das Risiko gekoppelt. In Abhängigkeit von Volumen und Bonitätsklasse sind entsprechende Kompetenzen definiert, sodass Kreditentscheidungen risikoabhängig immer auf adäquater Ebene getroffen werden.

Um das Risiko des Kreditportfolios insgesamt auf ein angemessenes Maß zu begrenzen, existieren Anreiz- und Anforderungssysteme. So regeln z. B. Richtlinien die Hereinnahme und Bewertung von Sicherheiten. Limite, z. B. je Kreditnehmer oder je Finanzierung, führen dazu, dass bei Bedarf entsprechend Konsortialpartner eingebunden werden. Risikoabhängige Preise in Verbindung mit einer risikobereinigten Ertragsmessung der Vertriebseinheiten schaffen Anreize, Neugeschäft nur bei entsprechender Bonität und angemessener Besicherung einzugehen.

Um eine angemessene Beurteilung der Risiken auf Dauer sicherzustellen, wird auf eine hohe Qualität der Prozesse Wert gelegt. Eine umfangreiche Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter und eine regelmäßige Überprüfung der Prozesse sind dabei von entscheidender Bedeutung. Nachgelagerte Analysen und Validierungen erlauben zudem ein Urteil darüber, wie aussagekräftig die Ergebnisse der Bonitätsbeurteilung und Sicherheitenbewertung tatsächlich sind, und ermöglichen eine Prognose über die zukünftige Risikosituation.

Um auf Portfolioebene Risikokonzentrationen zu vermeiden, sind über die Kompetenzen hinaus Einzelengagement- und Teilportfoliolimite definiert. Die Überwachung dieser Limite ist Aufgabe der Abteilung Risikocontrolling.

Darüber hinaus wird vierteljährlich durch das Risikocontrolling die Entwicklung der Kreditrisiken insgesamt untersucht. Dabei werden Strukturanalysen des Portfolios (Rating, Sicherheiten, Größenklassen, Branchen, Neugeschäft etc.) vorgenommen und die Auswirkungen auf den erwarteten Verlust (Expected Loss) und die ökonomischen sowie aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen eruiert. Die Ergebnisse sind Teil der vierteljährlichen Risikoberichterstattung an das Risikokomitee, den Vorstand und den Aufsichtsrat.

*Risikomanagement Eigenhandel*

Die OLB ist keine Investmentbank. Ihren Eigenhandel unterscheidet sie zum einen in ein vom Umfang und Risiko eher untergeordnetes Handelsbuch. Dazu gehören Wertpapiere und Kontrakte, die mit dem Ziel gehalten werden, durch kurzfristige Handelsaktivitäten wirtschaftliche Erfolge zu erzielen. Zum anderen werden Eigenhandelsgeschäfte im Anlagebuch getätigt, die das Ziel haben, die Liquidität der Bank langfristig zu sichern und Zinsänderungsrisiken im Rahmen der definierten Limite zu steuern. Sie dienen damit der Sicherung der langfristigen Unternehmensexistenz.

Geschäftsfelder des Anlagebuches sind im Wesentlichen der Geldhandel sowie der Handel bzw. die Emission von Schuldverschreibungen. Ergänzt werden diese durch Derivatgeschäfte zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken. Die Anlagen in zwei Spezialfonds, die im Wesentlichen in Schuldverschreibungen und Aktien investiert sind, vervollständigen das Portfolio und diversifizieren das Risiko.

Den Emittenten- und Kontrahentenausfallrisiken im Handelsgeschäft mit Banken und bei Wertpapieranlagen begegnet die OLB mit einer grundsätzlichen Beschränkung auf Handelspartner erstklassiger Bonität, einem dezidierten Limitsystem sowie einem weit diversifizierten Portfolio. Die strategische Ausrichtung ist in der Treasury-Strategie fixiert.

Die Kreditrisiken aus dem Handelsgeschäft werden im Rahmen der Genehmigung analog zum kommerziellen Geschäft behandelt.

*Risikomessung*

Zur internen Messung der Kreditrisiken insgesamt verwendet die OLB ein Verfahren, das auf der Methodik des IRB-Ansatzes nach Solvabilitätsverordnung basiert. Damit lässt sich ein erwarteter Verlust für das Kreditportfolio auf Sicht eines Jahres ermitteln.

Darauf aufbauend hat die OLB ein Portfoliomodell implementiert, das die Abbildung aller Kreditrisiken in Form eines Value-at-Risk ermöglicht. Als Value-at-Risk wird dabei der potenzielle Verlust bezeichnet, der unter normalen Marktbedingungen mit einer festgelegten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) für einen vorgegebenen Zeitraum nicht überschritten wird. Das Ergebnis für den Value-at-Risk bei einem Konfidenzniveau in Höhe von 99,93 % und einer Haltedauer von einem Jahr stellt die Risikoposition für die Adressrisiken in der Risikotragfähigkeitsbetrachtung dar.

Darüber hinaus wird monatlich der Value-at-Risk für das Teilportfolio der Forderungen und das der Wertpapiere im Anlagebuch berechnet. Diese Größen sind in der Risikostrategie limitiert.

### Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken unterliegt die OLB im Wesentlichen im Kundengeschäft sowie im Eigenhandel. Nennenswerte Faktoren dabei sind:

- die Entwicklung von Zinssätzen und Zinsstrukturkurven,
- der Preis gehandelter Aktien und
- die Währungskursverhältnisse

sowie die Schwankungen (Volatilitäten) dieser Größen.

Bei der Messung und Limitierung von Marktpreisrisiken wird zwischen Handels- und Anlagebuch unterschieden. Das Handelsbuch der OLB beschränkt sich dabei auf Aktien-, Devisen- und Zinsgeschäfte; es ist damit auf die genannten Risikokategorien begrenzt. Das Risiko im Anlagebuch liegt im Wesentlichen in der Zinsentwicklung. Darüber hinaus sind in begrenztem Umfang Aktien- und Devisenkursrisiken aus den OLB-Anlagefonds zu nennen.

*Risikomessung*

Die Quantifizierung und Limitierung der Marktpreisrisiken erfolgt auf Gesamthausebene insbesondere mittels statistischer Value-at-Risk-Modelle.

Das Value-at-Risk-Modell für das Anlagebuch basiert auf einer historischen Simulation, in die die Zins- und Aktienkursveränderungen seit 1988 zeitlich gleichgewichtet einbezogen werden. Zur Quantifizierung des Zinsrisikos werden dabei die Veränderungen des Zinsbuchbarwertes ermittelt, die sich bei Eintritt der historisch beobachteten Zinsänderungen ergeben würden. Für die variablen Produkte wird dabei eine Ablauffiktion auf Basis ihres historischen Zinsanpassungsverhaltens geschätzt.

Der Value-at-Risk für das Handelsbuch wird über einen Delta-Normal-Ansatz berechnet. Die Risikopositionen werden dabei zum einen für den Handelsbestand insgesamt und zum

anderen für die Bereiche Aktien, Zinsen und Devisen ermittelt. Als Risikofaktoren finden dabei Aktienkurse und Aktienindizes, Wechselkurse und Zinsstrukturkurven Berücksichtigung. Diese werden über die RiskMetrics-Methodik modelliert. Hierbei finden Haltedauer, Volatilität und die stochastische Verteilung des entsprechenden Risikofaktors Berücksichtigung.

Die zur Berechnung der Value-at-Risk-Kennzahl des Handelsbuches notwendigen Korrelationen werden über eine Korrelationsmatrix berücksichtigt. Nichtlineare Risiken (z. B. Aktienoptionen) werden entsprechend dem Delta-Plus-Ansatz nach Solvabilitätsverordnung behandelt und als Add-on den jeweiligen Portfolios zugeordnet.

Bei den Simulationen werden folgende Parameter verwendet:

| | Handelsbuch | Anlagebuch |
|---|---|---|
| Risikoarten | Aktienkurs-, Zinsänderungs- und Währungsrisiken | Aktienkurs- und Zinsänderungsrisiken |
| Marktdaten | 250 Handelstage, gleichgewichtet | Seit Anfang 1988, gleichgewichtet |
| Portfoliohaltedauer | 10 Tage | 1 Jahr |
| Konfidenzniveau | 99 % | 99,93 % |

Zur Qualitätssicherung der Risikomessung im Handelsbuch findet zudem regelmäßig ein Backtesting der Value-at-Risk-Ergebnisse statt. Bei diesem Verfahren werden die durch die tatsächlichen Preisbewegungen entstandenen hypothetischen Gewinne und Verluste eines konstant gehaltenen Portfolios mit den durch das Value-at-Risk-Modell prognostizierten Werten verglichen.

*Risikomanagement*

Verantwortlich für die Steuerung der Marktpreisrisiken ist die Abteilung Treasury / Eigenhandel. Über die Positionierung im Anlagebuch wird ergänzend im Risikokomitee beraten und durch den Vorstand entschieden.

Um die Risiken insgesamt zu begrenzen, sind Limite definiert. Als Messgrößen dienen:

- der Value-at-Risk für das Anlagebuch,
- der Value-at-Risk für das Handelsbuch sowie
- der wirtschaftliche Verlust im Handelsbuch.

**Risikolimite für Marktpreisrisiken auf Gesamtinstitutsebene per 31. Dezember 2011**

| Risikoart | Messgröße | Limit |
|---|---|---|
| Marktpreisrisiken Anlagebuch | Value-at-Risk (99,93 % / 1 Jahr) | 140,0 Mio. Euro |
| Marktpreisrisiken Handelsbuch | Value-at-Risk (99 % / 10 Tage) | 4,0 Mio. Euro |
| | Wirtschaftlicher Verlust insgesamt | 3,0 Mio. Euro |
| | Wirtschaftlicher Verlust eines Handelsbereichs (Aktien, Renten oder Devisen) | 3,0 Mio. Euro |

Neben dem Limit für das Gesamtinstitut bestehen im Anlagebuch Einzellimite für das Segment OLB Regionalbank sowie das Segment Allianz Bank. Darüber hinaus sind separate Limite für Aktienpositionen sowie die Anleihepositionen der Liquiditätsreserve in den Segmenten Regionalbank und Allianz Bank definiert.

Für das Handelsbuch bestehen intern weitere operative Limite, die der Einhaltung der beschriebenen globalen Limite dienen. So ist z. B. eine sogenannte Loss-Notification-Regelung definiert, die Verluste im Eigenhandel zeitnah aufzeigt und frühzeitig Möglichkeiten zum Gegensteuern gibt. Ferner gilt ein Diversifikationslimit, um Risikokonzentrationen zu vermeiden.

Die Limitierung der Marktpreisrisiken wurde im Rahmen der jährlichen Aktualisierung der Risikostrategie überarbeitet. Der Value-at-Risk für das Anlagebuch wurde von 95 Mio. Euro auf 140 Mio. Euro erhöht, um dem in den letzten zwei Jahren gestiegenen Geschäftsvolumen sowie der veränderten Zinssituation am Kapitalmarkt im Rahmen der Zinsrisikosteuerung adäquat Rechnung tragen zu können. Die Limitierung der Zinsänderungsrisiken über den Basis Point Value wurde in diesem Zusammenhang aufgehoben.

Zur Bewertung der Marktpreisrisiken werden ergänzend verschiedene Stressszenarien gerechnet. Für das Anlagebuch findet dabei eine Überprüfung der Zinsänderungsrisiken nach aufsichtsrechtlichen Anforderungen statt. Für das Handelsbuch sind verschiedene Szenarien definiert, die insbesondere die Veränderung von Aktien- und Devisenkursen, Zinssätzen sowie deren Volatilitäten betrachten.

Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen für die Überprüfung der Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch wurden im November 2011 seitens der Aufsicht neu definiert. Das bisherige Zinsschockszenario (+130 Basispunkte / –190 Basispunkte) wurde durch ein konservativeres Szenario (+200 Basispunkte / –200 Basispunkte) ersetzt. Die neuen Regelungen wurden für das interne Stressszenario im Anlagebuch übernommen.

*Risikoüberwachung*

Die Überwachung der Risikopositionen erfolgt durch das Risikocontrolling. Die Auslastung der vorgegebenen Risikolimite des Handelsbuches wird täglich auf Basis der Tagesendbestände vom Risikocontrolling festgestellt. Der Risikovorstand wird zu Beginn eines jeden Handelstages über die Entwicklung des Marktpreisrisikos, der Limitauslastungen sowie der Gewinne und Verluste informiert. Über die Marktpreisrisiken im Anlagebuch wird monatlich berichtet.

### Liquiditätsrisiken

*Risikomessung*

Die Messung und Steuerung der kurzfristigen Liquiditätsrisiken erfolgt auf Basis täglich verfügbarer Liquiditätsablaufbilanzen mit einer Vorausschau auf die nächsten 30 Tage. Diese Sicht dient der Sicherstellung der kurzfristigen Zahlungsbereitschaft insbesondere durch Halten einer angemessenen Liquiditätsreserve. Die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffer ist dabei strenge Nebenbedingung.

Darüber hinaus nutzt die OLB eine Anwendung zur Messung und Steuerung von mittel- bis langfristigen Liquiditätsrisiken. Mit ihr wird die Liquiditätssituation monatlich durch das Risikocontrolling überwacht. Basis sind u. a. Auswertungen, die den zukünftigen Liquiditätscashflow analysieren. Der Liquiditätscashflow stellt dabei den Saldo aller zukünftigen Ein- und Auszahlungen bis zum jeweiligen Zeitpunkt dar. In diesem Zusammenhang findet die Geschäftsentwicklung sowohl unter normalen Marktbedingungen („Normal Case“) als auch unter Stressszenarien („Rezession“, „Downgrade“, „Kombiniert“) Berücksichtigung.

Im „Normal Case“ wird für das gesamte Kundengeschäft ein konstantes Geschäftsvolumen unterstellt. Dieses Szenario stellt die Liquiditätssituation unter normalen Geschäftsbedingungen dar.

Das Szenario „Rezession“ beschreibt die Folgen einer rezessiven wirtschaftlichen Entwicklung. Aufgrund zunehmender Kreditausfälle, einer verstärkten Inanspruchnahme von Kreditlinien sowie einer abnehmenden Sparquote kommt es mittelfristig zu Mittelabflüssen. Durch die zusätzlich unterstellten höheren Bewertungsabschläge bei den Wertpapieren der Liquiditätsreserve enthält das Szenario darüber hinaus Elemente einer Marktkrise.

Das Szenario „Downgrade“ unterstellt eine Bonitätsverschlechterung der OLB. Dabei wird von einem kurzfristigen Mittelabfluss bei Termingeldern, Sicht- und Spareinlagen sowie OLB-Anleihen ausgegangen. Das Szenario enthält damit Elemente eines Bankruns.

Im Jahr 2011 wurde ergänzend ein kombiniertes Szenario entwickelt. Dieses verbindet die Annahmen des Szenarios „Rezession“ mit denen des Szenarios „Downgrade“.

Über die Ergebnisse der Analysen wird der Vorstand im Risikokomitee monatlich informiert.

*Risikomanagement*

Die kurzfristigen Liquiditätsrisiken sind auf Basis der aufsichtsrechtlichen Kennziffer der Liquiditätsverordnung limitiert. Forderungen und Verbindlichkeiten werden dazu auf Laufzeitbänder verteilt. Das Verhältnis von Zahlungsmitteln zu Verbindlichkeiten darf gemäß aufsichtsrechtlicher Anforderung im ersten Laufzeitband (täglich oder bis zu einem Monat) die Zahl 1 nicht unterschreiten. Um die Einhaltung dieser Anforderung jederzeit sicherzustellen, ist ein internes Limit definiert, das bei Erreichen entsprechende risikoreduzierende Maßnahmen auslöst. Über die Entwicklung dieser Kennzahl wird regelmäßig dem Risikokomitee berichtet.

Die Limitierung der mittel- bis langfristigen Liquiditätsrisiken basiert auf der Kennzahl der „kumulierten relativen Liquiditätsüberhänge“. Diese stellt für definierte Laufzeitbänder den Liquiditätscashflow ins Verhältnis zum Gesamtbestand an Verbindlichkeiten. Limite existieren dabei für die Stressszenarien „Rezession“, „Downgrade“ sowie das kombinierte

Szenario. Letzteres wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr neu implementiert. Ein Unterschreiten der Limite löst entsprechend risikoreduzierende Maßnahmen aus.

Das Liquiditätsrisiko wird im Bereich Treasury / Eigenhandel gesteuert. Das Management kann bei Bedarf jederzeit auf die Wertpapierbestände der Liquiditätsreserve zurückgreifen und durch Verkauf, durch Verpfändung für Bundesbank-Refinanzierungsfazilitäten oder durch Terminverkauf im Rahmen von Repo-Geschäften zusätzlichen Liquiditätsbedarf decken. Langfristiger Liquiditätsbedarf wird außer über das Kundengeschäft durch die Aufnahme von Refinanzierungsdarlehen oder durch die Platzierung von Schuldscheindarlehen gedeckt.

Details zur Messung, Limitierung und Steuerung der Liquiditätsrisiken sind in der Liquiditäts-Strategie der OLB fixiert.

## Operationelle Risiken

*Risikomessung*

Zur Identifikation und Bewertung operationeller Risiken werden in der OLB einheitliche und aufeinander abgestimmte Instrumente eingesetzt. Die Basis dafür bildet eine Kategorisierung der Geschäftsprozesse der Bank. Darauf aufbauend erfolgt eine systematische Erfassung und Zuordnung von Verlust- und Risikodaten.

Seit Januar 2003 werden relevante Verlustdaten aus operationellen Schadensfällen in einer Datenbank erfasst. Die Erkenntnisse aus den erfassten Schadensfällen bilden die Basis für eine zielgerichtete und detaillierte Ursachenanalyse und Ursachenbehebung.

Zur Ermittlung des Risikopotenzials aus operationellen Risiken werden in der OLB jährliche Szenarioanalysen durchgeführt. Hierbei werden kritische Szenarien ausgewählt, die bei geringer Eintrittswahrscheinlichkeit eine hohe finanzielle Auswirkung auf die OLB hätten.

Die Szenarien werden mit den entsprechenden Prozessverantwortlichen besprochen und von ihnen hinsichtlich möglicher Schadenshöhe und -häufigkeit bewertet. Auf der Grundlage der Ergebnisse der Szenarioanalyse erfolgt die Ermittlung des Potenzials operationeller Risiken für die laufende Risikotragfähigkeitsrechnung.

Nach Genehmigung durch die BaFin wird der regulatorische Kapitalbedarf für das operationelle Risiko nach dem Standardverfahren ermittelt. Der Einsatz eines fortschrittlichen Messansatzes zur Ermittlung des operationellen Risikos wird geprüft.

*Risikomanagement*

Das Management von operationellen Risiken basiert auf den durchgeführten Szenarioanalysen, den Analysen der eingetretenen Schadensfälle und den Risikoindikatoren für bedeutende operationelle Risiken. Je nach Bedeutung der erkannten Risikofelder gilt es, Maßnahmen zu ergreifen, die unter Berücksichtigung von Kosten-Nutzen-Erwägungen die Risiken begrenzen. Dazu gehören die Optimierung von Prozessen oder die adäquate Information der Mitarbeiter (unter anderem durch Fortbildung und Nutzung moderner Kommunikationsverfahren) genauso wie die Versicherung gegen Großschadensfälle (beispielsweise Gebäudebrand der Zentrale) oder ein angemessenes Backup-System für EDV-technische Daten.

Bzgl. Kriminalitäts- und Korruptionsrisiken sind im abgelaufenen Geschäftsjahr Gefährdungsanalysen durch Compliance / Geldwäsche durchgeführt worden. Die Fraud-Präventions-Richtlinie sowie eine Antikorruptionsrichtlinie regeln das Management dieser Risiken.

## Rechtsrisiken

Der Prozess zur Identifikation, Messung und Steuerung von Rechtsrisiken ist identisch mit dem der operationellen Risiken. Auf Basis von Szenarioanalysen werden die Risiken rechtlicher Veränderungen quantifiziert und in Abhängigkeit von der Bedeutung entsprechende Maßnahmen zur Risikobegrenzung ergriffen.

Das Management der Rechtsrisiken ist dabei Aufgabe der Rechtsabteilung. Beispielsweise werden zur Risikobegrenzung für etablierte Produkte geprüfte Standardverträge verwendet. In diesem Zusammenhang unterstützt die Rechtsabteilung die entsprechenden Fachabteilungen bei der Produktgestaltung, damit die verwendeten Verträge stets den aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen entsprechen und notwendige Konsequenzen aus Änderungen in der Gesetzgebung sowie aktuellen Rechtsprechungen zeitnah umgesetzt werden.

Bei individuellen Verträgen werden zudem die rechtlichen Risiken des Einzelfalls geprüft und durch eine adäquate Vertragsgestaltung begrenzt.

## Reputationsrisiken

Der Prozess zur Identifikation, Messung und Steuerung von Reputationsrisiken ist ebenfalls identisch mit dem operationeller Risiken. Er liegt in der Verantwortung der Unternehmenskommunikation. Auch hier werden Szenarien entwickelt und dafür geeignete Maßnahmen zur Schadensbegrenzung aufgestellt. Dazu gehören zum einen präventive Maßnahmen

wie beispielsweise die Definition von Unternehmensleitlinien und Verhaltensregeln für Mitarbeiter, die den positiven Auftritt der OLB nach außen fördern, und zum anderen die bewusste Zurückhaltung bei Geschäften, die zu einer Rufschädigung führen können. Zusätzlich werden für den Eintritt verschiedener Schadensszenarien Maßnahmen festgelegt, die potenzielle Schäden begrenzen.

### Strategische Risiken / Geschäftsrisiken

Zur Einschätzung strategischer Risiken werden in der OLB die klassischen Instrumente der Simulation von Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung eingesetzt. Die Geschäftsstrategie wird ständig einer kritischen Prüfung unterzogen und bei Bedarf an die geänderten Rahmenbedingungen angepasst.

### Konzentrationsrisiken

Das Management von Konzentrationsrisiken findet im Rahmen der Steuerung der einzelnen Risikoarten in den jeweils verantwortlichen Abteilungen statt.

## Risikolage

### Adressrisiken

*Kundenkredite*

Die Kundenkredite sind überwiegend an Privatkunden sowie mittelständische Firmenkunden vergeben. Dabei konzentriert sich das Geschäft bei Privatkunden auf Baufinanzierungen sowie Konsumentenkredite. Im Firmenkundengeschäft sind es Betriebsmittel- und Investitionskredite sowie gewerbliche Immobilienfinanzierungen, die den Ausschlag geben.

| Bonitätsklasse | Bewertung |
|---|---|
| I – II | Unzweifelhafte Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung |
| III – IV | Große Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung |
| V – VI | Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung auch in schwierigen Konjunkturphasen |
| VII – VIII | Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung mit kleineren Einschränkungen |
| IX – X | Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung mit Einschränkungen |
| XI – XII | Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung beeinträchtigt |
| XIII – XIV | Erhöhte bis ausgeprägte Anfälligkeit für Zahlungsverzug |
| XV – XVI | Kreditnehmer in Zahlungsverzug |

Die Bonitätsklassenstruktur der Forderungen an Kunden zeigt mit 61,7 % den wesentlichen Teil des Portfolios in den durchschnittlichen bis sehr guten Klassen (I – VIII). Lediglich 3,1 % entfallen auf kritische Bonitäten (XIII – XVI).

Insgesamt sind die Forderungen an Kunden mit rund 57 % besichert. Den wesentlichen Anteil der Sicherheiten bilden Grundpfandrechte an wohnwirtschaftlichen und gewerblichen Immobilien mit 81 %, gefolgt von liquiden Sicherheiten wie Kontoguthaben, Bausparverträgen und Lebensversicherungen etc. mit 8 %. Auf die sonstigen Sicherheiten, im Wesentlichen Sicherungsübereignungen und Bürgschaften, entfallen etwa 11 %.

Das Kreditportfolio der OLB zeigt in den vergangenen Jahren ein überproportionales Wachstum in den oberen Engagementgrößenklassen. Dennoch weist das Kundenkreditportfolio zum 31. Dezember 2011 lediglich vier Engagements auf, deren Kreditvolumina die aufsichtsrechtliche Meldegrenze für Großkredite nach § 13a KWG überschreiten. Um die Größenkonzentrationsrisiken aktiver zu steuern, wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr Limite auf Engagementebene in die Risikostrategie aufgenommen.

Die Branchenverteilung des Kreditportfolios ist geprägt durch die in der Geschäftsregion ansässige Kundschaft. Das Kreditgeschäft im Bereich der erneuerbaren Energien, insbesondere die Finanzierung von Windkraft-, Biogas- und Fotovoltaikanlagen,

hat dabei in den vergangenen Jahren deutlich an Bedeutung gewonnen und zu durchaus nennenswerten Volumina im Kreditportfolio der OLB geführt. Hier spiegelt sich die führende Kompetenz der OLB in diesen Geschäftsfeldern wider.

Zur Begrenzung von Branchenkonzentrationsrisiken im Kreditportfolio sind Teilportfoliolimite definiert, die im abgelaufenen Geschäftsjahr neu ausgestaltet wurden. Um den Fokus der Betrachtung stärker auf das Branchenrisiko auszurichten, wurden projekthafte und nicht projekthafte Finanzierungen je Spezialfinanzierungssegment zusammengefasst und hierfür neue Limite definiert. Alle Limitierungen wurden unverändert das ganze Geschäftsjahr über eingehalten.

*Schiffsfinanzierungen*

Die OLB hat in den vergangenen Jahren ein Teilkreditportfolio im Bereich der Seeschiffsfinanzierungen aufgebaut. Die anhaltende Wirtschafts-, Schulden- und Finanzkrise in Verbindung mit unverändert niedrigen Charterraten in der Schifffahrt hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr spürbar negativ auf das Risikoprofil dieses Teilportfolios ausgewirkt. Die OLB prüft intensiv Handlungsoptionen bei betroffenen Finanzierungen und hat die Kreditrisikovorsorge entsprechend erhöht.

*Sicherheiten*

Neben der Konzentration auf einzelne Kreditnehmer können Konzentrationsrisiken auch durch die Fokussierung auf einzelne Sicherheitengeber hervorgerufen werden. Da die Sicherheiten dem breit gestreuten Portfolio der Kundenkredite entstammen, sehen wir dort jedoch keine relevanten Konzentrationsrisiken für die OLB.

*Kreditinstitute*

Die Adressrisiken aus Forderungen an Kreditinstitute und von Kreditinstituten begebenen Anleihen sind insgesamt gering. Die Volumina entfallen vollständig auf Bonitätsklassen im Bereich Investment Grade (I–VI), 98,8 % der Forderungen liegen im Bereich I–IV. siehe Grafik unten links

Negative adressrisikospezifische Auswirkungen der Finanzmarkt- und Schuldenkrise auf das Teilportfolio der Banken sind im Geschäftsjahr 2011 nicht erkennbar. Die Bonitätsklassenstruktur hat sich verglichen mit dem Vorjahr verbessert, das Volumen insgesamt reduziert. Die OLB verfolgt in diesem Segment eine zunehmend konservative Risikopolitik.

*Länderrisiken*

Länderrisiken als spezifische Ausprägung des Adressrisikos spielen in der OLB keine wesentliche Rolle.

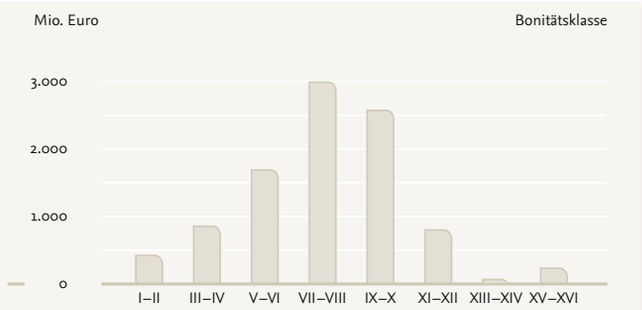
## Marktpreisrisiken

*Handelsbuch*

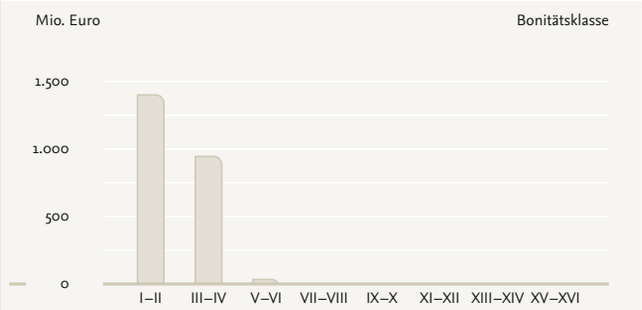
**Value-at-Risk des Handelsbuches (99 % / 10 Tage) nach Risikokategorien im Jahr 2011:**

| Mio. Euro | Aktienrisiken | Devisenrisiken | Zinsrisiken | Handel gesamt |
|---|---|---|---|---|
| Mittelwert | 0,43 | 0,12 | 0,35 | 0,65 |
| Minimum | 0,01 | — | — | 0,01 |
| Maximum | 1,70 | 0,61 | 1,20 | 2,24 |

***Bonitätsklassenverteilung der Forderungen an Kunden per 31. Dezember 2011***




***Bonitätsklassenverteilung der Forderungen an Kreditinstitute und Anleihen von Kreditinstituten per 31. Dezember 2011***



Die Marktpreisrisiken des Handelsbuches (VaR-Modell 99 %/ 10 Tage) bewegten sich im Jahr 2011 durchweg im Rahmen des Limits von 4 Mio. Euro. Die durchschnittliche Auslastung lag bei 16 % des Limits. Die maximale Auslastung ergab sich im August und betrug 56 %.

Das Marktumfeld war im Jahr 2011 weiterhin von den krisenhaften Entwicklungen in mehreren europäischen Staaten geprägt. Der massive Kurseinbruch an den Aktienbörsen hat die Risikokennzahlen im August sprunghaft ansteigen lassen. Mit Erreichen einzelner Verlustlimite wurden Handelsportfolios zunächst geschlossen. Anschließend wurde der Handel bis zum Jahresende in deutlich reduziertem Umfang fortgeführt.

siehe Grafik Seite 042 links

*Anlagebuch*

**Value-at-Risk des Anlagebuches (99,93 %/1 Jahr) im Jahr 2011:**

| Mio. Euro | VaR |
|---|---|
| Mittelwert | 57,4 |
| Minimum | 41,8 |
| Maximum | 81,8 |

Die Marktpreisrisiken des Anlagebuches (VaR-Modell 99,93 %/ 1 Jahr) bewegten sich im Jahr 2011 im Durchschnitt unterhalb des Niveaus des Vorjahres. So lag der durchschnittliche Value-at-Risk mit 57,4 Mio. Euro unterhalb des Wertes für 2010 in Höhe von 66,1 Mio. Euro. Das Limit wurde durchweg eingehalten.

Der spürbare Anstieg des Value-at-Risk ab August liegt in Umschichtungen bei den Wertpapieren der Liquiditätsreserve begründet. Zur Renditeverbesserung wurde die durchschnittliche Restlaufzeit der Wertpapiere verlängert. Darüber hinaus führte das gesunkene Zinsniveau durch einen Anstieg des Zinsbuchbarwertes zu einer Erhöhung des Value-at-Risk.

**Liquiditätsrisiken**

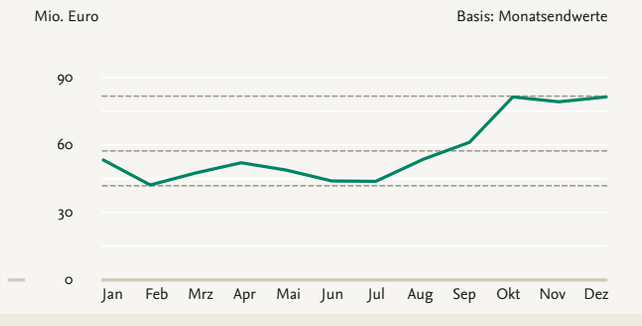
**Entwicklung der aufsichtsrechtlichen Meldekennziffer**

| Mio. Euro | 2011 | 2010 |
|---|---|---|
| Mittelwert | 1,78 | 1,44 |
| Minimum | 1,56 | 1,26 |
| Maximum | 2,30 | 1,71 |

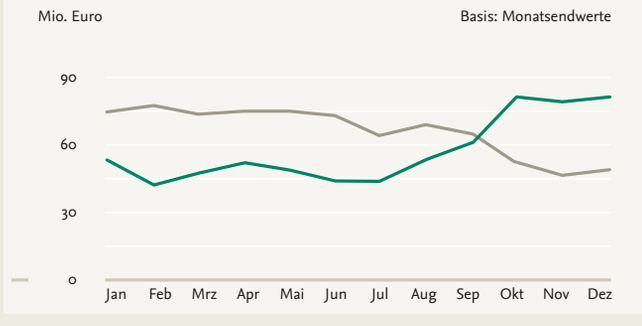
Der Mindestwert der Meldekennziffer in Höhe von 1 wurde das ganze Jahr über eingehalten. Im Durchschnitt lag die Kennziffer 78 % über der Mindestanforderung. Zum 31. Dezember 2011 betrug die Kennziffer 2,30.

Der spürbare Anstieg der Liquiditätskennziffer im abgelaufenen Geschäftsjahr ist das Resultat aus einer erhöhten Liquiditätsvorsorge als Reaktion auf die Krisensituation an den Finanzmärkten.

*VaR-Anlagebuch 2011 (99,93 %/1 Jahr)*




*Vergleich VaR-Anlagebuch 2010/2011 (99,93 %/1 Jahr)*



*Liquiditätscashflows per 31. Dezember 2011*

Die folgende Grafik zeigt die Liquiditätscashflows über einen Zeitraum von sieben Jahren. Dabei wird unterstellt, dass die Liquiditätsreserve – sobald verfügbar – zur Liquiditätsgenerierung eingesetzt wird. siehe Grafik unten rechts

Der Liquiditätscashflow zeigt in allen Szenarien deutliche Liquiditätsüberhänge. Die Liquidität der OLB ist auch in Zeiten wirtschaftlicher Rezession ausreichend sichergestellt.

## Wesentliche Merkmale des Internen Kontrollsystems und des Risikomanagementprozesses im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

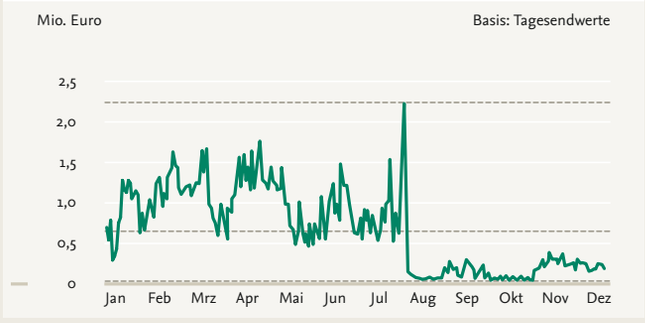
Nach den durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz eingeführten §§ 289 Abs. 5, 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB, mit denen die Vorgaben einer EU-Richtlinie in nationales Recht umgesetzt werden, haben kapitalmarktorientierte Unternehmen im Lagebericht die wesentlichen Merkmale des Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess zu beschreiben. Die Abschlussadressaten sollen sich ein Bild von den wesentlichen Merkmalen des Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess machen können.

Nach der Gesetzesbegründung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes umfasst das Interne Kontrollsystem die Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Rechnungslegung, zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sowie zur Sicherung der Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften. Dazu gehört auch das Interne Revisionssystem, soweit es sich auf die Rechnungslegung bezieht. Das Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess bezieht sich als Teil des Internen Kontrollsystems wie Letzteres auf Kontroll- und Überwachungsprozesse der Rechnungslegung und den Bereich der Finanzberichterstattung.

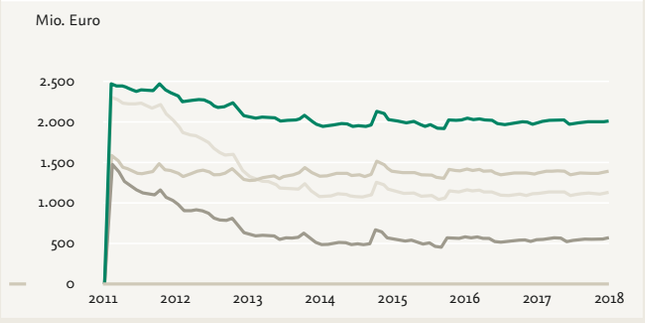
Der Vorstand der OLB gestaltet Umfang und Ausrichtung der eingerichteten Systeme in eigener Verantwortung anhand der unternehmensspezifischen Anforderungen aus. Bei der Errichtung und Beurteilung des Internen Kontrollsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess werden die Kriterien des Rahmenwerkes „Internal Control – Integrated Framework“ des „Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission“ (COSO) angewandt. Grundlegende Elemente des COSO Rahmenwerkes bilden die Elemente Überwachung, Information und Kommunikation, Effektivität der Kontrollen, Umgang mit Risiko und Unternehmensphilosophie.

Das Interne Kontrollsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess und die eingesetzten IT-Systeme der OLB zielt darauf ab, Risiken in Bezug auf die Finanzberichterstattung zu identifizieren, zu bewerten, durch geeignete Maßnahmen zu begrenzen und zu überprüfen. Es umfasst Richtlinien und definierte Vorgehensweisen bezüglich der vollständigen Bereitstellung von Daten und Unterlagen, die ein sachgerechtes und angemessen genaues Bild der Geschäftsvorfälle und Vermögenslage der OLB widerspiegeln. Diese Richtlinien und Vorgehensweisen stellen ebenso sicher, dass angewandte Rechnungslegungsvorschriften erfüllt werden können. Alle Verfügungen und Ausgaben werden dem Rahmen festgelegter Genehmigungsverfahren der OLB-Unternehmensleitung unterworfen; ein eventueller Missbrauch mit materiellen Auswirkungen auf die Ertrags- und Vermögenslage kann mit angemessener Sicherheit ausgeschlossen werden.

*VaR-Handelsbuch 2011 (99 %/10 Tage)*




*Liquiditätscashflows über sieben Jahre*



Wesentliche Elemente der Richtlinien und Vorgehensweisen sind dabei die Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips für wesentliche Kontrollen, Funktionstrennung in der Aufbauorganisation und Transparenz.

Am Rechnungslegungsprozess sind neben den eingebundenen Tochtereinheiten im Wesentlichen die Zentralabteilung Finanzen / Controlling mit den Gruppen Bilanz, Finanzbuchhaltung, Controlling und Controlling Allianz Bank sowie die beiden Zentralabteilungen Risikocontrolling und Informationstechnologie beteiligt. Die Organisation und Kontrolle der Buchhaltung unterliegt der Gruppe Finanzbuchhaltung. Die Organisation und Kontrolle der Abschlusserstellung wird von der Gruppe Bilanz wahrgenommen und durch die Gruppe Finanzbuchhaltung unterstützt. Mit qualitätssichernden Maßnahmen unterstützen die Gruppen Controlling und Controlling Allianz Bank den Abschlussprozess, speziell an den Schnittstellen zwischen interner und externer Berichterstattung. Die Zentralabteilung Risikocontrolling liefert insbesondere Daten zur Bewertung von Geschäften, die zu Barwerten in den Rechnungslegungsprozess einfließen. Die Zentralabteilung Informationstechnologie liefert die Infrastruktur für die am Rechnungslegungsprozess beteiligten Systeme. Die eingesetzten Systeme sind durch entsprechende Einrichtungen im EDV-Bereich gegen unbefugte Zugriffe geschützt. Im Bereich der eingesetzten Systeme wird, soweit wie möglich, Standardsoftware eingesetzt.

Die Einhaltung der Richtlinien und definierten Vorgehensweisen wird durch interne Prüfungen der Revision und der Organisationsabteilung sowie durch externe Prüfungen regelmäßig einer Kontrolle unterzogen. Dem Prüfungsausschuss des Aufsichtsrates wird hierüber Bericht erstattet.

Die Vorstandszuständigkeit für die Zentralabteilungen Finanzen / Controlling und Risikocontrolling sind getrennt von der Vorstandszuständigkeit für die Revision.

Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass auch angemessen und funktionsfähig eingerichtete Systeme keine absolute Sicherheit zur Identifikation und Steuerung der Risiken gewähren können.



## Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Vorgänge besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag haben nicht vorgelegen.

# Angaben nach § 289 Abs. 4 HGB sowie erläuternder Bericht

### Zusammensetzung des gezeichneten Kapitals

Das gezeichnete Kapital der Oldenburgische Landesbank AG in Höhe von 60.468.571,80 Euro ist in 23.257.143 Stückaktien zerlegt. Die Stückaktien lauten auf den Inhaber. Die Aktien sind voll eingezahlt. Mit allen Aktien sind die gleichen Rechte und Pflichten verbunden. Jede Stückaktie hat eine Stimme. Die Anteile der Aktionäre am Gewinn der Gesellschaft bestimmen sich nach ihrem Anteil am Grundkapital (§ 60 Aktiengesetz, AktG). Vom Stimmrecht und dem Gewinnbezugsrecht ausgenommen sind von der Gesellschaft gehaltene eigene Aktien (§ 71b AktG). Ein Anspruch der Aktionäre auf Verbriefung ihrer Aktien ist gemäß § 5 Abs. 2 Satz 2 der Satzung ausgeschlossen. Die Rechte und Pflichten der Aktionäre ergeben sich im Einzelnen aus den Regelungen des Aktiengesetzes, insbesondere aus den §§ 12, 53a ff., 118 ff. und 186 AktG.

### Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen

Stimmrechtsbeschränkungen oder Beschränkungen hinsichtlich der Übertragung von Aktien bestehen nach Kenntnis des Vorstands nicht.

### Beteiligungen am Kapital, die mehr als 10 % der Stimmrechte überschreiten

Die Allianz Deutschland AG, München, hält rund 64,3 % der Aktien an der Oldenburgische Landesbank AG, die OLB-Beteiligungsgesellschaft mbH, Oldenburg, hält einen Anteil von rund 25,3 % (Stand 31. Dezember 2011). Mehrheitsgesellschafterin der OLB-Beteiligungsgesellschaft mbH ist wiederum die Allianz Deutschland AG mit einer Beteiligung von rund 98,8 %. Alleingesellschafterin der Allianz Deutschland AG ist die Allianz SE, München.

### Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, bestehen nicht.

### Art der Stimmrechtskontrolle bei von Arbeitnehmern gehaltenen Aktien

Sofern Arbeitnehmer am Kapital der Oldenburgische Landesbank AG beteiligt sind, nehmen diese ihre Kontrollrechte unmittelbar wahr.

## Gesetzliche Vorschriften und Satzungsbestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern sowie über Satzungsänderungen

Die Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands erfolgen gemäß § 84 AktG durch den Aufsichtsrat. Vorstandsmitglieder werden für eine Amtsdauer von höchstens fünf Jahren bestellt, wobei eine Verlängerung der Amtszeit und eine wiederholte Bestellung zulässig sind. Bei der Bestellung ist insbesondere darauf zu achten, dass die Vorstandsmitglieder zuverlässig und für die Leitung eines Kreditinstituts fachlich geeignet sind (vgl. § 33 Abs. 1 Nr. 4 KWG). Die Absicht, ein neues Mitglied des Vorstands zu bestellen, sowie die Bestellung selbst sind der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) nach § 24 Abs. 1 Nr. 1 KWG anzuzeigen. Fehlt ein erforderliches Vorstandsmitglied, so hat in dringenden Fällen das Gericht auf Antrag eines Beteiligten nach § 85 AktG das Mitglied zu bestellen.

Der Vorstand besteht gemäß § 7 der Satzung aus mindestens zwei Personen. Im Übrigen bestimmt der Aufsichtsrat die Zahl der Vorstandsmitglieder.

Auf den Aufsichtsrat der Oldenburgische Landesbank AG finden die Bestimmungen des Mitbestimmungsgesetzes (MitbestG) Anwendung. Nach § 31 Abs. 2 MitbestG erfordert die Bestellung eines Vorstandsmitglieds eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Stimmen der Mitglieder des Aufsichtsrats. Kommt eine solche Mehrheit nicht zustande, richtet sich das weitere Verfahren nach § 31 Abs. 3 und 4 MitbestG.

Vorstandsmitglieder können vom Aufsichtsrat abberufen werden, wenn hierfür ein wichtiger Grund vorliegt (§ 84 Abs. 3 AktG). Die Beschlussfassung folgt denselben Regeln, die für die Bestellung gelten. Das Ausscheiden eines Vorstandsmitglieds ist der BaFin nach § 24 Abs. 1 Nr. 2 KWG anzuzeigen. § 36 KWG gibt der BaFin unter bestimmten Voraussetzungen die Befugnis, die Abberufung von Mitgliedern des Vorstands zu verlangen. Ein Abberufungsverlangen kommt insbesondere bei Unzuverlässigkeit oder mangelnder fachlicher Eignung eines Vorstandsmitglieds in Betracht.

Über Änderungen der Satzung hat die Hauptversammlung zu beschließen. Der Beschluss der Hauptversammlung bedarf der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen (§ 133 Abs. 1 AktG) und einer Kapitalmehrheit von mindestens drei Vierteln des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals (§ 179 Abs. 2 Satz 1 AktG). § 16 Abs. 5 Satz 2 der Satzung sieht vor, dass anstelle der in § 179 Abs. 2 Satz 1 AktG geforderten Kapitalmehrheit (mindestens drei Viertel des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals) die einfache Kapitalmehrheit ausreicht, soweit dies gesetzlich zulässig ist. Die Befugnis zu Änderungen, die nur die Fassung der Satzung betreffen, wurde in § 12 der Satzung dem Aufsichtsrat übertragen.

## Befugnisse des Vorstands, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 27. Mai 2010 ist der Vorstand ermächtigt, bis zum 26. Mai 2015 eigene Aktien der Oldenburgische Landesbank AG zum Zwecke des Wertpapierhandels mit der Maßgabe zu erwerben, dass der Handelsbestand der zu diesem Zweck zu erwerbenden Aktien fünf vom Hundert des Grundkapitals am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen darf. Hierdurch wird dem Vorstand der Eigenhandel mit Aktien der Gesellschaft ermöglicht.

Gemäß § 6 der Satzung ist der Vorstand ferner ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 21. Mai 2012 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer Stückaktien gegen Bareinlagen einmalig oder mehrfach, jedoch insgesamt höchstens um 15 Mio. Euro, zu erhöhen. Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen; der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates Spitzenbeträge von dem Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen. Durch diese Ermächtigung wird der Vorstand in die Lage versetzt, schnell und flexibel einen etwaigen Kapitalbedarf zu decken.

Im Übrigen richten sich die Möglichkeiten des Vorstands, Aktien auszugeben oder zurückzuerwerben, nach den gesetzlichen Vorschriften.

## Wesentliche Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Die Oldenburgische Landesbank AG ist Vertragspartei folgender Vereinbarungen, die bestimmte Bedingungen für den Fall eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots beinhalten:

- Im Rahmen des Allianz Sustained Performance Plan (ASPP) werden Restricted Stock Units (RSU), also virtuelle Allianz Aktien, als aktienbasierter Vergütungsbestandteil weltweit an das Top-Management der Allianz Gruppe, einschließlich der Oldenburgische Landesbank AG, ausgegeben. Darüber hinaus wurden bis 2010 im Rahmen des Group-Equity-Incentive(GEI)-Programms auch Stock Appreciation Rights (SAR), also virtuelle Optionen auf Allianz Aktien, ausgegeben, die teilweise noch bestehen. Die Bedingungen für diese RSU und SAR enthalten Regelungen für den Fall eines Kontrollwechsels (Change-of-Control-Klauseln). Diese kommen zur Anwendung, wenn die Mehrheit des stimmberechtigten Kapitals an der Oldenburgische Landesbank AG durch einen oder mehrere Dritte, die nicht zum Allianz Konzern gehören, unmittelbar oder mittelbar erworben wird. Die Change-of-Control-Klauseln sehen eine Ausnahme von den ordentlichen Ausübungsfristen vor. Die RSU werden gemäß den Rahmenbedingungen für die RSU-Pläne am Tag des Kontrollwechsels durch die Gesellschaft für die betroffenen Planteilnehmer ohne Berücksichtigung der ansonsten geltenden Sperrfrist ausgeübt. Die Barzahlung je RSU muss mindestens dem in einem vorangehenden Übernahmeangebot gebotenen Preis entsprechen. Die SAR werden gemäß den Rahmenbedingungen für die SAR-Pläne am Tag des Kontrollwechsels abweichend von den ordentlichen Ausübungsfristen durch die Gesellschaft für die betroffenen Planteilnehmer ausgeübt. Die Ausübung der SAR setzt aber voraus, dass die Erfolgshürden erfüllt sind. Der für den Fall eines Kontrollwechsels vorgesehene Wegfall der Ausübungssperrfrist trägt dem Umstand Rechnung, dass sich die Bedingungen für die Aktienkursentwicklung bei einem Kontrollwechsel wesentlich ändern.

- Zwischen der Allianz Deutschland AG und der Oldenburgische Landesbank AG besteht eine Vereinbarung, die vorsieht, dass die Allianz Deutschland AG Verluste vor Steuern, die bei der Oldenburgische Landesbank AG im Segment „Allianz Bank“ entstehen, bis zum Ablauf des am 31. Dezember 2014 endenden Geschäftsjahres übernimmt. Sofern die Oldenburgische Landesbank AG aus dem Allianz Konzern als Konzerngesellschaft ausscheidet, stellt dies einen wichtigen Grund für die außerordentliche Kündigung der Verlustübernahmevereinbarung dar. Im Falle der Beendigung der Verlustübernahmevereinbarung entscheidet die Oldenburgische Landesbank AG, ob sie das Segment Allianz Bank ohne Verlustausgleich fortführt oder aufgibt. Im Falle der Aufgabe übernimmt die Allianz Deutschland AG die hierdurch entstehenden Kosten.

## Entschädigungsvereinbarungen für den Fall eines Übernahmeangebots

Entschädigungsvereinbarungen mit Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern für den Fall eines Übernahmeangebots bestehen nicht.

# Prognosebericht

Die konjunkturellen Aussichten der deutschen Wirtschaft haben sich in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres eingetrübt. Die bislang robusten binnenwirtschaftlichen Nachfragekomponenten Konsum und Investitionen leiden unter der verschlechterten Stimmungslage. Da im Ausland die wichtigsten Handelspartner Deutschlands mit teilweise gravierenden strukturellen Problemen befasst sind, wird sich die Dynamik deutscher Exporte und damit der Außenbeitrag tendenziell abschwächen.

Wir gehen daher für Deutschland von einem im Vergleich zum Vorjahr deutlich reduzierten, aber weiterhin positiven Wachstum des Bruttoinlandsproduktes im Jahr 2012 aus. Dabei dürfte sich die deutsche Wirtschaft auch im kommenden Jahr besser als der Euroraum behaupten. Die weitere Entwicklung der europäischen Staatsschuldenkrise übt allerdings großen Einfluss auf diese Prognose aus. Sollte es zu einer weiteren Eskalation der Staatsschuldenkrise kommen, wäre auch für Deutschland die Gefahr eines Abgleitens in die Rezession gegeben.

Mit Blick auf die Wirtschaft im Nordwesten erwarten wir eine im Vergleich zum Bund leicht bessere Entwicklung. Diese Einschätzung basiert auf der Fortschreibung der Konjunkturdaten aus den vergangenen fast zwei Jahrzehnten, welche für Weser-Ems ein im Durchschnitt um 0,2 Prozentpunkte höheres Wachstum als der Bundesdurchschnitt aufweisen. Dies wirkt sich positiv auf Privatkonsum, Bauwirtschaft und Investitionsgüternachfrage aus. Stabilisierend auf die wirtschaftliche Entwicklung im Nordwesten wirken auch zukünftig die Agrar- und Ernährungsindustrie.

Langfristige Unterstützung findet diese positive Entwicklung des nordwestdeutschen Wirtschaftsraums durch eine zunehmende Nivellierung der traditionellen Standortnachteile, welche eine ländliche Raumstruktur bislang mit sich brachte. Die mediale Vernetzung sorgt dafür, dass die nationalen und internationalen Märkte trotz der Randlage in Deutschland problemlos erreicht werden können. Darüber hinaus wurden bei der Verkehrsinfrastruktur in den vergangenen Jahren deutliche Fortschritte realisiert. Mit politischer Unterstützung wurden in wichtigen Zukunftsbranchen Kompetenzzentren entwickelt, aus denen sich wiederum Branchen- und Industriecluster gebildet haben, in denen Know-how gebündelt und erweitert werden kann. Zudem hebt sich die demografische Entwicklung im Nordwesten vom Bundesdurchschnitt positiv ab. Die Arbeitslosigkeit liegt in einigen Landkreisen deutlich unter dem gesamtdeutschen Niveau – und das obwohl der Anteil der Beschäftigten mit Hochschulabschluss unterdurchschnittlich ist. Letzteres wird allerdings durch den hohen Anteil an Absolventen der dualen Berufsbildungswege wettgemacht und ist wohl auch einer der Gründe für das im Bundesvergleich niedrige Lohnniveau. Insgesamt bietet die Region damit den hier tätigen Unternehmen in wichtigen Bereichen gute Standortbedingungen, die das weitere Wirtschaftswachstum im Nordwesten stützen.

Die wirtschaftliche Lage hat unmittelbaren Einfluss auf die Entwicklung des Kreditrisikos, das sich nach wie vor aufgrund der hohen Bedeutung des Kreditgeschäfts mit unseren Kunden stark auf die Ergebnissituation der Bank auswirkt. Für den Verlauf der künftigen Risikovorsorge der OLB spielt dabei neben den allgemeinen konjunkturellen Einflüssen die branchenspezifische Situation im Bereich Schifffahrt eine signifikante Rolle. Die Entwicklung der für den wirtschaftlichen Erfolg unserer Kunden entscheidenden Charterraten steht dabei im Mittelpunkt. Wir gehen im Rahmen unserer Planung mittelfristig von einer Erholung der Charterraten von den gegenwärtigen Tiefständen auf den langfristigen Marktdurchschnitt und einer planmäßigen Eigenkapitaleinwerbung durch die Eigner aus, was eine wirtschaftlich sinnvolle Bereederung der Schiffe erlauben wird.

Der zukünftige Verlauf an den Geld- und Kapitalmärkten ist in der derzeitigen Situation mit derart vielen Unsicherheiten behaftet, dass eine zuverlässige Prognose nicht sinnvoll erscheint. Obwohl die OLB nur in Wertpapieren erstklassiger Bonität investiert hat, spielt die Zinsentwicklung an den relevanten Märkten, die derzeit stark durch politische Entscheidungen beeinflusst wird, für die Vermögens- und Ertragslage der Bank eine wichtige Rolle. Neben den Bewertungsrisiken aufgrund von Kursschwankungen an den Zins- oder Aktienmärkten besteht weiterhin die Möglichkeit, dass sich bei einer Zuspitzung der Euro-Krise die Liquiditätssituation an den Geld- und Kapitalmärkten wieder drastisch verschlechtert. Dies könnte die Rahmenbedingungen der OLB zur Refinanzierung stark einschränken oder zu deutlichen Aufschlägen führen. Im Rahmen unserer Prognose gehen wir grundsätzlich von einer stabilen Entwicklung und nicht von einem Krisenszenario aus. Wir erwarten eine normal verlaufende Zinsstrukturkurve und keine deutliche Verschlechterung unserer Refinanzierungssituation. In unserer Positionierung bezüglich Marktpreisrisiken und in der Liquiditätsdisposition tragen wir allerdings den bestehenden Unsicherheiten durch eine vorsichtige Ausrichtung und Einhaltung ausreichend

bemessener Sicherheitspuffer Rechnung. Wir erwarten mit Blick auf unser Wettbewerbsumfeld, dass die intensive Konkurrenz im Kundengeschäft weiter anhält. Der Margendruck wird sich fortsetzen und auch in der Neukundengewinnung wird durch die Incentivierung durch Prämien und subventionierte Produktangebote der Preisdruck stetig zunehmen. Verschärfte Verbraucherschutzvorschriften erhöhen den Kosten- und Ertragsdruck im Privatkundengeschäft zusätzlich.

Die im Rahmen der Bankenkrise durch die Politik und die Aufsichtsbehörden initiierten Regelungen werden sukzessive in die Praxis umgesetzt und entfalten ihre Wirkung auf die Geschäftsmodelle der Banken. Insbesondere wirken sich Auslegungsbestimmungen der BaFin und der Bundesbank bereits jetzt auf die Anforderungen zur Kapitalunterlegung aus. Darüber hinaus steigt im Rahmen der Umsetzung der Basel III-Regelungen die Mindestkernkapitalquote von derzeit 4,0 % über 4,5 % im Jahr 2013 auf 8,5 % im Jahr 2019 an. Die OLB verfügt bereits jetzt über eine solide Eigenkapitalbasis mit einer Kernkapitalquote von 8,5 %. Zur Kapitalunterlegung unseres geplanten Wachstums planen wir einen Teil der künftigen Jahresüberschüsse zur Stärkung der Eigenkapitalbasis zu verwenden. Darüber hinaus werden wir unsere Eigenmittel wie bisher durch Nachrangmittel ergänzen.

Die technisch-organisatorische Umsetzung neuer bzw. erweiterter Meldepflichten wird entsprechende Kostenbelastungen nach sich ziehen. Grundsätzlich besteht auch in der weiteren Entwicklung das Risiko, dass durch politisches Handeln und das Wirken der nationalen und europäischen Aufsichtsbehörden weitere Bürokratiekosten sowie Einschränkungen in den geschäftlichen Möglichkeiten entstehen.

Chancen für die kommenden Jahre sehen wir in der konsequenten Nutzung identifizierter Kostensenkungspotenziale und der optimierten Nutzung bestehender Vertriebspotenziale insbesondere der Allianz Bank. Dabei werden die engere Verzahnung und die gemeinsame Nutzung technischer Plattformen durch beide Segmente einen wesentlichen Ansatzpunkt bieten.

Die Entwicklung der OLB AG im Kundengeschäft ist vom Geschäftsverlauf der beiden Segmente OLB Regionalbank und Allianz Bank abhängig. Da die Segmente neben den oben genannten Einflüssen von spezifischen Rahmenbedingungen beeinflusst werden, wird in den nachfolgenden Passagen auf beide Bereiche getrennt eingegangen.

### OLB Regionalbank

Die OLB Regionalbank wird sich für die weitere geschäftliche Entwicklung wie bislang auf die bestehenden Potenziale in der Region konzentrieren. Ziel ist es, die Marktstellung durch eine bedarfsgerechte Kundenansprache und einen klaren Fokus in der Zielgruppenselektion auszubauen. Dabei vertrauen wir auf unsere bestehenden Stärken: das im Nordwesten flächendeckende Filialnetz, eine hohe Beratungskompetenz und Kundenorientierung im Privat- und Firmenkundengeschäft, unsere hoch qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie eine leistungsfähige Produktpalette. Ein weiterer Schwerpunkt wird in der Optimierung der Kostenstruktur der Bank liegen. Neben der Realisierung bereits identifizierter Potenziale im IT-Bereich und der Digitalisierung von bisher papiergestützten Arbeitsabläufen sehen wir weitere Möglichkeiten in der gemeinsamen Nutzung von Abläufen und Plattformen mit der Allianz Bank.

Basis für die Gewinnung weiterer Marktanteile ist, dass es uns gelingt, bestehende Kundenbeziehungen zu intensivieren und neue Kunden von unseren Leistungen zu überzeugen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2011 gelang es uns, netto 4 Tsd. neue Kunden zu gewinnen. Wir wollen auch in den kommenden Jahren unsere Kundenbasis in der Regionalbank stetig ausbauen.

Nach einer Phase dynamischen Wachstums hat die OLB Regionalbank im Geschäftsjahr 2011 gezielt das hohe Tempo des Kreditwachstums zugunsten höherer Margen und ausgewogener Risikoprofile gedrosselt. Das Kreditvolumen wuchs um 3,6 % auf 9.456,4 Mio. Euro und somit erwartungsgemäß langsamer als in den Vorjahren. Wir sehen trotz der unsicheren gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiterhin eine stetige Kreditnachfrage und Wachstumsperspektiven durch gezielte Ansprache bisher unterrepräsentierter Zielgruppen. Wir erwarten daher, dass wir auch in den kommenden Jahren wachsen können.

Die OLB Regionalbank hat ihr Einlagevolumen in den letzten Jahren deutlich ausgebaut. Wir erwarten einen anhaltend intensiven Wettbewerb um Kundeneinlagen mit stark subventionierten Angeboten anderer Banken. Im Rahmen unserer Planung gehen wir davon aus, dass es uns gelingen wird, abfließende Mittel in gleicher Höhe neu einzuwerben und somit per Saldo das hohe bestehende Niveau zu halten. Darüber hinaus wollen wir unsere Kunden verstärkt für Anlagemöglichkeiten im Wertpapierbereich gewinnen.

Nach der Etablierung des im Nordwesten flächendeckenden Marktauftritts des Private Banking im vergangenen Jahr erwarten wir, dass wir zunehmend Kunden von unserem ganzheitlichen Beratungsansatz überzeugen können. Die Kunden werden in ihrem Anlageverhalten weiterhin eine hohe Sicherheitsorientierung aufweisen, wir planen daher moderate Zuwächse der Umsatztätigkeit. Bei den übrigen Provisionssparten gehen wir von einer stabilen Entwicklung aus. Der Provisionsüberschuss soll daher leicht von Zuwächsen im Wertpapiergeschäft profitieren.

Im Rahmen der Erwartungen an das wirtschaftliche Umfeld rechnen wir für die beiden kommenden Jahre mit stabilen bis leicht steigenden Zins- und Provisionsüberschüssen.

Eine Prognose des Handelsergebnisses ist vor dem Hintergrund der volatilen Entwicklung der Finanzmärkte nur bedingt möglich. In unserer Planung legen wir einen geringen positiven Ergebnisbeitrag aus dem Eigen- und Kundenhandel zugrunde.

Wir werden dem anhaltenden Kostendruck durch Tariferhöhungen, allgemeine Preissteigerung und die notwendigen Investitionen in Systeme und Infrastruktur durch Effizienzsteigerungen in unserer Ablauforganisation begegnen. Als Folge gehen wir davon aus, dass der Verwaltungsaufwand in den kommenden Jahren allenfalls leicht steigen wird.

Bezüglich der Risikovorsorgeentwicklung verweisen wir auf die im allgemeinen Teil vorgenommene Einschätzung.

Die Entwicklung des operativen Ergebnisses der OLB Regionalbank für die kommenden zwei Jahre hängt neben dem allgemeinen wirtschaftlichen Umfeld in hohem Maße von der Entwicklung der Branchensituation im Bereich Schifffahrt ab. Unter der Voraussetzung, dass die Entwicklung der Charterraten für unsere Kunden eine wirtschaftliche Bereederung ihrer Schiffe ermöglicht, prognostizieren wir für das kommende Jahr ein deutlich verbessertes operatives Ergebnis, welches wir in den Folgejahren weiter ausbauen werden.



### Allianz Bank

Aufbauend auf das im Jahr 2011 realisierte Kundenwachstum um netto 16 Tsd. neue Kunden plant die Allianz Bank für die nächsten beiden Jahre einen weiteren Ausbau der Kundenbasis durch die konsequente Einbindung in den Allianz Vertrieb. Begünstigend wirkt hierbei der für den Allianz Agenturvertrieb neu konzipierte, strukturierte Beratungsansatz, mit dem systematisch und ganzheitlich Kundenbedarfe und Kundenlösungen inklusive Bankanlage, Zahlungsverkehr und Finanzierung angesprochen werden.

Im Laufe des Jahres 2011 kam die Allianz Bank mit ihrem attraktiven neuen Girokonten-Modell auf den Markt, das weltweit eine kostenlose Bargeldversorgung ermöglicht. Mit diesem neuen Kontenmodell und weiteren interessanten Produktangeboten sollen in den Folgejahren verstärkt neue Kunden für die Allianz Bank gewonnen werden.

Durch den weiteren Ausbau der Fachagenturen wird der Vertrieb von Bankprodukten über die Allianz gestärkt. Es gibt bereits 819 Fachagenturen und Bankfilialen, die durch eine spezielle telefonische Unterstützung, der Beraterline der Bank, aktiv begleitet werden.

Für die Zukunft rechnen wir mit einer sukzessiven Steigerung der Erträge aufgrund der konsequenten Nutzung des Vertriebsnetzes der Allianz. Diese Ertragsentwicklung soll insbesondere aus dem Anlage- und Einlagengeschäft generiert werden. Dies spiegelt sich im Ansatz bereits in der Entwicklung der Zinserträge im Jahr 2011 wider. Aufgrund der Marktturbulenzen um den Euro und die Schuldenkrise erwarten wir aus dem Wertpapierbereich kurzfristig nur leichtere Steigerungsraten.

Der Verwaltungsaufwand wird sich in nächsten beiden Jahren wahrscheinlich in etwa auf gleichem Niveau wie 2011 bewegen. Tariferhöhungen und Preissteigerungen werden durch Maßnahmen zur Effizienzsteigerung aufgefangen.

Je nach Entwicklungsgeschwindigkeit beim Ausbau des Kreditgeschäfts wird die Risikovorsorge sukzessive erhöht.

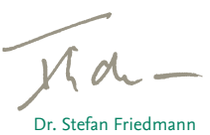
Die Allianz Bank hat gute Chancen, sich innerhalb der Allianz und am Markt weiter zu etablieren. Aufgrund der erwarteten Ertragssteigerungen und bei konstanter Kostenbasis werden sich die Anlaufverluste der Allianz Bank verringern. Bezüglich der Anlaufverluste wurde zwischen der Oldenburgische Landesbank AG und der Allianz Deutschland AG vereinbart, dass die Allianz Deutschland AG mögliche Verluste der Allianz Bank auszugleichen hat. Diese Vereinbarung gilt bis einschließlich 31. Dezember 2014. An den Ablauf der Verlustausgleichspflicht ist ein Kündigungsrecht der Oldenburgische Landesbank AG geknüpft.

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Erwartungen – insbesondere einem stabilen Marktumfeld und der geschilderten Einschätzung der Entwicklung der Schifffahrtsbranche – rechnen wir auf Basis der erwarteten geschäftlichen Entwicklung der OLB Regionalbank und der Allianz Bank mit einem deutlichen Wachstum des Zins- und Provisionsüberschusses. Nur leicht ansteigende Verwaltungsaufwendungen und eine normalisierte Risikovorsorge werden zu einem deutlich verbesserten Ergebnis in den kommenden zwei Jahren führen. Da die Allianz Deutschland AG die Anlaufverluste im Segment Allianz Bank ausgleicht, ergibt sich aus diesem Geschäftsbereich keine Wirkung auf das Ergebnis vor Steuern. Für das Ergebnis der OLB AG insgesamt gilt die für die OLB Regionalbank getroffene Einschätzung einer deutlichen Verbesserung im kommenden Jahr und eines leichten Anstiegs in den Folgejahren.

Oldenburg, den 28. Februar 2012
Oldenburgische Landesbank AG

Der Vorstand

Dr. Achim Kassow
Sprecher



Dr. Stefan Friedmann

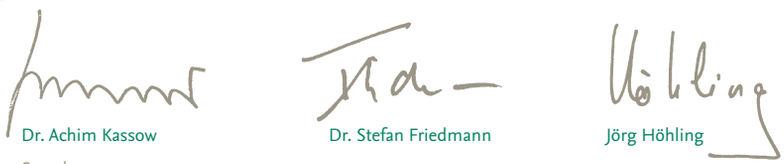
Jörg Höhling

# Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Oldenburg, den 28. Februar 2012
Oldenburgische Landesbank AG

Der Vorstand



Dr. Achim Kassow
Sprecher

Dr. Stefan Friedmann

Jörg Höhling

# *Abschluss*

# HGB-Bilanz zum 31. Dezember 2011

| **Aktiva** Euro | 2011 | 2010 |
|---|---|---|
| 1. Barreserve | **136.737.848,98** | **155.242.355,16** |
| a) Kassenbestand | 68.864.365,22 | 68.832.097,16 |
| b) Guthaben bei Zentralnotenbanken | 67.873.483,76 | 86.410.258,00 |
| darunter: bei der Deutschen Bundesbank 67.873 Tsd. Euro (Vj.: 86.410 Tsd. Euro) | | |
| c) Guthaben bei Postgiroämtern | — | — |
| 2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind | — | — |
| a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen | — | — |
| b) Wechsel | — | — |
| 3. Forderungen an Kreditinstitute | **921.396.497,58** | **1.522.601.777,97** |
| a) täglich fällig | 217.696.003,82 | 61.649.618,85 |
| b) andere Forderungen | 703.700.493,76 | 1.460.952.159,12 |
| 4. Forderungen an Kunden | **9.673.844.731,11** | **9.366.423.486,91** |
| a) darunter: durch Grundpfandrechte gesichert 4.849.957 Tsd. Euro (Vj.: 4.710.021 Tsd. Euro) | | |
| darunter: Kommunalkredite 115.718 Tsd. Euro (Vj.: 92.741 Tsd. Euro) | | |
| 5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | **2.107.364.288,87** | **1.819.473.614,02** |
| a) Geldmarktpapiere | — | 85.426.349,46 |
| aa) von öffentlichen Emittenten | — | 85.426.349,46 |
| darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank 0 Tsd. Euro (Vj.: 85.426 Tsd. Euro) | | |
| ab) von anderen Emittenten | — | — |
| darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank 0 Tsd. Euro (Vj.: 0 Tsd. Euro) | | |
| b) Anleihen und Schuldverschreibungen | 2.107.364.288,87 | 1.734.047.264,56 |
| ba) von öffentlichen Emittenten | 596.962.133,51 | 341.102.221,99 |
| darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank 596.962 Tsd. Euro (Vj.: 341.102 Tsd. Euro) | | |
| bb) von anderen Emittenten | 1.510.402.155,36 | 1.392.945.042,57 |
| darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank 1.510.402 Tsd. Euro (Vj.: 1.372.901 Tsd. Euro) | | |
| c) eigene Schuldverschreibungen | — | — |
| Nennbetrag 0 Tsd. Euro (Vj.: 0 Tsd. Euro) | | |
| 6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere | **178.287.287,75** | **185.430.629,73** |
| 6a. Handelsbestand | **284.445.826,18** | **1.139.987.911,87** |
| 7. Beteiligungen | **880.424,95** | **879.146,72** |
| darunter: an Kreditinstituten 379 Tsd. Euro (Vj.: 379 Tsd. Euro) | | |
| darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten 0 Tsd. Euro (Vj.: 0 Tsd. Euro) | | |
| 8. Anteile an verbundenen Unternehmen | **14.870.249,72** | **14.520.249,72** |
| darunter: an Kreditinstituten 14.792 Tsd. Euro (Vj.: 14.442 Tsd. Euro) | | |
| darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten 0 Tsd. Euro (Vj.: 0 Tsd. Euro) | | |
| 9. Treuhandvermögen | **14.540.439,07** | **19.058.703,45** |
| darunter: Treuhandkredite 14.540 Tsd. Euro (Vj.: 19.059 Tsd. Euro) | | |
| 10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch | — | — |
| 11. Immaterielle Anlagewerte | **9.966.564,07** | **7.943.279,38** |
| a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte | — | — |
| b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte wie Lizenzen an solchen Rechten und Werten | 9.966.564,07 | 7.943.279,38 |
| c) Geschäfts- oder Firmenwert | — | — |
| d) geleistete Anzahlungen | — | — |
| 12. Sachanlagen | **76.020.443,24** | **77.653.901,47** |
| 13. Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital | — | — |
| darunter: eingefordert 0 Tsd. Euro (Vj.: 0 Tsd. Euro) | | |
| 14. Sonstige Vermögensgegenstände | **56.130.566,24** | **42.376.417,26** |
| darunter: an verbundenen Unternehmen 32.835 Tsd. Euro (Vj.: 26.831 Tsd. Euro) | | |
| 15. Rechnungsabgrenzungsposten | **25.871.393,56** | **27.396.698,29** |
| 16. Aktive latente Steuern | — | — |
| 17. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung | — | — |
| 18. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag | — | — |
| **Summe der Aktiva** | **13.500.356.561,32** | **14.378.988.171,95** |

| Passiva Euro | 2011 | 2010 |
|---|---|---|
| 1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | **3.511.393.891,30** | **3.915.964.870,57** |
| a) täglich fällig | 148.659.929,74 | 74.902.994,36 |
| b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist | 3.362.733.961,56 | 3.841.061.876,21 |
| 2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | **7.405.697.456,92** | **7.097.045.240,52** |
| a) Spareinlagen | 2.044.012.366,22 | 1.624.856.902,57 |
| aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten | 1.325.411.340,56 | 887.018.894,77 |
| ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten | 718.601.025,66 | 737.838.007,80 |
| b) andere Verbindlichkeiten | 5.361.685.090,70 | 5.472.188.337,95 |
| ba) täglich fällig | 3.589.241.680,11 | 3.556.953.659,20 |
| bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist | 1.772.443.410,59 | 1.915.234.678,75 |
| 3. Verbriefte Verbindlichkeiten | **1.454.857.212,34** | **2.242.206.863,88** |
| a) begebene Schuldverschreibungen | 1.454.857.212,34 | 2.242.206.863,88 |
| b) andere verbriefte Verbindlichkeiten | — | — |
| darunter: Geldmarktpapiere 0 Tsd. Euro (Vj.: 0 Tsd. Euro) | | |
| darunter: eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf 0 Tsd. Euro (Vj.: 0 Tsd. Euro) | | |
| 3a. Handelsbestand | **5.228.354,83** | **4.745.613,36** |
| 4. Treuhandverbindlichkeiten | **14.540.439,07** | **19.058.703,45** |
| darunter: Treuhandkredite 14.540 Tsd. Euro (Vj.: 19.059 Tsd. Euro) | | |
| 5. Sonstige Verbindlichkeiten | **13.256.051,32** | **12.407.248,72** |
| 6. Rechnungsabgrenzungsposten | **49.241.439,00** | **56.810.232,47** |
| 6a. Passive latente Steuern | — | — |
| 7. Rückstellungen | **203.184.108,38** | **186.923.321,38** |
| a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen | 120.266.499,60 | 110.561.447,25 |
| b) Steuerrückstellungen | 11.431.622,83 | 13.454.063,68 |
| c) andere Rückstellungen | 71.485.985,95 | 62.907.810,45 |
| 8. Nachrangige Verbindlichkeiten | **283.230.269,46** | **262.392.700,41** |
| 9. Genussrechtskapital | — | — |
| darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig 0 Tsd. Euro (Vj.: 0 Tsd. Euro) | | |
| 10. Fonds für allgemeine Bankrisiken | **12.890.512,98** | **12.890.512,98** |
| darunter: Zuführungen nach § 340e Abs. 4 HGB 108 Tsd. Euro (Vj.: 108 Tsd. Euro) | | |
| 11. Eigenkapital | **546.836.825,72** | **568.542.864,21** |
| a) gezeichnetes Kapital | 60.468.571,80 | 60.468.571,80 |
| b) Kapitalrücklage | 208.306.686,77 | 208.306.686,77 |
| c) Gewinnrücklagen | 276.510.462,64 | 250.064.849,10 |
| ca) gesetzliche Rücklage | 171.066,50 | 171.066,50 |
| cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen | — | — |
| cc) satzungsmäßige Rücklagen | — | — |
| cd) andere Gewinnrücklagen | 276.339.396,14 | 249.893.782,60 |
| d) Bilanzgewinn / Bilanzverlust | 1.551.104,51 | 49.702.756,54 |
| **Summe der Passiva** | **13.500.356.561,32** | **14.378.988.171,95** |

| | | |
|---|---|---|
| 1. Eventualverbindlichkeiten | **330.789.449,80** | **353.924.004,41** |
| a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln | — | — |
| b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen | 330.789.449,80 | 353.924.004,41 |
| c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten | — | — |
| 2. Andere Verpflichtungen | **489.494.000,00** | **615.912.000,00** |
| a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften | — | — |
| b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen | — | — |
| c) Unwiderrufliche Kreditzusagen | 489.494.000,00 | 615.912.000,00 |

# Gewinn- und Verlustrechnung der Oldenburgische Landesbank AG für den Zeitraum vom 1.1.–31.12.2011

| **Aufwendungen** Euro | **2011** | **2010** |
|---|---|---|
| 1. Zinsaufwendungen | **324.703.922,33** | **273.757.663,37** |
| 2. Provisionsaufwendungen | **48.242.004,98** | **53.037.280,22** |
| 3. Nettoaufwand des Handelsbestandes | **2.942.340,10** | **—** |
| 4. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen | **280.093.663,71** | **280.812.166,71** |
| a) Personalaufwand | 169.566.700,60 | 168.705.137,60 |
| aa) Löhne und Gehälter | 136.206.081,15 | 138.110.068,42 |
| ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung | 33.360.619,45 | 30.595.069,18 |
| darunter: für Altersversorgung 9.618 Tsd. Euro (Vj.: 6.466 Tsd. Euro) | | |
| b) andere Verwaltungsaufwendungen | 110.526.963,11 | 112.107.029,11 |
| 5. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen | **15.013.409,83** | **15.771.039,37** |
| 6. Sonstige betriebliche Aufwendungen | **12.292.522,43** | **14.561.558,29** |
| 7. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft | **82.725.543,31** | **11.374.737,51** |
| 8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere | **—** | **—** |
| 9. Aufwendungen aus Verlustübernahme | **7.830,99** | **5.079,85** |
| 10. Außerordentliche Aufwendungen | **8.524.245,22** | **7.900.723,54** |
| 11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag | **171.493,14** | **20.926.245,67** |
| 12. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 6 ausgewiesen | **639.817,90** | **778.829,30** |
| 13. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne | **—** | **—** |
| 14. Jahresüberschuss | **1.551.104,51** | **49.702.756,54** |
| **Summe der Aufwendungen** | **776.907.898,45** | **728.628.080,37** |

# Gewinn- und Verlustrechnung der Oldenburgische Landesbank AG für den Zeitraum vom 1.1.–31.12.2011

| **Erträge** Euro | **2011** | **2010** |
|---|---|---|
| 1. Zinserträge aus | **563.744.864,97** | **504.140.993,12** |
| a) Kredit- und Geldmarktgeschäften | 501.736.929,46 | 459.030.878,58 |
| b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen | 62.007.935,51 | 45.110.114,54 |
| 2. Laufende Erträge aus | **6.239.681,66** | **7.872.795,97** |
| a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren | 5.219.746,31 | 7.686.879,44 |
| b) Beteiligungen | 138.998,51 | 185.916,53 |
| c) Anteilen an verbundenen Unternehmen | 880.936,84 | — |
| 3. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen | **472.642,23** | **240.128,25** |
| 4. Provisionserträge | **128.071.292,82** | **136.372.912,54** |
| 5. Nettoertrag des Handelsbestandes | — | **796.354,14** |
| 6. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft | — | — |
| 7. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren | — | — |
| 8. Sonstige betriebliche Erträge | **78.379.416,77** | **78.764.059,17** |
| 10. Außerordentliche Erträge | — | **440.837,18** |
| 11. Erträge aus Verlustübernahme | — | — |
| 12. Jahresfehlbetrag | — | — |
| **Summe der Erträge** | **776.907.898,45** | **728.628.080,37** |

| | | |
|---|---|---|
| 1. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag | **1.551.104,51** | **49.702.756,54** |
| 2. Gewinnvortrag / Verlustvortrag aus dem Vorjahr | — | — |
| 3. Entnahmen aus der Kapitalrücklage | — | — |
| 4. Entnahmen aus Gewinnrücklagen | — | — |
| a) aus der gesetzlichen Rücklage | — | — |
| b) aus der Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Untenehmen | — | — |
| c) aus satzungsmäßigen Rücklagen | — | — |
| d) aus anderen Gewinnrücklagen | — | — |
| 5. Entnahmen aus Genussrechtskapital | — | — |
| 6. Einstellungen in Gewinnrücklagen | — | — |
| a) in die gesetzliche Rücklage | — | — |
| b) in die Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Untenehmen | — | — |
| c) in satzungsmäßige Rücklagen | — | — |
| d) in andere Gewinnrücklagen | — | — |
| 7. Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals | — | — |
| **8. Bilanzgewinn / Bilanzverlust** | **1.551.104,51** | **49.702.756,54** |

# Anhang

# Anhang

## I. Allgemeine Angaben

**Vorschriften zur Rechnungslegung**

Die Bank hat ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) unter Beachtung der Regelungen des Aktiengesetzes aufgestellt.

**Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

Barreserven sind zu Nennwerten bilanziert, Sortenbestände unter Berücksichtigung der zum Jahresende gültigen Kurse (Schlusskurse) bewertet.

Forderungen sind grundsätzlich zum Nennwert angesetzt, gegebenenfalls unter Absetzung darauf entfallender Wertberichtigungen. Ein Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungsbetrag und Nennbetrag wird – sofern Zinscharakter vorliegt – in die Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig erfolgswirksam aufgelöst. Unverzinsliche Forderungen sind zum Barwert angesetzt.

Der Gesamtbestand an Risikovorsorge setzt sich zusammen aus der aktivisch abgesetzten Risikovorsorge für Forderungen und der passivisch unter den Rückstellungen ausgewiesenen Risikovorsorge für Eventualverbindlichkeiten. Bonitätsrisiken im Kreditgeschäft sind durch die Bildung von Wertberichtigungen und Rückstellungen gedeckt. Die Ermittlung der Risikovorsorge erfolgte wie im Vorjahr in der Weise, wie sie auch nach den Bestimmungen der International Financial Reporting Standards (IFRS) gebildet wird. Dabei wird unterschieden in das Mengenkreditgeschäft mit nahezu gleich verteiltem Risiko (homogenes Portfolio), das Einzelkreditgeschäft mit individuellem Risiko sowie die jeweils dazugehörenden Vorsorgearten PLLP (Portfolio Loan Loss Provision), SLLP (Specific Loan Loss Provision) und die Pauschalwertberichtigungen GLLP (General Loan Loss Provision), für die die Bank infolge der im Geschäftsjahr 2011 eingetretenen Entwicklungen auf dem Schiffsmarkt zwischen dem Schiffsportfolio und dem übrigen nicht homogenen Portfolio unterscheidet. Für das Schiffsportfolio hat sich im Jahr 2011 eine Netto-Veränderung der GLLP von insgesamt 13,2 Mio. Euro ergeben. Darüber hinaus bestehen Vorsorgereserven gemäß § 340g HGB. Für Kredite, für die eine SLLP besteht, werden keine Zinsabgrenzungen berücksichtigt.

In der Gewinn- und Verlustrechnung haben wir von dem Wahlrecht nach § 340f Abs. 3 HGB Gebrauch gemacht und in die Position „Risikovorsorge“ den Saldo aus Aufwendungen und Erträgen eingestellt.

Der überwiegende Teil der im Eigenbestand gehaltenen Wertpapiere wird im Liquiditätsbestand geführt. Dieser Wertpapierbestand wurde nach dem strengen Niederstwertprinzip mit den Anschaffungskosten beziehungsweise den niedrigeren Börsenkursen oder beizulegenden Werten unter Berücksichtigung des Wertaufholungsgebotes angesetzt.

Im Jahr 2011 wurde bei den Wertpapieren eine Umwidmung zwischen den Kategorien Liquiditätsreserve und Anlagevermögen vorgenommen, da sich die vom Management festgelegte Zweckbestimmung seit deren erstmaligem Ansatz geändert hat. Eine entsprechende Dokumentation hat stattgefunden.

Diese Bestände an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, die dauerhaft gehalten werden sollen, werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bilanziert. Dies bedeutet, dass die betreffenden Wertpapiere zu Anschaffungskosten abzüglich voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen ausgewiesen sind.

Es sind Prozesse installiert, die sicherstellen, dass dauerhafte bonitätsinduzierte Wertminderungen von temporären zinsinduzierten Kursänderungen unterschieden werden können.

Finanzinstrumente des Handelsbestandes werden zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlages bewertet. Die Bewertung dieser Finanzinstrumente (Festverzinsliche Wertpapiere, Aktien, Investmentfonds, Termingeschäfte, Optionen, Swaps, Futures) erfolgt unter Anwendung der Bewertungsvorschriften des § 340e HGB.

Zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwertes nicht derivativer Finanzinstrumente des Handelsbestands wird der jeweilige Börsen- oder Marktkurs des Bilanzstichtages herangezogen. In Fällen geringer oder fehlender Börsenumsätze werden Preismodelle des Marktinformationsanbieters Bloomberg zur Bewertung herangezogen.

Die zurückgekauften eigenen Schuldverschreibungen werden mit Kursen bewertet, die aus einem internen Modell stammen. Grundlagen für dieses Modell sind Opportunitätszinssätze und Swapsätze. Diese Kurse werden jährlich der Deutschen Wertpapierzentrale (DWZ) mitgeteilt. Die eigenen Anleihen sind nicht börsennotiert.

Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands werden, soweit sie an einem aktiven Markt gehandelt werden, mit diesem Börsen- oder Marktkurs des Bilanzstichtages bewertet. Liegt kein Börsen- oder Marktkurs vor, so werden vorrangig rein auf Marktdaten beruhende Bewertungsmodelle angewandt.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten bewertet. Abschreibungen auf einen niedrigeren beizulegenden Wert werden bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung vorgenommen.

Wertaufholungen werden maximal bis zur Höhe der Anschaffungskosten vorgenommen, soweit die Gründe für eine Abschreibung nicht mehr bestehen.

Gegenstände des Sachanlagevermögens und der immateriellen Anlagewerte, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden entsprechend den steuerlichen Möglichkeiten abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 150 Euro Anschaffungskosten werden im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten mehr als 150 Euro betragen, aber 1 Tsd. Euro nicht übersteigen, werden gemäß § 6 Abs. 2a EStG in einen Sammelposten eingestellt und über fünf Jahre linear abgeschrieben. Bei Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung erfolgt eine außerplanmäßige Abschreibung.

Verbindlichkeiten werden zu ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt. Werden diese mit einem Disagio aufgenommen, ist der zeitanteilige Abschlag in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten bilanziert.

Rückstellungen werden nach Maßgabe vernünftiger kaufmännischer Beurteilung mit dem notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt und bei einer Laufzeit von mehr als einem Jahr mit dem ihrer Laufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre, wie er von der Deutschen Bundesbank nach Maßgabe der Rückstellungsabzinsungsverordnung veröffentlicht wird, abgezinst.

Die Pensionsrückstellungen sind nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet. Der aus der Erstanwendung von BilMoG resultierende Umstellungsaufwand wird auf bis zu 15 Jahre verteilt. Im Geschäftsjahr 2011 wird im Wesentlichen ein Fünfzehntel dieses Betrages als außerordentlicher Aufwand erfasst. Die Rückstellungen für Mitarbeiterjubiläen, Altersteilzeit und Vorruhestandsleistungen werden ebenfalls nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt und in voller Höhe passiviert.

Wenn sich die Höhe von Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen ausschließlich nach dem beizulegenden Zeitwert von Wertpapieren bestimmt, werden die Rückstellungen hierfür zum beizulegenden Zeitwert dieser Wertpapiere angesetzt, soweit er einen garantierten Mindestbetrag übersteigt.

Der Effekt aus einer Änderung des Diskontierungszinssatzes wird im Sonstigen Ergebnis ausgewiesen.

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen werden zum Nennbetrag abzüglich gebildeter Rückstellungen bilanziert.

**Währungsumrechnung**

Die Währungsumrechnung erfolgt gemäß § 340h HGB i. V. m. § 256a HGB. Auf ausländische Währung lautende andere Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten sowie am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelte Kassageschäfte werden zum EZB-Referenzkurs des Bilanzstichtages umgerechnet.

Noch nicht abgewickelte Termingeschäfte werden mit dem Terminkurs des Bilanzstichtages bewertet. Kundengeschäfte in Fremdwährung unterliegen je Währung einer besonderen Deckung. Besondere Deckung liegt vor, wenn sich je Währung Devisentermin- und Kassageschäfte in Summe ausgleichen. Etwaige Bewertungsüberhänge aus solchen Geschäften werden durch aufbauorganisatorische Vorkehrungen arbeitstäglich in den Handelsbestand übernommen und unterliegen dort einer engen Limitierung und Überwachung.

## II. Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

**Laufzeitengliederung von Bilanzpositionen nach Restlaufzeiten (§ 9 RechKredV)**

| Mio. Euro | 2011 | 2010 |
|---|---|---|
| Forderungen an Kreditinstitute | **921** | **1.523** |
| b) andere Forderungen | 703 | 1.461 |
| davon mit einer Restlaufzeit von | | |
| – bis zu drei Monaten | 695 | 1.402 |
| – mehr als drei Monaten bis zu einem Jahr | — | 50 |
| – mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren | 7 | 6 |
| – mehr als fünf Jahren | 1 | 3 |
| Forderungen an Kunden | **9.674** | **9.366** |
| mit unbestimmter Laufzeit | 1.015 | 849 |
| mit einer Restlaufzeit von | | |
| – bis zu drei Monaten | 600 | 555 |
| – mehr als drei Monaten bis zu einem Jahr | 595 | 609 |
| – mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren | 2.364 | 2.324 |
| – mehr als fünf Jahren | 5.100 | 5.029 |
| Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | **2.107** | **1.819** |
| davon im Geschäftsjahr 2012 (2011) fällig | 368 | 359 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | **3.511** | **3.916** |
| b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist | 3.362 | 3.841 |
| davon mit einer Restlaufzeit von | | |
| – bis zu drei Monaten | 399 | 1.075 |
| – mehr als drei Monaten bis zu einem Jahr | 202 | 294 |
| – mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren | 1.229 | 1.013 |
| – mehr als fünf Jahren | 1.532 | 1.459 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | **7.406** | **7.097** |
| a) Spareinlagen | 2.044 | 1.625 |
| ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten | 719 | 738 |
| davon mit einer Restlaufzeit von | | |
| – bis zu drei Monaten | 13 | 10 |
| – mehr als drei Monaten bis zu einem Jahr | 540 | 621 |
| – mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren | 166 | 107 |
| – mehr als fünf Jahren | — | — |
| b) andere Verbindlichkeiten | 5.362 | 5.472 |
| bb) mit einer vereinbarten Laufzeit oder Kündigungsfrist | 1.772 | 1.915 |
| davon mit einer Restlaufzeit von | | |
| – bis zu drei Monaten | 562 | 922 |
| – mehr als drei Monaten bis zu einem Jahr | 362 | 160 |
| – mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren | 373 | 312 |
| – mehr als fünf Jahren | 475 | 521 |
| Verbriefte Verbindlichkeiten | **1.455** | **2.242** |
| a) begebene Schuldverschreibungen | 1.455 | 2.242 |
| davon im Geschäftsjahr 2012 (2011) fällig | 202 | 128 |
| b) andere verbriefte Verbindlichkeiten | — | — |
| davon mit einer Restlaufzeit von | | |
| – bis zu drei Monaten | — | — |
| – mehr als drei Monaten bis zu einem Jahr | — | — |
| – mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren | — | — |
| – mehr als fünf Jahren | — | — |

## Aufgliederung „6a Handelsbestand Aktiv“ und „3a Handelsbestand Passiv“

| Mio. Euro | 2011 |
|---|---|
| 6a Handelsbestand Aktiv | |
| Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere | 0,7 |
| Eigene Schuldverschreibungen | 279,9 |
| Positive Marktwerte aus Derivaten | 5,1 |
| Risikoabschlag | –1,3 |
| **Gesamt** | **284,4** |
| 3a Handelsbestand Passiv | |
| Negative Marktwerte aus Derivaten | 5,2 |

Der verwendete Risikoabschlag setzt sich zusammen aus dem im Risikobericht genannten Anrechnungsbetrag für die Marktpreisrisiken des Handelsbuches gemäß Solvabilitätsverordnung („Value-at-Risk-Abschlag“), der von einem Konfidenzniveau von 99 % bei 10 Tagen Haltedauer ausgeht, und einem zusätzlichen Abschlag für hiervon nicht abgedeckte zurückgekaufte eigene Schuldverschreibungen, der sich aus dem nicht realisierten Buchgewinn zum Bilanzstichtag ergibt. Per 31. Dezember 2011 betrug der Gesamtbetrag des Risikoabschlags 1,3 Mio. Euro. Der Value-at-Risk-Abschlag berücksichtigt auch den Handelsbestand Passiv.

Gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 6c RechKredV sind geänderte institutsinterne Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand im Geschäftsjahr anzugeben. Institutsinterne Änderungen lagen nicht vor. Die zurückgekauften, eigenen Schuldverschreibungen werden mit der Einführung von BilMoG in der Position „6a Handelsbestand“ ausgewiesen.

## Forderungen und Verbindlichkeiten an beziehungsweise gegenüber verbundenen Unternehmen

| Mio. Euro | 2011 | 2010 |
|---|---|---|
| Forderungen: | | |
| Forderungen an Kreditinstitute[1] | 8 | 9 |
| Forderungen an Kunden | 22 | 24 |
| Treuhandvermögen | 1 | 1 |
| Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere | 176 | 184 |
| Sonstige Vermögensgegenstände | 33 | 27 |
| **Gesamt** | **240** | **245** |
| Verbindlichkeiten: | | |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 101 | 79 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | 47 | 25 |
| Treuhandverbindlichkeiten | 1 | 1 |
| Rückstellungen Sonstige Verbindlichkeiten | 16 | 11 |
| **Gesamt** | **165** | **116** |

1 Davon 2,2 Mio. Euro Nachrangige Forderungen

Es bestanden Avalkredite gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 0,7 Mio. Euro.

Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, betrugen 0,5 Mio. Euro (Vorjahr: 0,4 Mio. Euro), Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, betrugen 0,7 Mio. Euro (Vorjahr: 0,7 Mio. Euro).

Treuhandgeschäfte

| Mio. Euro | 2011 | 2010 |
|---|---|---|
| **Treuhandvermögen:** | | |
| Forderungen an Kunden | 15 | 19 |
| **Gesamt** | **15** | **19** |
| **Treuhandverbindlichkeiten:** | | |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 11 | 14 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | 4 | 5 |
| **Gesamt** | **15** | **19** |

Fremdwährungsvolumina

Gesamtbetrag aller auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden:

| Mio. Euro | 2011 | 2010 |
|---|---|---|
| Vermögensgegenstände | 104 | 82 |
| Schulden | 45 | 29 |

Wertpapiere und Finanzanlagen

In den nachfolgenden Bilanzposten enthaltene börsenfähige Wertpapiere:

| Mio. Euro | 2011 | | |
|---|---|---|---|
| | **Gesamt** | **börsennotiert** | **nicht börsennotiert** |
| Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | **2.107** | 2.107 | — |
| Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere | **178** | — | 178 |
| Beteiligungen | **1** | — | 1 |
| Anteile an verbundenen Unternehmen | **15** | — | 15 |

In den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind Papiere im Wert von 367,8 Mio. Euro enthalten, die im Geschäftsjahr 2012 fällig werden.

Anteile an inländischem Investmentvermögen i. S. d. § 1 InvG

Die Anteile an inländischem Investmentvermögen bestehen gemäß deren Anlagezielen in einem Rentenspezialfonds überwiegend aus festverzinslichen Wertpapieren erstklassiger Bonität (AllianzGI-Fonds WE). Darüber hinaus besteht ein Spezialfonds mit einem Aktienschwerpunkt (AllianzGI-Fonds Ammerland), um gemäß Anlageziel Renditechancen zu nutzen und das Risikoprofil zu optimieren.

| Mio. Euro | Bilanzwert 31.12.2011 | Marktwert 31.12.2011 | Differenz Buchwert zu Marktwert | Ausschüttung 2011 |
|---|---|---|---|---|
| AllianzGI-Fonds WE | 99,3 | 99,3 | — | 5,1 |
| AllianzGI-Fonds Ammerland | 76,6 | 76,6 | — | — |

Die Ausschüttung erfolgte aus Erträgen. Eine tägliche Rückgabe der Anteile ist möglich. Es gab keine unterlassenen Abschreibungen.

## Entwicklung des Anlagevermögens

| Mio. Euro | Anschaffungs-/ Herstellungskosten | Zugänge Geschäftsjahr | Umbuchungen Geschäftsjahr | Abgänge Geschäftsjahr | Abschreibungen Gesamt | Abschreibungen Geschäftsjahr | Restbuchwert 2011 | Restbuchwert 2010 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Wertpapiere des Anlagevermögens | — | 425,5 | — | — | — | — | **425,5** | — |
| Beteiligungen | 0,9 | — | — | — | — | — | **0,9** | 0,9 |
| Anteile an verbundenen Unternehmen | 14,5 | 0,4 | — | — | — | — | **14,9** | 14,5 |
| Sachanlagen | | | | | | | | |
| Grundstücke und Gebäude[1] | 106,8 | — | — | 2,5 | 64,0 | 1,9 | **40,3** | 43,1 |
| Betriebs- und Geschäftsausstattung[2] | 118,5 | 11,7 | — | 3,0 | 91,5 | 10,5 | **35,7** | 34,6 |
| Immaterielle Vermögensgegenstände | 23,4 | 4,7 | — | — | 18,1 | 2,6 | **10,0** | 7,9 |

1 Die Grundstücke und Gebäude werden zu 99 % (dies entspricht einem korrespondierenden Betrag von 39,9 Mio. Euro) im Rahmen unserer eigenen Tätigkeit genutzt.
2 Die Abschreibungen des Geschäftsjahres enthalten Abschreibungen auf Leasinggegenstände in Höhe von 73,0 Tsd. Euro.

Die Wertpapiere des Anlagevermögens werden in getrennten Portfolios geführt. Durch zinsinduzierte Bewertung resultierte zum 31. Dezember 2011 ein beizulegender Zeitwert in Höhe von 418,9 Mio. Euro. Aufgrund der voraussichtlich nur vorübergehenden Wertminderung dieser Papiere wurden keine Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

### Finanzierungs-Leasingverhältnisse

Im Jahre 2010 hat die OLB einen Vertrag über das Leasing von Geldautomaten und Serviceterminals abgeschlossen, der als Finanzierungs-Leasingverhältnis einzustufen ist und in den Sachanlagen ausgewiesen wurde. Der Nettobuchwert der angeschafften Geräte betrug am 31. Dezember 2011 337 Tsd. Euro (Vorjahr: 80 Tsd. Euro). Die Fälligkeit der Vereinbarungen mit Mindestleasingraten in Höhe von 360 Tsd. Euro (Vorjahr: 85 Tsd. Euro) beträgt zwischen drei und fünf Jahren (Vorjahr: zwischen vier und fünf Jahren). Der Barwert dieser Mindestleasingraten wurde auf Basis eines aufgrund der Vertragsbedingungen ermittelten kalkulatorischen Zinssatzes ermittelt und beträgt 337 Tsd. Euro (Vorjahr: 80 Tsd. Euro). Es sind keine bedingten Mietzahlungen in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst worden.

### Sonstige Vermögensgegenstände

In den sonstigen Vermögensgegenständen sind neben Steuererstattungsansprüchen an das Finanzamt in Höhe von 19,2 Mio. Euro, Forderungen an die Allianz Deutschland AG wegen der zu erstattenden Aufwendungen für den Betrieb des Allianz Bankgeschäftes in Höhe von 8,4 Mio. Euro und Provisionsforderungen der Allianz Bank in Höhe von 7,0 Mio. Euro vor allem Forderungen aus Unfallversicherungen mit Beitragsrückgewähr, Forderungen aus CTA Altersteilzeit sowie Provisions- und Gewinnansprüche ausgewiesen.

### Rechnungsabgrenzungsposten

In den Rechnungsabgrenzungsposten auf der Aktivseite sind Disagiobeträge aus Verbindlichkeiten in Höhe von 24,8 Mio. Euro gemäß § 250 Abs. 3 HGB i. V. m. § 268 Abs. 6 HGB enthalten.

### In Pension gegebene Vermögensgegenstände

Zum Bilanzstichtag waren Wertpapiere der Bank von nominal 652,6 Mio. Euro bei der XEMAC verpfändet. Zum Jahresultimo wurde von den Refinanzierungsmöglichkeiten kein Gebrauch gemacht. Für die Besicherung des Eurex-Eigenhandels wurden Wertpapiere im Nennwert von 75 Mio. Euro bei Cortal Consors hinterlegt.

Am Bilanzstichtag gab es Rücknahmeverpflichtungen in Höhe von 227,1 Mio. Euro für in Pension gegebene Vermögenswerte aus dem Repo-Geschäft.

Pensions-rückstellungen

Die Oldenburgische Landesbank AG hat Pensionszusagen erteilt, für die Pensionsrückstellungen gebildet werden.

Der Erfüllungsbetrag wird auf Basis der Projected-Unit-Credit-Methode ermittelt beziehungsweise als Barwert der erworbenen Anwartschaft ausgewiesen.

| in % | 2011 |
|---|---|
| Diskontierungszinssatz | 5,13 |
| Rententrend | 1,90 |
| Gehaltstrend (inkl. durchschnittlichem Karrieretrend) | 3,25 |

Abweichend hiervon werden bei einem Teil der Pensionszusagen der Garantiezins der Pensionszusage von 2,75 % pro Jahr und die garantierte Rentendynamik von 1 % pro Jahr zugrunde gelegt.

Als biometrische Rechnungsgrundlagen werden die aktuellen Heubeck-Richttafeln RT2005G verwendet, die bezüglich der Sterblichkeit, Invalidisierung und Fluktuation an die unternehmensspezifischen Verhältnisse angepasst wurden.

Als Pensionierungsalter wird die vertraglich vorgesehene beziehungsweise die sich nach dem RV-Altergrenzenanpassungsgesetz 2007 ergebende Altersgrenze angesetzt.

Ein Teil der Pensionszusagen ist im Rahmen eines „Contractual Trust Arrangements“ (Methusalem Trust e. V.) abgesichert.

| Mio. Euro | 2011 |
|---|---|
| Anschaffungskosten der verrechneten Vermögensgegenstände | 2,6 |
| Beizulegender Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände | 2,6 |
| Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden | 156,3 |
| Nicht ausgewiesener Rückstellungsbetrag gemäß Art. 67 Abs. 2 EGHGB | 33,4 |

Steuerrückstellungen

Die Steuerrückstellungen betreffen Rückstellungen für Risiken aus noch nicht abgeschlossenen Betriebsprüfungen und für Steuerzahlungen aufgrund ausstehender Bescheide.

Andere Rückstellungen

Die anderen Rückstellungen von 71,5 Mio. Euro beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für das Kreditgeschäft, für die Bonifizierung von Spareinlagen, für Abschlussvergütungen und für Altersteilzeit, für Dienstleistungen Dritter, für Jubiläumsverpflichtungen, für Prozessrisiken sowie die Rückstellung für Restrukturierung.

Die Gesellschaft hat Verpflichtungen aus Altersteilzeitverträgen, die unter den Übrigen Rückstellungen ausgewiesen werden. Ein Teil dieser Verpflichtungen ist im Rahmen eines „Contractual Trust Arrangements“ (Methusalem Trust e. V.) abgesichert. Das im Methusalem Trust e. V. für das Altersteilzeit-Sicherungsguthaben reservierte Vermögen stellt saldierungsfähiges Deckungsvermögen dar, wobei als beizulegender Zeitwert der Aktivwert bzw. der Marktwert zugrunde gelegt wird.

Die Bewertung dieser Verpflichtungen erfolgt im Wesentlichen analog zu den Pensionszusagen und auf Basis der gleichen Rechnungsannahmen.

| Mio. Euro | 2011 |
|---|---|
| Anschaffungskosten der verrechneten Vermögensgegenstände | **3,5** |
| Beizulegender Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände | **3,6** |
| Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden | **7,2** |

### Rückstellungsspiegel

| Mio. Euro | Jahres-beginn | Verbrauch | Auflösung | Zuführung | Rechn. Zins | Umset-zungen | 2011 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen | 110,6 | 5,2 | — | 7,2 | 7,8 | –0,1 | **120,3** |
| b) Steuerrückstellungen | 13,4 | — | 3,5 | 1,5 | — | — | **11,4** |
| c) andere Rückstellungen | 62,9 | 32,0 | 8,8 | 50,1 | –0,4 | –0,3 | **71,5** |
| Betrieblicher Aufwand | 39,2 | 24,5 | 4,0 | 32,9 | 0,6 | –0,3 | **43,9** |
| Rückstellung im Kreditgeschäft | 6,4 | — | 2,5 | 0,3 | — | –0,1 | **4,1** |
| Sonstige | 17,3 | 7,5 | 2,3 | 16,9 | –1,0 | 0,1 | **23,5** |
| **Gesamt** | **186,9** | **37,2** | **12,3** | **58,8** | **7,4** | **–0,4** | **203,2** |

### Sonstige Verbindlichkeiten

Dieser Posten betrifft im Wesentlichen noch abzuführende Kapitalertragsteuer in Höhe von 6,4 Mio. Euro, noch abzuführende Lohnsteuer für Dezember 2011 sowie Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

### Rechnungsabgrenzungsposten

In den Rechnungsabgrenzungsposten auf der Passivseite sind 27,6 Mio. Euro Disagiobeträge und Bearbeitungsgebühren aus Forderungen gemäß § 340e Abs. 2 HGB enthalten.

### Nachrangige Verbindlichkeiten

Mittelaufnahmen von mehr als 10 % des Gesamtbetrages betreffen nachfolgende Positionen:

OLB-Inhaberschuldverschreibungen

| Betrag (Mio. Euro) | Nominalzinssatz (%) | Fälligkeit (Jahr) |
|---|---|---|
| 43 | 4 | 2017 |

Die nachrangigen Verbindlichkeiten betragen insgesamt nominal 274,5 Mio. Euro.

Für alle Mittelaufnahmen gilt:
Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung kann nicht entstehen. Die nachrangigen Verbindlichkeiten dürfen im Falle der Insolvenz oder der Liquidation erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden. Sie dienen der Verstärkung des haftenden Eigenkapitals entsprechend den Vorschriften des Kreditwesengesetzes.

Der gesamte Zinsaufwand für die nachrangigen Verbindlichkeiten betrug im Berichtsjahr 13,7 Mio. Euro.

Das Eigenkapital und die Reserven nach § 340g HGB der Bank veränderten sich wie folgt:

Eigenkapital und Reserven nach § 340g HGB

| Euro | | | |
|---|---|---|---|
| **Gezeichnetes Kapital (Grundkapital)** | | | **60.468.571,80** |
| Kapitalrücklage | | 208.306.686,77 | |
| Gewinnrücklagen | | | |
| a) Gesetzliche Rücklage | 171.066,50 | | |
| b) Rücklage für eigene Anteile | — | | |
| c) Andere Gewinnrücklagen Stand 1. Januar 2011 | 249.893.782,60 | | |
| Zuführung 2011 aus Bilanzgewinn 2010 | 26.445.613,54 | | |
| | | 276.510.462,64 | |
| **Rücklagen insgesamt** | | | **484.817.149,41** |
| Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB | 12.890.512,98 | | |
| Zuführung nach § 340e Abs. 4 HGB | — | | |
| | | | 12.890.512,98 |
| **Eigenkapital und Reserven nach § 340g HGB insgesamt** | | | **558.176.234,19** |

Das gezeichnete Kapital ist in 23.257.143 Stückaktien zerlegt. Die Stückaktien lauten auf den Inhaber.

Die Bank rechnet dem haftenden Eigenkapital nicht realisierte Reserven auf Wertpapiere nach § 10 Abs. 2b Satz 1 Nr. 7 KWG in Höhe von 7.098.147,61 Euro zu.

Die Allianz Deutschland AG hält eine Mehrheitsbeteiligung an der Oldenburgische Landesbank AG. Die OLB-Beteiligungsgesellschaft mbH, Oldenburg, besitzt mehr als 25 % des Kapitals.

Die Allianz SE, München, stellt einen Konzernabschluss auf, in den der Jahresabschluss der Oldenburgische Landesbank AG einbezogen ist. Der Konzernabschluss der Allianz SE wird im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht.

Genehmigtes Kapital

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 21. Mai 2012 mit Zustimmung des Aufsichtsrates durch Ausgabe neuer Stückaktien gegen Bareinlagen einmalig oder mehrfach, jedoch insgesamt höchstens um 15 Mio. Euro zu erhöhen. Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen; der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates Spitzenbeträge von dem Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen. Hiervon wurde im abgelaufenen Jahr kein Gebrauch gemacht.

Eigene Aktien

Gemäß Beschluss durch die Hauptversammlung vom 27. Mai 2010 ist der Vorstand ermächtigt, eigene Aktien der Oldenburgische Landesbank AG zum Zwecke des Wertpapierhandels mit der Maßgabe zu erwerben, dass der Handelsbestand der zu diesem Zweck zu erwerbenden Aktien fünf vom Hundert des Grundkapitals am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen darf.

Aufgrund dieses Beschlusses dürfen Aktien nur erworben werden, wenn der Gegenwert je Aktie den Durchschnitt der im amtlichen Kursblatt der Börse Hamburg veröffentlichten Schlusspreise für die Aktien der OLB an den dem Erwerb vorausgehenden drei Börsentagen um nicht mehr als 10 % übersteigt oder unterschreitet.

Am 31. Dezember 2011 hatte die OLB keine eigenen Aktien im Bestand.

Zum Jahresende hatte die OLB 16.747 Stück Eigene Aktien mit einem Nennwert von 44 Tsd. Euro, das sind 0,07 % des Grundkapitals der Bank, in Pfand genommen.

## Ausschüttungssperre

Gemäß § 268 Abs. 8 HGB sind folgende Beträge ausschüttungsgesperrt:

| Tsd. Euro | |
|---|---|
| **Ausschüttungsgesperrte Beträge** | |
| Ertrag aus der Bewertung des Deckungsvermögens der Altersteilzeit zum beizulegenden Zeitwert oberhalb der Anschaffungskosten | 84,7 |
| Ertrag aus der Bewertung des Deckungsvermögens der Altersvorsorge zum beizulegenden Zeitwert oberhalb der Anschaffungskosten | 58,8 |
| **Gesamtbetrag** | **143,5** |

## Sicherheitsleistungen für eigene Verbindlichkeiten

| Mio. Euro | 2011 |
|---|---|
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 2.988 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | 1 |
| **Gesamtbetrag der übertragenen Sicherheiten** | **2.989** |

## Eventualverbindlichkeiten

| Mio. Euro | 2011 |
|---|---|
| Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln | — |
| davon bei der Deutschen Bundesbank rediskontiert | — |
| Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen | 331 |
| davon Kreditbürgschaften | 15 |
| davon Sonstige Bürgschaften und Gewährleistungen | 311 |
| davon Akkreditive | 5 |
| davon Akkreditiveröffnungen | 5 |
| davon Akkreditivbestätigungen | — |
| Haftung aus den Bestellungen von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten | — |

Soweit sich aus den zugrunde liegenden Kundenverbindungen Risiken der Inanspruchnahme ergeben, wurde für diese Risiken durch Rückstellungsbildung Vorsorge getroffen. In allen Fällen lag die geschätzte Inanspruchnahmewahrscheinlichkeit unter 50 %. Die Verpflichtungen werden kreditmäßig überwacht und beordnet.

## Andere Verpflichtungen

| Mio. Euro | 2011 |
|---|---|
| Unwiderrufliche Kreditzusagen | 489 |
| Buchkredite kurzfristig | 123 |
| Buchkredite langfristig | 225 |
| Akzeptkredite | — |
| Avalkredite | 97 |
| Hypothekendarlehen | 44 |

Bei den unwiderruflichen Kreditzusagen handelt es sich hinsichtlich der angegebenen Volumina um noch nicht in Anspruch genommene Verpflichtungen.

## Sonstige betriebliche Aufwendungen und Erträge

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Erträge nehmen Posten auf, die anderen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung nicht zugeordnet werden können. Im Bereich der Aufwendungen handelt es sich per 31. Dezember 2011 insbesondere um Ergebnis belastende Effekte aus der Aufzinsung der Rückstellungen. Daneben sind Aufwendungen aus der Währungsumrechnung in Höhe von 125 Tsd. Euro enthalten.

Die sonstigen betrieblichen Erträge per 31. Dezember 2011 bestehen im Wesentlichen aus Kostenerstattungen für die Verlustübernahme durch die Allianz Deutschland AG für das Segment Allianz Bank.

Des Weiteren sind in sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Erträgen Zinseffekte aus der Änderung der Restlaufzeit und aus Änderungen des Zinssatzes in folgender Höhe enthalten:

| Mio. Euro | 2011 | |
|---|---|---|
| | **Pensionen und ähnliche Verpflichtungen** | **Sonstige Verpflichtungen** |
| Ertrag aus dem beizulegenden Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände | – 0,1 | – 0,1 |
| Rechnerische Verzinsung des Erfüllungsbetrages der verrechneten Schulden | 7,3 | 0,4 |
| Effekt aus der Änderung des Diskontierungszinssatzes für den Erfüllungsbetrag | 0,6 | — |
| **Netto-Betrag der verrechneten Erträge und Aufwendungen** | 7,8 | 0,3 |

## Außerordentliches Ergebnis

Aus der Erstanwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) ergibt sich ein außerordentliches Ergebnis in Höhe von 2,6 Mio. Euro.

| Mio. Euro | 2011 |
|---|---|
| **Außerordentliche Erträge und Aufwendungen aus der Erstanwendung BilMoG** | |
| Außerordentlicher Ertrag aus der Erstanwendung BilMoG | — |
| Außerordentlicher Aufwand aus der Erstanwendung BilMoG | 2,6 |

Daneben sind hier insbesondere die Restrukturierungsaufwendungen in Höhe von 5,9 Mio. Euro enthalten.

## Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Der Steueraufwand für das Berichtsjahr beträgt 0,2 Mio. Euro. Vom gesamten Steueraufwand entfielen 0,1 Mio. Euro auf Körperschaftsteuer und 0,1 Mio. Euro auf Gewerbesteuer.

## Latente Steuern

Eine Ausschüttungssperre kommt nicht zur Anwendung, da keine latenten Steuern aktiviert wurden.

In Ausübung des Wahlrechts des § 274 Abs. 1 S. 2 HGB wird der über den Saldierungsbereich hinausgehende Überhang aktiver Steuerlatenzen nicht bilanziert.

Die umfangreichsten Abweichungen zwischen den handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen ergeben sich bei den folgenden Bilanzpositionen, die zu aktiven / passiven latenten Steuern führen.

| Mio. Euro | Aktive latente Steuer | Passive latente Steuer | Saldo |
|---|---|---|---|
| **Bilanzposition** | | | |
| Anteile an verbundenen Unternehmen | 1,8 | – 1,7 | 0,1 |
| Sonstige Aktiva | 2,0 | — | 2,0 |
| Pensionsrückstellungen | 4,8 | — | 4,8 |
| Andere Rückstellungen | 2,8 | – 0,4 | 2,4 |
| Sonstige Passiva | 0,1 | — | 0,1 |
| **Gesamt** | **11,5** | **– 2,1** | **9,4** |

Die Bewertung der Steuerlatenzen erfolgt mit einem Steuersatz von 31,000 %. Der Steuersatz setzt sich aus dem aktuell gültigen Körperschaftsteuersatz in Höhe von 15,825 % (inkl. Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,500 %) sowie dem für den Allianz Konzern anzuwendenden Gewerbesteuersatz in Höhe von 15,175 % zusammen.

## III. Sonstige Angaben

### Derivative Geschäfte – Darstellung der Volumina

Geschäfte mit Derivaten

| Mio. Euro | Nominalwerte 2011 | Nominalwerte 2010 | Marktwerte positiv 2011 | Marktwerte negativ 2011 |
|---|---|---|---|---|
| **Zinsrisiken (OTC-Kontrakte)** | | | | |
| Caps | 84 | 89 | — | — |
| Forward Rate Agreements (FRA's) | — | — | — | — |
| Swaptions | 20 | — | — | — |
| Swaps (Kundengeschäft) | 260 | 228 | 9 | – 8 |
| Swaps (Bankbuchsteuerung) | 1.018 | 1.018 | — | – 109 |
| **Zinsrisiken (Börsen-Kontrakte)** | | | | |
| Zinsoptionen (Long) | — | — | — | — |
| Zinsoptionen (Short) | — | 1 | — | — |
| Futures | — | 1 | — | — |
| **Summe Zinsrisiken** | **1.382** | **1.337** | **9** | **– 117** |
| **Währungsrisiken (OTC-Kontrakte)** | | | | |
| Devisenoptionen (Long) | 7 | 10 | — | — |
| Devisenoptionen (Short) | 7 | 10 | — | — |
| FX-Swaps | 222 | 212 | 5 | – 5 |
| **Summe Währungsrisiken** | **236** | **232** | **5** | **– 5** |
| **Aktienrisiken (Börsen-Kontrakte)** | | | | |
| Aktienoptionen (Long) | 13 | 32 | — | — |
| Aktienoptionen (Short) | 13 | 28 | — | — |
| Futures | — | — | — | — |
| **Summe Aktienrisiken** | **26** | **60** | **—** | **—** |

## Derivative Geschäfte – Kontrahentengliederung

| Mio. Euro | Nominalwerte 2011 | Nominalwerte 2010 | Marktwerte positiv 2011 | Marktwerte negativ 2011 |
|---|---|---|---|---|
| OECD Bank | 1.381 | 1.348 | 5 | –119 |
| sonstige Kontrahenten | 263 | 281 | 9 | –3 |
| **Derivate gesamt** | **1.644** | **1.629** | **14** | **–122** |

## Derivative Geschäfte – Handelsbuch (Davon-Position)

| Mio. Euro | Nominalwerte 2011 | Nominalwerte 2010 | Marktwerte positiv 2011 | Marktwerte negativ 2011 |
|---|---|---|---|---|
| Währungskontrakte | 236 | 232 | 5 | –5 |
| Aktienkontrakte | 26 | 60 | — | — |
| **Derivate gesamt** | **262** | **292** | **5** | **–5** |

## Derivative Geschäfte – nach Restlaufzeiten (Nominalwerte in Mio. Euro)

| Restlaufzeit | Zinsrisiken 2011 | Zinsrisiken 2010 | Währungsrisiken 2011 | Währungsrisiken 2010 | Aktienrisiken 2011 | Aktienrisiken 2010 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| bis zu 3 Monaten | 131 | 12 | 163 | 125 | 24 | 47 |
| über 3 Monate bis 1 Jahr | 69 | 17 | 68 | 74 | 2 | 13 |
| über 1 bis 5 Jahre | 709 | 738 | 5 | 33 | — | — |
| über 5 Jahre | 473 | 570 | — | — | — | — |
| **Derivate gesamt** | **1.382** | **1.337** | **236** | **232** | **26** | **60** |

Durch die Einführung des BilMoG werden alle Handelsbuch-Derivate in der Bilanz abgebildet. Die Derivate des Bankbuchs unterliegen der unten genannten Bewertungskonvention zur verlustfreien Bewertung.

Per 31. Dezember 2011 geht die Bank im Rahmen einer Bewertungskonvention von der verlustfreien Bewertung des Bankbuches aus, in das Zinsswaps für die Bankbuchsteuerung mit einem Volumen von 1.018 Mio. Euro einbezogen werden. Der beizulegende Zeitwert dieser Zinsswaps liegt zum Stichtag bei –109,4 Mio. Euro. Zusätzlich werden Zinskontrakte, die aus dem Kundengeschäft resultieren, mit einem Volumen von 364 Mio. Euro einbezogen, die positive beizulegende Zeitwerte von 8,4 Mio. Euro sowie negative beizulegende Zeitwerte von –7,8 Mio. Euro aufweisen. Diese Zinsswaps werden nicht in der Bilanz ausgewiesen. Zur Bewertung wurden zukünftige Zahlungsströme mit den Zinskurven des Bewertungsstichtages auf einen Barwert diskontiert. Zur Verwendung der Bewertungskonvention wurde der Barwert des Bankbuches nach Berücksichtigung von anteiligen Risiko- und Verwaltungskosten mit dem Aktivüberhang der Buchwerte verglichen. Der barwertige Überhang ist deutlich größer als der Überhang aus den Buchwerten. Damit ist die Konvention zur verlustfreien Bewertung des Bankbuches anwendbar.

Derivate finden Verwendung sowohl im bankinternen Risikomanagement unserer Handelspositionen als auch im Rahmen unserer Aktiv-Passiv-Steuerung.

Falls keine Marktpreise notiert werden (OTC-Derivate), finden die an den Finanzmärkten etablierten Schätzverfahren (u. a. Barwertmethode und Optionspreismodelle) Anwendung. Der Marktwert eines Derivats entspricht dabei der Summe aller auf den Bewertungsstichtag diskontierten zukünftigen Cashflows (Present-Value- bzw. Dirty-Close-Out-Wert), die automatisch im Handelssystem PRIME ermittelt werden. Die oben stehende Tabelle weist die Nominalwerte sowie die positiven und negativen Marktwerte der von der Bank abgeschlossenen derivativen Geschäfte aus. Die Nominalwerte dienen grundsätzlich nur als Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen und repräsentieren damit keine Bilanzforderungen und / oder -verbindlichkeiten.

## Sonstige finanzielle Verpflichtungen

| Mio. Euro | 2011 |
|---|---|
| Verpflichtungen aus Miet-, Pacht-, Leasingverträgen | 157 |
| Verpflichtungen für Instandhaltung von Informationstechnologie | 6 |
| Verpflichtungen aus begonnenen Investitionsvorhaben | 3 |
| Einzahlungsverpflichtungen und Mithaftungen | 2 |
| **Gesamt** | **168** |
| davon Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen | 47 |

Die mit dem Nominalwert angesetzten Verpflichtungen enthalten Fälligkeiten bis zum Jahre 2027, hauptsächlich bedingt durch langfristige Mietverträge.

## Einzahlungsverpflichtungen und Mithaftungen

Aus der Beteiligung an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main, bestanden Nachschussverpflichtungen gemäß § 26 GmbH-Gesetz (bis zu 2,0 Mio. Euro) und Mithaftungen gemäß § 5 Abs. 4 des Gesellschaftervertrags.

Für die Munich Filmpartners (MFP) besteht eine wieder aufgelebte Haftung gemäß § 172 Abs. 4 HGB in Höhe von 75 Tsd. Euro.

Soweit Mithaftungen bestehen, ist die Bonität der mithaftenden Gesellschafter in allen Fällen zweifelsfrei.

Gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds hat sich die Bank verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e. V. von etwaigen Verlusten freizustellen, die durch Maßnahmen zugunsten der Münsterländische Bank Thie & Co. KG, Münster, sowie W. Fortmann & Söhne KG, Oldenburg, anfallen.

Pensionszusagen und ähnliche Verpflichtungen an ehemalige Vorstandsmitglieder / Geschäftsführer bzw. deren Hinterbliebene

Die Pensionsverpflichtungen für ehemalige Vorstandsmitglieder / Geschäftsführer bzw. deren Hinterbliebene stellen sich wie folgt dar:

| Mio. Euro | 2011 | 2010 |
|---|---|---|
| Anschaffungskosten der verrechneten Vermögensgegenstände | — | — |
| Beizulegender Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände | — | — |
| Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden | 15,8 | 13,9 |
| Nicht ausgewiesener Rückstellungsbetrag gemäß Art. 67 Abs. 2 EGHGB | 3,4 | 3,4 |
| Pensionsrückstellung / aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung | 12,4 | 10,4 |

Als beizulegender Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände wird der Aktivwert der Rückdeckungsversicherungen zugrunde gelegt.

Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung

Folgende für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung erreichen einen wesentlichen Umfang im Rahmen unserer Geschäftstätigkeit:

- Depotverwaltung;
- Vermögensverwaltung;
- Vermittlung von Versicherungs- und Bauspargeschäften;
- Verwaltung von Treuhandkrediten;
- EDV-Dienstleistungen.

Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt beschäftigten wir 2.833 (Vorjahr: 2.865) Mitarbeiter. Sie verteilen sich wie folgt:

| | männlich | weiblich | Gesamt |
|---|---|---|---|
| Mitarbeiter Vollzeit | 1.260 | 903 | 2.163 |
| Mitarbeiter Teilzeit | 33 | 637 | 670 |
| | **1.293** | **1.540** | **2.833** |

Am 31. Dezember 2011 betrug die Zahl der Mitarbeiter 2.795; daneben waren 226 Auszubildende bei der Oldenburgische Landesbank AG tätig.

Corporate Governance

Die von Vorstand und Aufsichtsrat nach § 161 Aktiengesetz abzugebende Erklärung zur Einhaltung der Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ wurde im Dezember 2011 abgegeben und ist den Aktionären dauerhaft im Internet unter www.olb.de im Bereich Investor Relations (Pfad: www.olb.de/dieolb/2613.php) zugänglich.

## Organvergütung

Die Kreditgewährung an Mitglieder des Aufsichtsrats stellt sich per 31. Dezember 2011 folgendermaßen dar: Die Einräumung von Dispositionslinien beträgt insgesamt 247,0 Tsd. Euro, die per 31. Dezember 2011 mit 15,4 Tsd. Euro in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze liegen zwischen 6,00 % und 9,88 %. Daneben bestanden Avalkredite in Höhe von 46,6 Tsd. Euro, für die Avalprovision zwischen 0,50 % und 3,25 % gezahlt wurden. Weiterhin bestanden Darlehen in Höhe von 230,5 Tsd. Euro. Die Zinssätze liegen zwischen 3,81 % und 5,06 %. Die Verzinsung und die Ausgestaltung sind marktüblich. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden Darlehensbeträge in Höhe von 320 Tsd. Euro zurückgezahlt. Diese Darlehen wurden mit 5,30 % verzinst. Kreditkartenlimite in Höhe von 121,2 Tsd. Euro wurden am Bilanzstichtag mit 4,3 Tsd. Euro ausgenutzt.

Die Kreditgewährung an Mitglieder des Vorstands stellt sich per 31. Dezember 2011 folgendermaßen dar: Die Einräumung von Dispositionslinien beträgt insgesamt 524,3 Tsd. Euro, die per 31. Dezember 2011 mit 113 Tsd. Euro in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze liegen jeweils bei 6,00 %. Ein bestehender Avalkredit in Höhe von 2,7 Tsd. Euro wurde mit einer Avalprovision von 2,70 % abgerechnet. Des Weiteren bestand ein Darlehen in Höhe von 100 Tsd. Euro. Der Zinssatz lag bei 2,89 %. Die Verzinsung und die Ausgestaltung sind marktüblich. Kreditkartenlimite in Höhe von 90,1 Tsd. Euro wurden am Bilanzstichtag mit 6 Tsd. Euro ausgenutzt.

Die Vergütung des Vorstandes im Geschäftsjahr 2011 betrug 2,9 Mio. Euro (Vorjahr: 2,9 Mio. Euro). Hierin enthalten sind RSU mit einem Zeitwert von insgesamt 0,7 (Vorjahr: 0,8) Mio. Euro.

Aus Mandaten bei konzerneigenen Gesellschaften erhielten die Mitglieder des Vorstands im Jahr 2011 insgesamt 30,1 Tsd. Euro (inklusive Umsatzsteuer; Vorjahr: 20,6 Tsd. Euro).

Für die Erhöhung der Pensionsrückstellungen der aktiven Vorstandsmitglieder wurden 1.607 Tsd. Euro (Vorjahr: 760 Tsd. Euro) aufgewendet. Am 31. Dezember 2011 betrugen die Pensionsrückstellungen der Vorstandsmitglieder, die zu diesem Zeitpunkt aktiv waren, 2.980 Tsd. Euro (Vorjahr: 2.539 Tsd. Euro).

An frühere Mitglieder des Vorstands oder deren Hinterbliebene wurden insgesamt 3,2 Mio. Euro gezahlt. Davon entfiel auf die Abfindung für Herrn Buhl als Ausgleich für die Beendigung seines ursprünglich bis zum 31. Dezember 2013 laufenden und per 31. Juli 2011 beendeten Dienstvertrages ein Bruttobetrag von 1.394 Tsd. Euro. Herr Buhl ist zum 19. Mai 2011 einvernehmlich aus dem Vorstand ausgeschieden. Ferner entfiel davon auf die Abfindung für Herrn Dr. Schinzing als Ausgleich für die Beendigung seines ursprünglich bis zum 31. März 2013 laufenden Dienstvertrages ein Bruttobetrag von 700 Tsd. Euro; Herr Dr. Schinzing hat das Vorstandsmandat mit Wirkung zum Ablauf des 31. Dezember 2011 niedergelegt, sein Dienstvertrag wurde zum gleichen Zeitpunkt beendet. Die Abfindung für Herrn Dr. Schinzing wurde im Januar 2012 ausgezahlt. In der genannten Summe von 3,2 Mio. Euro sind schließlich Ruhegehälter an frühere Mitglieder des Vorstands und Hinterbliebenenbezüge in Höhe von 1,1 Mio. Euro enthalten. Die Pensionsrückstellungen für diesen Personenkreis beliefen sich auf 12,4 Mio. Euro (Vorjahr: 10,4 Mio. Euro).

Die Vergütung des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2011 betrug 0,7 Mio. Euro (Vorjahr: 0,7 Mio. Euro).

Des Weiteren hat Herr Claas E. Daun, der durch seine Tätigkeit im Aufsichtsrat der OLB AG zu den Organen zählt, 2.000 Euro als Vergütung für seine Mitgliedschaft im Beirat der Oldenburgische Landesbank AG erhalten.

Ein individualisierter Ausweis der Vergütung des Vorstands und des Aufsichtsrats findet sich im Lagebericht.

## Anteilsbesitz

Über unseren Anteilsbesitz berichten wir nachstehend:

| Name und Sitz der Gesellschaft | Anteil am Kapital % | Eigenkapital Mio. Euro | Ergebnis 2011 Mio. Euro[1] | Ergebnis 2010 Mio. Euro[1] |
|---|---|---|---|---|
| W. Fortmann & Söhne KG, Oldenburg | 100 | 8,80 | 0,28 | 0,45 |
| Münsterländische Bank Thie & Co. KG, Münster | 100 | 7,00 | 0,60 | 0,47 |
| Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Oldenburg | 100 | 0,03 | — | — |
| OLB Service Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Oldenburg | 100 | 0,03 | — | — |
| OLB-Immobiliendienst-GmbH, Oldenburg | 100 | 0,03 | — | — |

1 Periodenergebnisse nach Ergebnisabführung

Mit folgenden Tochtergesellschaften bestehen Ergebnisabführungsverträge:

- Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Oldenburg
- OLB-Immobiliendienst-GmbH, Oldenburg
- OLB Service Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Oldenburg

## Honorare für den Abschlussprüfer

| In Tsd. Euro | 2011 | 2010 |
|---|---|---|
| Abschlussprüfungsleistungen | 674 | 644 |
| Andere Bestätigungsleistungen | 388 | 474 |
| **Gesamt[1]** | **1.062** | **1.118** |

1 Vom Gesamtbetrag 2011 betreffen 70 Tsd. Euro das Vorjahr.

# Mandate der Organmitglieder

## Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrats

**Dr. Bernd W. Voss**

## Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Aufsichtsrats bekleideten die aufgeführten Mandate.

**Andree Moschner**
*Vorsitzender*
Mitglied des Vorstands der Allianz Deutschland AG, München; Vorsitzender des Vorstands der Allianz Beratungs- und Vertriebs-AG, München
*Mandate in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten:*
*Konzernmandat:*
- Allianz Global Investors Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt a. M.

**Manfred Karsten**
*Stellvertretender Vorsitzender*
Bankkaufmann, Oldenburgische Landesbank AG, Oldenburg; Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats

**Dr. Werner Brinker**
Vorsitzender des Vorstands der EWE Aktiengesellschaft, Oldenburg
*Mandate in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten:*
- VNG Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft, Leipzig
- Solutronic AG, Köngen

*Konzernmandate:*
- EWE ENERGIE AG, Oldenburg (Vorsitzender)
- EWE TEL GmbH, Oldenburg (Vorsitzender)
- swb AG, Bremen (Vorsitzender)

*Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien:*
- Werder Bremen GmbH & Co. KG aA, Bremen

*Konzernmandate:*
- EWE ENRJI A. S., Bursa / Türkei
- Kayserigaz AS / Türkei
- Bursagaz AS / Türkei

**Claas E. Daun**
Vorsitzender des Vorstands der Daun & Cie. AG, Rastede
*Mandate in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten:*
- Mehler AG, Fulda (Vorsitzender)
- Stöhr & Co. AG, Mönchengladbach (Vorsitzender)

*Konzernmandat:*
- KAP Beteiligungs-AG, Stadtallendorf (Vorsitzender)

*Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien:*
- KAP International Holdings Ltd., Johannesburg / Südafrika (Vorsitzender)
- Steinhoff International Holdings Ltd., Johannesburg / Südafrika
- Zimbabwe Spinners & Weavers Ltd., Harare / Simbabwe

**Carsten Evering**
Filialleiter, Region Oldenburg-Süd, Oldenburgische Landesbank AG, Friesoythe und Gehlenberg

**Thomas Fischer** (bis 31. Dezember 2011)
Mitglied des Vorstands der Allianz Beratungs- und Vertriebs-AG, München
*Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien:*
*Konzernmandate:*
- Allianz Autowelt GmbH, München (Vorsitzender)
- esa EuroShip GmbH, Bad Friedrichshall (bis 1. Januar 2012)

**Prof. Dr. Andreas Georgi**
Consultant, Starnberg
*Mandate in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten:*
- Asea Brown Boveri AG, Mannheim
- Rheinmetall AG, Düsseldorf
- RWE Dea AG, Hamburg (bis Februar 2012)

*Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien:*
- Felix Schoeller Holding GmbH & Co. KG, Osnabrück

**Stefan Lübbe**
Direktor, Mitglied der Geschäftsleitung Region Oldenburg-Süd, Oldenburgische Landesbank AG, Cloppenburg

**Dr. Thomas Naumann** (ab 20. Februar 2012)
Mitglied des Vorstands der Allianz Asset Management AG, München

**Horst Reglin**
Gewerkschaftssekretär, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Oldenburg
*Mandate in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten:*
- Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Oldenburg
- Oldenburgische Landesbrandkasse

**Uwe Schröder**
Bankkaufmann, Oldenburgische Landesbank AG, Oldenburg

**Rainer Schwarz**
Mitglied des Vorstands der Allianz Deutschland AG, München
*Mandate in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten:*
*Konzernmandat:*
- Vereinte Spezial Krankenversicherung AG, München

*Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien:*
*Konzernmandat:*
- Allianz ProzessFinanz GmbH, München

**Jörg Thöle**
Kundenbetreuer, Region Osnabrück / Osnabrücker Land, Oldenburgische Landesbank AG, Osnabrück;
Vertreter des Deutschen Bankangestellten Verbands

## Vorstand

Die Mitglieder des Vorstands bekleideten die aufgeführten Mandate.

**Dr. Achim Kassow** (ab 1. August 2011)
Sprecher des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG

**Dr. Stefan Friedmann**
Mitglied des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG
*Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien:*
*Konzernmandate:*
- W. Fortmann & Söhne KG, Oldenburg (ab 19. Mai 2011)
- Münsterländische Bank Thie & Co. KG, Münster (Vorsitzender) (ab 19. Mai 2011)
- OLB-Immobiliendienst-GmbH, Oldenburg (Vorsitzender)

**Jörg Höhling**
Mitglied des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG

**Benedikt Buhl** (bis 19. Mai 2011)
Sprecher des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG
*Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien:*
*Konzernmandate:*
- W. Fortmann & Söhne KG, Oldenburg (Vorsitzender) (bis 19. Mai 2011)
- Münsterländische Bank Thie & Co. KG, Münster (Vorsitzender) (bis 19. Mai 2011)

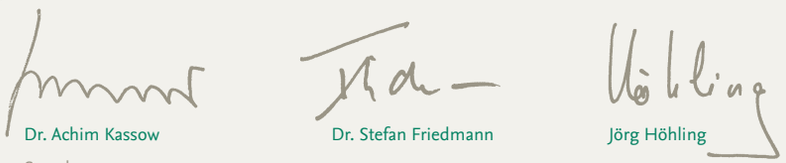
**Dr. Peter Schinzing** (bis 31. Dezember 2011)
Stellvertretender Sprecher des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG
*Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien:*
*Konzernmandate:*
- W. Fortmann & Söhne KG, Oldenburg (Vorsitzender ab 19. Mai 2011 bis 31. Dezember 2011)
- Münsterländische Bank Thie & Co. KG, Münster (ab 19. Mai 2011 bis 31. Dezember 2011)

# Gewinnverwendungsvorschlag

Für das Geschäftsjahr 2011 ergibt sich ein Jahresüberschuss von 1.551.104,51 Euro. Da es keine Vorträge oder Veränderungen der Rücklagen gibt, entspricht dies dem Bilanzgewinn. Zur Verwendung dieses Gewinnes soll den Aktionären in der Hauptversammlung am 31. Mai 2012 vorgeschlagen werden, den Bilanzgewinn in voller Höhe den Gewinnrücklagen zuzuführen.

Oldenburg, den 28. Februar 2012
Oldenburgische Landesbank AG

Der Vorstand



Dr. Achim Kassow
Sprecher

Dr. Stefan Friedmann

Jörg Höhling

# Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Oldenburgische Landesbank Aktiengesellschaft, Oldenburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 13. März 2012
KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Leitz
Wirtschaftsprüfer

Schmidt
Wirtschaftsprüfer

# Niederlassungen

**A**
Affinghausen
Ahlhorn
Ankum
Apen
Aschendorf
Augustfehn
Aurich
Aurich-Esenser Str.

**B**
Bad Bentheim
Bad Essen
Bad Zwischenahn
Badbergen
Bakum
Barnstorf
Barßel
Bassum
Berne
Bersenbrück
Bockhorn
Bohmte
Börger
Borkum
Brake
Bramsche
Bramsche-Engter
Bramsche-Gartenstadt
Bremen
Bremerhaven
Brinkum
Bunde

**C**
Cloppenburg

**D**
Damme
Delmenhorst
Delmenhorst-Bremer Str.
Delmenhorst,
Hasporter Damm
Delmenhorst-Oldenburger Str.
Delmenhorst-Stedinger Str.
Diepholz
Dinklage
Ditzum
Dornum
Dörpen

**E**
Edewecht
Elsfleth
Emden
Emden-Auricher Str.
Emden-Borssum
Emlichheim
Emsbüren
Emstek
Esens
Essen

**F**
Freren
Friedrichsfehn
Friesoythe
Fürstenau

**G**
Ganderkesee
Garrel
Gehlenberg
Goldenstedt
Großefehn
Großenmeer
Großheide

**H**
Hage
Hagen a.T.W.
Hahn-Lehmden
Haren
Harpstedt
Haselünne
Heide
Herzlake
Holdorf
Holte-Lähden
Horumersiel
Hude

**J**
Jaderberg
Jemgum
Jever
Juist

**K**
Kirchweyhe

**L**
Langeoog
Lastrup
Lathen
Leer
Leer-Heisfelde
Leer-Loga
Lemwerder
Lindern
Lingen
Lingen-Georgstr.
Lohne
Löningen
Lorup

**M**
Marienhafe
Melle
Meppen
Meppen-Esterfeld
Merzen
Molbergen
Moordorf

**N**
Neuenhaus
Neuenkirchen
Neuenkirchen-Bramsche
Norden
Nordenham
Nordenham-Blexen
Nordenham-Ellwürden
Nordenham-
Friedrich-August-Hütte
Norderney
Nordhorn
Nordhorn-Blanke
Nortrup

**O**
Ocholt
Oldenburg
Oldenburg-Bloherfelde
Oldenburg-Bürgerfelde
Oldenburg-Donnerschweer Str.
Oldenburg-Eversten
Oldenburg-Haarentor
Oldenburg-Kreyenbrück
Oldenburg-Lange Str.
Oldenburg-Nadorst
Oldenburg-Ofenerdiek
Oldenburg-Osternburg
Osnabrück
Osnabrück-Lüstringen
Osnabrück-Rosenplatz
Osnabrück-Sedanplatz
Osterfeine

**P**
Papenburg
Papenburg-Obenende
Pewsum

**Q**
Quakenbrück
Quakenbrück-Friedrichstr.

**R**
Rastede
Remels
Rhauderfehn
Rheine
Riepe
Rodenkirchen

**S**
Sande
Sandkrug
Saterland
Schüttorf
Schortens
Sögel
Spelle
Steinfeld
Stuhr
Sulingen
Syke

**T**
Twistringen

**U**
Uelsen

**V**
Varel
Varel-Dangast
Varel-Obenstrohe
Vechta
Vechta-Langförden
Verden
Visbek

**W**
Wagenfeld
Wallenhorst
Wardenburg
Warsingsfehn
Weener
Werlte
Westerholt
Westerstede
Westoverledingen
Wiefelstede
Wiesmoor
Wietmarschen-Lohne
Wildeshausen
Wilhelmshaven
Wilhelmshaven-Altengroden
Wilhelmshaven-
Fedderwardergroden
Wittmund

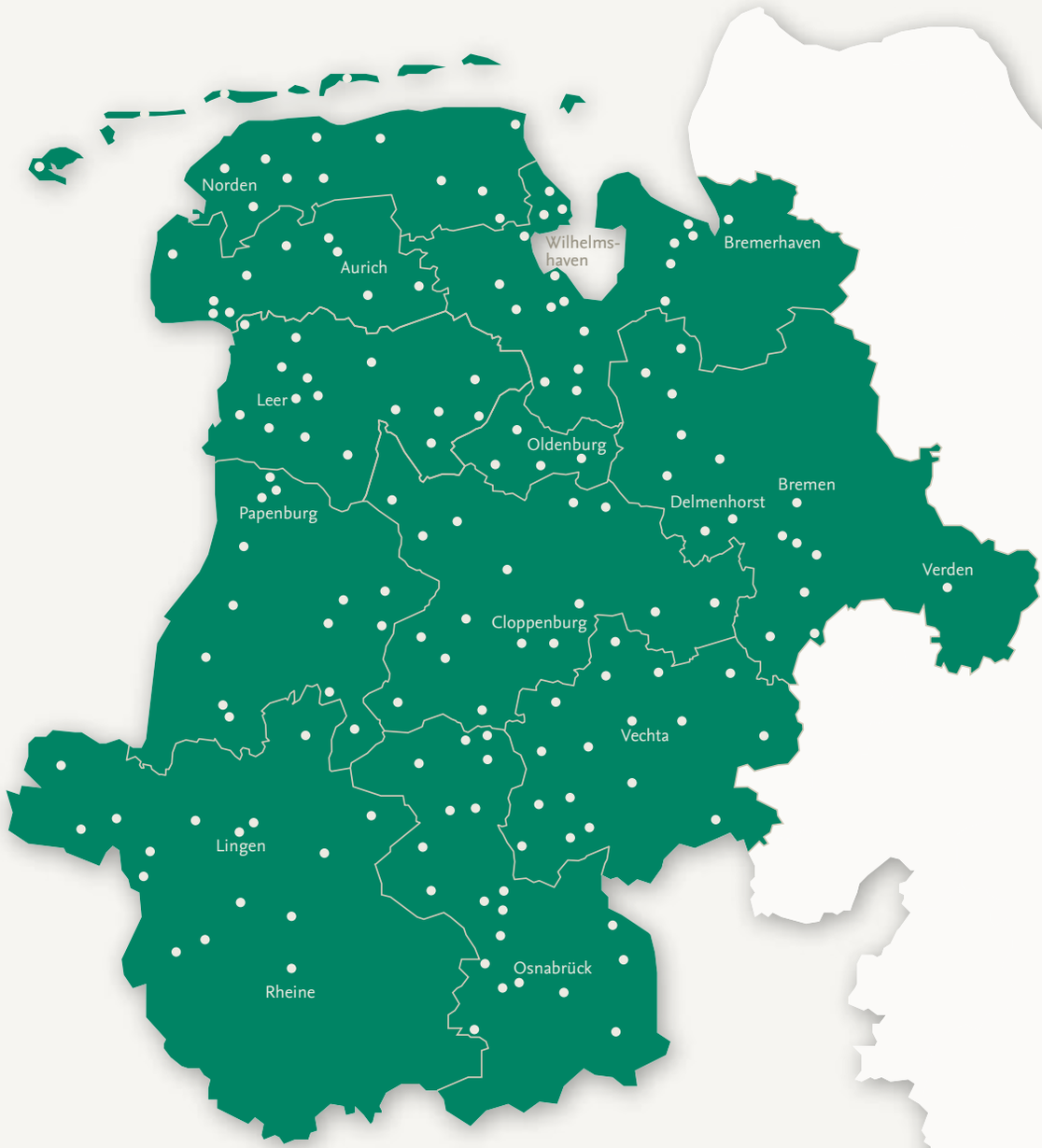
**Z**
Zetel

## Zusätzliche Geldausgabeautomaten

Ankum, EDEKA-Neukauf · Bad Zwischenahn, Tankstelle · Bösel · Eltern-Herzlake, Raststätte mit Esso-Station · Goldenstedt-Lutten · Harkebrügge, AVIA-Station Hohenkirchen · Jever, CARO Tank- und Waschcenter · Lingen, Famila-Markt · Neulehe, Bäckerei Bruns · Norddeich-Hafen, Fahrkartenausgabe · Oldenburg, Alexanderstraße Oldenburg, Edewechter Landstraße · Oldenburg, IKEA · Oldenburg, Scheideweg · Oldenburg-Wechloy, Famila · Markt Osnabrück, L+T Markt · Papenburg, Dever-Park Papenburg-Rhede, Bankshop · Rostrup · Sedelsberg, Tankstelle · Wildeshausen, Famila-Markt · Wilhelmshaven, Bismarck · Wilhelmshaven, Gökerstraße Wilhelmshaven, Leffers, Bahnhofstraße · Wilhelmshaven, Vosslapp

Stand: 31. März 2012

# Das OLB-Geschäftsgebiet




## Hauptverwaltung

Oldenburgische Landesbank AG
Stau 15/17 · 26122 Oldenburg

Telefon (0441) 221–0
Telefax (0441) 221–1457
E-Mail olb@olb.de
Internet www.olb.de

Telegramme: Landesbank Oldenburgoldb
S.W.I.F.T.: OLBO DE H2

Sitz der Gesellschaft: Oldenburg
Registergericht: Oldenburg
HR-Nummer: HRB 3003

## OLB-Service-Center

Postfach 26 05 · 26016 Oldenburg
Telefon (0441) 221–0
Telefax (0441) 221–2470
E-Mail service.center@olb.de

**Herausgeber**
Oldenburgische Landesbank AG
Stau 15/17
26122 Oldenburg
Telefon (0441) 221–0
Telefax (0441) 221–1457
E-Mail olb@olb.de

**Druck**
Friedr. Schmücker GmbH, Löningen

**Kontakt**
Unternehmenskommunikation

**Veröffentlichungsdatum**
18. April 2012

Dieser Bericht ist im Internet unter
www.olb.de abrufbar.

www.olb.de